Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 3
28.März 1978

Nr.3/78

Die sowjetische Aggression am Horn von Afrika

Die Slowenen in Kärnten (Teil IV)
(von 1949 bis in die 60er Jahre)

Zum 40.Jahrestag des 11.März 1938
(Rede bei der Versammlung des
Kommunistischen Bundes Österreichs)

„Österreichs Weg“
(Dokumente aus dem Jahre 1938)



Kommunistischer
Bund
Österreichs



Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs, für den Inhalt verantwortlich Wolfgang Stagel, alle: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1
Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Sienößgasse 12

Die sowjetische Aggression am Horn von Afrika

(Referat auf einer Veranstaltung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation Wien)

Russische Marineeinheiten sperren die Eingänge zum Roten Meer, zum Suez-Kanal und zum Arabischen Golf. Damit sind die Schiffahrtswege nach Europa und zum Indischen Ozean abgeriegelt. 1975 übten die sowjetischen Sozialimperialisten diese Flottenoperationen im Rahmen des großangelegten, weltweiten Seekriegsmanövers OKEAN.

Im November 1977 fliegen 12% der sowjetischen Luftwaffe über 7 Routen Addis Abeba, Aden und Maputo an. Zur Sicherung des Lufttransportes werden Flottenverbände im Mittelmeer und im Indischen Ozean mobilisiert. Diese Manöver finden im Rahmen einer dreiwöchigen Kriegsübung der Sowjetunion statt. Gleichzeitig proben Armeeeinheiten im sowjetischen Ural die Verlegung in den Nahen und Mittleren Osten und wird ein Spionage-Satellit der Kosmos-Serie gestartet.

Aber noch mehr als diese Manöver bestätigten die Ereignisse der letzten Wochen die Richtigkeit und Gewichtigkeit der Warnungen des somalischen Staatspräsidenten Siad Barre vom November 1977 vor der Kriegsgefahr, die von den Sozialimperialisten am Horn von Afrika ausgeht. Nach mehreren Schlappen der SU im Gebiet des Roten Meeres im Jahre 1977, insbesondere nach dem Hinauswurf aus Somalia im November, startet die SU eine Aggression gigantischen Ausmasses am Horn von Afrika. Die seit August bestehende Luftbrücke nach Äthiopien wird im Dezember 1977 verstärkt. Waffenmaterial im Wert von einer Milliarde Dollar wird allein im Zeitraum von April 1977 bis Anfang Februar 1978 antransportiert. Dazu erklärte Siad Barre:

»Äthiopien hat Waffenlieferungen aus der Sowjetunion erhalten, die in dieser Zahl und Qualität die Anwendungsmöglichkeiten jedes afrikanischen Landes weit übersteigen und damit auslän-

Einige tausend kubanische und sowjetische Söldner und Offiziere halten sich in Äthiopien auf, werden bei Luft- und Bodenoperationen eingesetzt und übernehmen zusehends das

dieses Eingreifen geradezu provozieren. "(1)

Kommando. Nach Berichten eritreischer Revolutionäre haben die kubanischen und sowjetischen Offiziere das Kommando an der Front inne. Die Souveränität der äthiopischen Regierung wird beschnitten und schließlich werden die äthiopischen Militäroperationen sogar unter direktem Kommando des russischen Oberkommandierenden durchgeführt. Mehrere tausend weitere kubanische Soldaten warten an Bord sowjetischer Kriegsschiffe, die vor der Küste des Roten Meeres kreuzen, auf ihren Einsatz. Im Dezember 1977 fliegen russische MIG-Piloten die ersten Einsätze nach Somalia, unter anderem gegen die Hafenstadt Berbera. Mitte Februar sind diese Einsätze bereits täglich. Wie die eritreische Befreiungsbewegung EPLF Mitte Jänner berichtet, werden seit Dezember pausenlos die befreiten Gebiete in Eritrea bombardiert. MIG 23 und F5 Jagdbomber werfen Napalm ab, das der Zivilbevölkerung zahllose Opfer und große Leiden kostet. Sowjetische Zerstörer, die etwa 8km vor der eritreischen Küste ankern, beschießen bereits im Dezember die halbbefreite Hafenstadt Massana. Inzwischen wurden auch größere Bodentruppen nach Eritrea zusätzlich verlegt. Nach wochenlangen Bombardement und Beschuß von der See her, gelang es, den Ring der Befreiungsfront um Assab und Massana zu sprengen und die Aggressoren versuchen jetzt, den Weg nach Äthiopien zur Küste in Eritrea freizukämpfen.



Inzwischen wurde die sowjetische Aggression am Horn von einer großen, stets wachsenden Zahl von Ländern der 3. Welt scharf verurteilt. Insbesondere die arabischen und afrikanischen Länder fordern die sofortige Beendigung der ausländischen Intervention. Die ägyptische Zeitung Al Ahram hat die sowjetische Aggression am Horn mit der Aggression der USA gegen Vietnam verglichen.

Eine Reihe von Fragen drängt sich uns auf, auf die ich jetzt eingehen möchte:

1) Warum hat der Imperialismus und dabei vor allem der sowjetische Sozialimperialismus ein so nachhaltiges Interesse an den Ländern in diesem Gebiet?

2) Wie ist der Schwenk der sowjetischen Politik gegenüber Äthiopien und Somalia zu erklären?

3) Die Haltung des US-Imperialismus

4) Der Ogaden-Konflikt und wie er gelöst werden soll.

5) Der Kampf der Staaten in diesem Gebiet und die Frage der Friedenszone im Roten Meer.

Warum hat der Imperialismus und dabei insbesondere der sowjetische Sozialimperialismus ein so nachhaltiges Interesse an den Ländern in diesem Gebiet?

Eigentlich begann das Wettrennen um die Meerengen, Küsten und Inseln Südarabiens schon im 16. und 17. Jahrhundert. Die europäischen Kolonialmächte rangen um Kolonien in Indien und damit verbunden um die Errichtung von ausbaufähigen Stützpunkten entlang der Schiffsrouten. Für die britische Bourgeoisie war Indien eine schier unerschöpfliche Quelle von Reichtum, aus der Mittel zur beschleunigten Entwicklung des Kapitalismus flossen. Aber der Seeweg dorthin war weit und unsicher, Afrika mußte umsegelt werden. Die Hauptstadt Aden war als Stützpunkt äußerst günstig, von hier aus ließ sich auch die Meerenge Bab el Mandeb, die die Verbindung zum Roten Meer herstellt, leicht kontrollieren. 1839 eroberten die Briten Aden und bauten dort eine starke strategische Stellung aus. Als dann 1869 der Suezkanal eröffnet wurde, nahm die Bedeutung einer starken Stellung am Südausgang des Roten Meeres für die imperialistischen Mächte noch mehr zu, denn durch das Rote Meer führte nun der kürzeste Seeweg von Europa nach Indien und Ostasien. Seit diesem Zeitpunkt war das Horn von Afrika Ziel imperialistischer Eroberung und Einmischung, Schauplatz fieberhafter Konkurrenz zwischen den verschiedenen Großmächten.



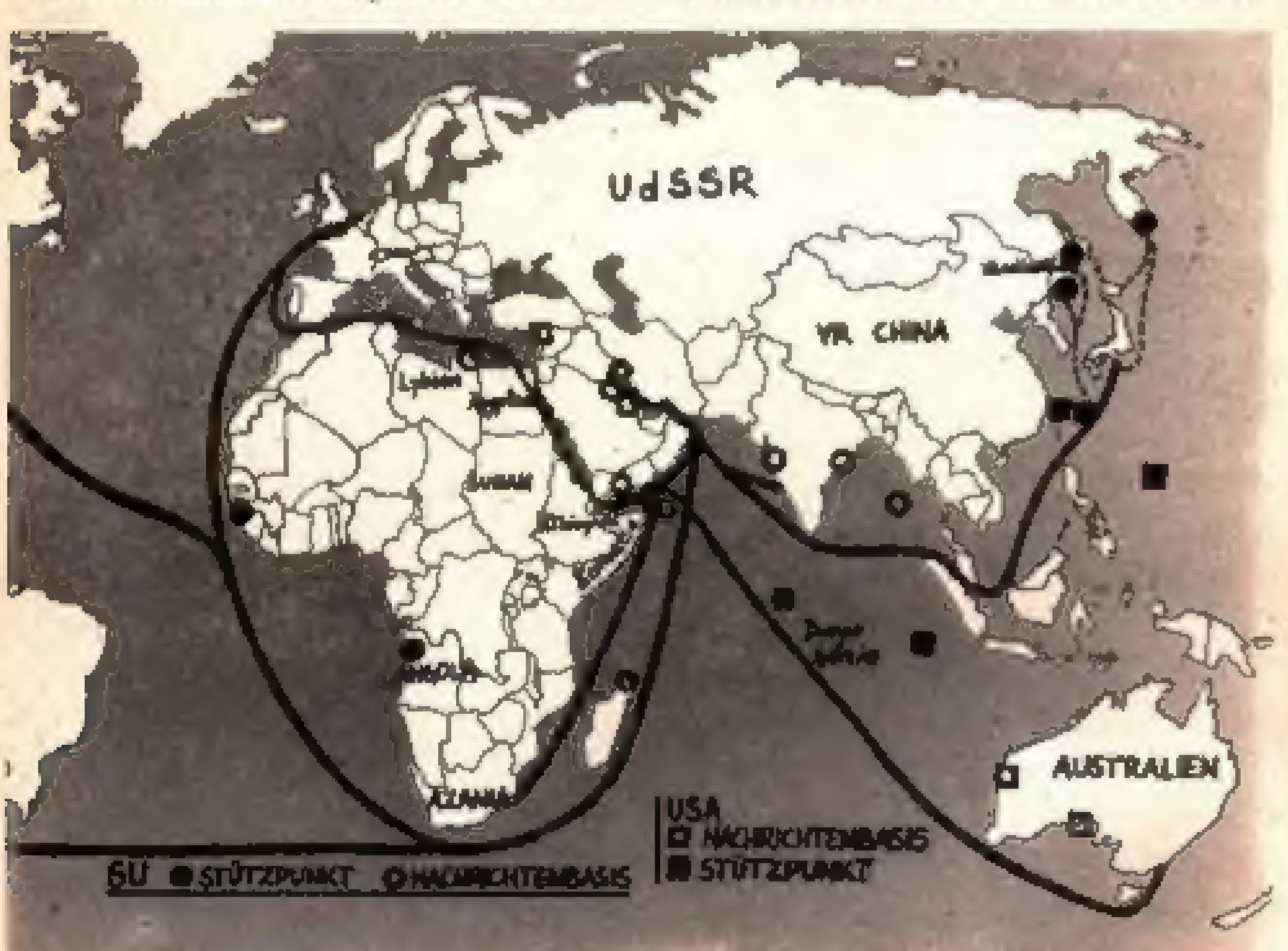
Frankreich bemächtigte sich 1869 der Hafenstadt Djibouti. England und Italien teilten das übrige Somaliland zwischen 1884 und 1889 auf; Italien besetzte 1889 Eritrea, welches die italienischen Faschisten dann 1935 als Ausgangspunkt für die koloniale Versklavung Äthiopiens benutzten.

Aber nicht allein in strategischer Hinsicht ist dieses Gebiet für den Imperialismus bedeutend. Knapp 60% der bekannten Welterdölvorräte lagern in den Ländern am Arabischen Golf. 1977 wurde etwa ⅓ der Weltförderung auf der Arabischen Halbinsel gefördert. Und von diesem Öl sind die europäischen Länder und Japan zu 60-80% abhängig.

Öl-das bedeutet:
-die Hälfte des Energiebedarfs der Welt stammt aus der Ölverwertung.
-Grundlage der Petrochemischen Industrie.
-Kraftfahrzeugproduktion.
-Rüstungsindustrie.

Erdölmonopol - das bedeutet daher immense Macht, Weltherrschaft. Zur Erlangung des Erdölmonopols ist die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens, der Öltankerrouten, der Meerengen, des Roten Meeres notwendig. Ein solches Monopol ist ein gewaltiges Monopol gegen Europa und Japan, ist daher entscheidend für jede imperialistische Hegemonialmacht.

Fassen wir zusammen:
-Von Militärstützpunkten am Horn aus kann man weit in den Indischen Ozean vordringen.
-Von hier aus kann man sowohl den Schiffsverkehr durch den Babel Mandeb und den Suezkanal kontrollieren, als auch die Route der Öltanker aus dem Golf um das Kap der Guten Hoffnung.
-Das Horn grenzt an die arabischen Länder, wo zwei Drittel der Welterdölreserven lagern.



DerKampf um Einflußzonen und um die Beherrschung der Welt ist es also, der das Horn von Afrika so bedeutungsvoll macht. Beide Supermächte unterhalten in diesem Gebiet zahlreiche Stützpunkte und benützen diese für die Verfolgung ihrer Hegemonialstrategie.

Die Ereignisse am Horn von Afrika zeigen aber deutlich, daß der sowjetische Sozialimperialismus eine noch aggressivere Politik als der US-Imperialismus betreibt. Mao Tsetung erklärte 1976: *„Die USA haben in der Welt ihre Interessen zu verteidigen, und die Sowjetunion ist auf Expansion aus"* (2)

Gesamtstrategisch gesehen ist der US-Imperialismus in der Defensive. 1975 bereits erklärte Breschnjew: *„Die Verstärkung ihres Wirtschafts- und Verteidigungspotentials ermöglicht es der Sowjetunion, auf der internationalen Arena eine aktive und erfolgreiche 'Offensive' zu entfalten"*; und auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: *„Wenn wir jetzt unsere Außenpolitik festlegen, gibt es vielleicht keinen einzigen Fleck auf der Erde, dessen Lage wir nicht in irgendeiner Art und Weise in Betracht ziehen."* (3)

Besser kann es gar nicht gesagt werden: Die SU hat beschlossen eine Offensivstrategie einzuschlagen, die Souveränität aller anderen Länder der Welt zu verletzen, die USA in verschiedenen Weltteilen zu schwächen und ihre eigene Vormachtstellung in der Welt zu errichten.

Angelpunkt der Strategie des Kreml ist Europa, dessen gewaltiges ökonomisches Potential zu beherrschen eine Notwendigkeit für jede Hegemonialpolitik darstellt. Die darauf beruhende Globalstrategie der Sowjetunion schließt die expansive Offensive in Afrika, die wir derzeit verfolgen können, als wichtigen Bestandteil mit ein. Wie wir gesehen haben, ist die Beherrschung der Passage vom Indischen Ozean nach Europa ein wesentliches Mittel, um die lebenswichtige Versorgungsader der westeuropäischen Länder abzuschneiden und Westeuropa in den Würgegriff zu bekommen. In diesem Zusammenhang wird deutlich, warum ein Schwerpunkt des militärischen Aufmarsches der SU im Golf von Aden liegt - 3/5 ihrer Indischen-Ozean-Flotte kreuzen dort. Das aber genügt nicht. In den letzten 1½Jahren hat die Sowjetunion im Roten Meer Rückschläge erlitten, sie hat Stützpunkte verloren. Mit der großangelegten Aggression am Horn will sie Stützpunkte zurückerobern, das Rote Meer unter ihre Kontrolle bringen. Auf eine Gelegenheit dazu hat die SU schon lange gewartet. Podgorny erklärte auf seiner Afrikareise im letzten März, die Schiffahrtslinie zum Indischen Ozean über das Rote Meer verbinde den europäischen Teil der SU mit dem sowjetischen Fernen Osten. Anders ausgedrückt heißt das, die sowjetische Schwarzmeer/Mittelmeer Flotte mit der Pazifik/Indischen Ozean-Flotte zu verbinden! Damals, im Mai 1977, schrieb die Peking Rundschau:

„Diese Andeutung ist eine Zeitbombe für neue sowjetische Aggressionsakte an den Ost- und Westküsten Afrikas, das Rote Meer, den Indischen Ozean und den Südatlantik miteingeschlossen."

Wie wahr ist die Einschätzung geworden!

Die Politik der Sowjetunion gegenüber Somalia und Äthiopien

Insbesondere 1960, das zum „Afrikanischen Jahr" erklärt wurde, und in den Jahren darauf, erlangten zahlreiche afrikanische Länder nach langen Jahren des Kampfs ihre Unabhängigkeit. DieseTatsache nützte die SU aus, denn aufgrund jahrelanger Erfahrungen der Völker mit dem Imperialismus war das Ansehen der USA und anderer westlicher Imperialisten rapid gesunken. Die gerade unabhängig gewordenen Länder sahen sich einer Anzahl von Schwierigkeiten ausgesetzt. Hier hakte die SU ein. Unter dem Deckmantel des „Antiimperialismus" „Sozialismus" und des „natürlichen Verbündeten", sowie wirtschaftlicher und militärischer Hilfe verfolgte sie ihre imperialistischen Ziele und errang dabei anfangs nicht geringe Erfolge.

Bereits 1961, im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit, erhält Somalia den damals höchsten sowjetischen Kredit über 53 Mio. US-Dollar, der hauptsächlich mit Waffenkäufen verbunden war. Zwei Jahre später begann die Militärhilfe der UdSSR an Somalia. In den Konflikt Somalien mit Äthiopien und Kenia 1963/64 fühlte sich Somalia von den USA verraten. Somaliens 4.000 Mann Armee sah sich einer vom US-Imperialismus bestens ausgerüsteten 45.000 Mann

Armee gegenüber. Natürlich bot die SU da ihre bekannte „uneigennützige“ Hilfe an. Das sowjetische Militärhilfsprogramm hatte zum Kern die Ausbildung somalischer Offiziersschüler in Moskau, 1966 waren es bereits 600. Sowjetische Techniker bauten den Hafen Berbera zum Tiefseehafen aus, später sogar einen U-Boot-Hafen, und dies obwohl die somalische Armee lediglich über 10 Torpedoboote verfügte. 1967 war die somalische Armee bereits auf 8000 Mann angewachsen, besaß 82 T-34 Panzer und 10 MIG-Jäger. Sowjetische Militärberater gab es bisher bis auf Bataillionsebene hinab., 1969 übernahmen dann die Militärs die Macht, was zu einer sprunghaften Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion führte. Neben den Streitkräften gerieten große Teile der Wirtschaft, des Bildungswesens und anderer gesellschaftlicher Bereiche unter sowjetische Kontrolle. Gekrönt wurde das 1974 mit dem Abschluß eines „Freundschaftsvertrages“, der erste, den die SU mit einem schwarzafrikanischen Land abschloß. In seinem Gefolge wurden bis 1977 6.000 sowjetische Berater stationiert; neben Berbera wurde ein Luftwaffenstützpunkt, eine Raketenbasis und eine Radarstation angelegt. Auf etwa 25.000 Somalis in der Armee kamen etwa 5.000 sowjetische Militärs, das heißt, auf etwa 5 somalische Soldaten kam ein sowjetischer Experte!

Zu dieser Zeit hatte die USA Äthiopien unter ihrer Kontrolle. Obwohl die sowjetische Regierung bereits seit Anfang der 70er Jahre diplomatische und wirtschaftliche Vorstöße gemacht und noch kurz vor der Entmachtung Kaisers Haile Selassie sogar einen Kredit in der Höhe von 100 Mio. Rubel vergeben hatte, stieß das Werben der Sowjets fast durchwegs auf verschlossene Tür-die USA saßen fest im Sattel und ließen die SU abblitzen. Das sollte sich erst mit der Machtergreifung der äthiopischen Militärs 1974 und in den darauffolgenden Jahren ändern.

Die Frage stellt sich, warum die SU quasi über Nacht die Seiten wechselte, Said Barre aus einem „sozialistischen Bruder“ in einen „proimperialistischen Reaktionär“ verwandelt wurde, der eritreische Befreiungskampf aus einer „Befreiungsbewegung gegen nationale Unterdrükkung und USA-Imperialismus“ in eine „rückwärtsgewandte, proarabische und proamerikanische Seperatistenbewegung“?

Drei Dinge müssen hier hervorgehoben werden:

-Äthiopien ist das größte und strategisch wichtigste Land der Region. Für die Beherrschung des Horns ist die Kontrolle über Äthiopien entscheidend. Deshalb hatten die Neuen Zaren in einer günstigen Stunde zwar auf Somalia gesetzt, nicht aber um Somalia anstelle von Äthiopien zu kontrollieren, sondern um nach Äthiopien vordringen zu können, ähnlich wie 1935 die Mussolini-Faschisten.

-Auch wenn die Sozialimperialisten über einen sehr großen Einfluß in Somalia verfügten, so gelang es ihnen doch nie, das Land in vollständige Abhängigkeit zu bringen. Gegen die arrogante und hegemoniale Haltung der Sowjetunion entwickelte sich ein immer heftigerer Volkswiderstand, der seinen Ausdruck auf mehreren Kundgebungen und Demonstrationen fand, auf denen folgende Parolen gerufen oder auf Plakaten mitgetragen wurden: *„Nieder mit dem Sozialimperialismus“*, *„Nieder mit der Sowjetunion!“*, *„Sozialismus ist kein Imperialismus!“*, *„Die friedliebenden Völker müssen begreifen, daß die Sowjetunion und Kuba Aggressoren sind.“*.

Siad Barre erklärte im letzten Jahr wiederholt: *„Die Demokratische Republik Somalia ist niemals eine Marionette gewesen und wird es nie sein. Wir sind dagegen, Anhänger von irgend jemand zu werden.....Sollte sich herausstellen, daß die Waffen, die von der Sowjetunion nach Äthiopien geschickt werden, eine Bedrohung für Somalia darstellen, dann würde Somalia eine historische Entscheidung gegen diese Bewaffnung treffen...Somalia kapituliert niemals vor der Sowjetunion.“* (4)

Die „historische Entscheidung“, der Hinauswurf der Russen im November, wurde vom ganzen Volk auf riesige Kundgebungen begrüßt. Ein führendes Mitglied der somalischen „Vereinigung Revolutionärer Jugend“ sagte dazu:

„Somalia war das erste Land in Schwarzafrika, das einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hat. Nun mußte die Sowjetunion dieses Land verlassen, da ihr Tun und Treiben den Interessen des somalischen Volkes zuwiderläuft.“ (5)

– Kurz nachdem der äthiopische Militärrat Anfang 1976 den USA gedroht hatte, sie könnten ihre Waffen auch aus den Ostblockstaaten beziehen, strahlte Radio Moskau eine Sendung aus (9.3.76), in der das „fortschrittliche Regime“ in Addis Abeba gepriesen wurde, und seine Feldzüge gegen das eritreische Volk als nebenrangiges Problem bezeichnet wurde.

Tatsächlich stand der äthiopische Militärrat DERG auf äußerst wackligen Beinen. Zwar waren nach dem Sturz Haile Selassies eine Reihe von antiimperialistischen und antifeudalen Maßnahmen gesetzt worden, wie unter anderem eine gewisse antifeudale Landreform, doch verweigerte der DERG den Arbeiter- und Volksmassen jegliche demokratische Rechte, waren seine antifeudalen und antiimperialistischen Maßnahmen selbst inkonsequent und wurde die nationale Unterdrückung scharf weitergeführt. Das Volk ließ sich aber seine gerade erst erkämpften Waffen nicht aus der Hand schlagen und begnügte sich nicht mit Reformen. In verschiedenen Regionen erhoben sich die Bauern, trotz Streikverbot wurde gestreikt, die unterdrückten Nationalitäten verstärkten ihren Kampf um das demokratische Recht der Selbstbestimmung. Die Massen in Stadt und Land forderten die völlige Vertreibung des US-Imperialismus. Innerhalb des DERG fanden heftige Auseinandersetzungen um die weitere Politik statt, die meist mit Maschinenpistolen ausgetragen wurden. Ende 1976 putschte sich Haile Marian Mengistu an die Macht, der sich bei der sogenannten „Unterdrückung von Volksfeinden und Verteidigung der Revolution“, womit der Volkswiderstand gemeint ist, und der „Hinrichtung von konterrevolutionären Anarchisten und Maoisten“, womit vor allem die marxisitsche Untergrundpartei EPRP gemeint ist, besonders hervortat. Heute soll es bereits mehr politische Gefangene als unter Haile Selassie geben, wöchentlich werden Hunderte hingerichtet.

Kurz nach seinem Machtantritt kam die große Wende. Anfang 1977 erreichten die Beziehungen USA-Äthiopien einen Tiefpunkt und Breschnjew eilte herbei. 100-te Offiziere wurden aus Somalia abgezogen und nach Äthiopien geschickt. Der heutige sowjetische Botschafter in Addis Abeba war zuvor der oberste Militärberater in Somalia. Im Diplomatengepäck befanden sich natürlich auch alle Militärgeheimnisse Somalias. Ab April beginnen massive Waffenlieferungen der SU nach Äthiopien, die mit der Errichtung der Luftbrücke spätestens im September 77 einen Höhepunkt erreichen. Die von den Somalis ausgewiesenen Militärberater tauchen kurze Zeit später alle wieder in Addis Abeba auf; die Worte, die ihnen der sowjetische Botschafter in Somalia, Georgi Sammasow bei der Abreise aus Somalia mitgegeben hat, lauten: *„Wir werden den Somalis eine Lektion erteilen, die sie nie vergessen werden.“* (6)

Beim Besuch Mengistus in Moskau im Mai 1977 sagte Podgorny: *„Uns freut, daß sie in den harten Auseinandersetzungen immer neue Siege erringen und erfolgreich die Schwierigkeiten überwinden.“* (7) Der sowjetische Afrika-Experte Kokiev bezeichnete das Mengistu-Regime als „revolutionäre Militärdiktatur“ und vertritt sogar die Ansicht, *„daß in der Politik des DERG die revolutionär-demokratische Richtung vorherrscht“* (8). Die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Propagandisten rechtfertigen auch noch die Unterdrückung des Volkes in Äthiopien, indem sie behaupten, *„daß es sich bei den erwähnten Forderungen nach 'sofortiger politischer Freiheit für alle Parteien und Gruppierungen' wohl bestenfalls um abstrakt-demokratische Forderungen handelt, die den gegebenen realen Entwicklungsbedingungen der äthiopischen Revolution zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entsprechen“*. (9)

Wie kommt die Sowjetunion dazu, einen Unterdrücker wie Mengistu zum Demokraten und gar Sozialisten hochzulügen? Ganz einfach, weil die *„äthiopische Revolution für die äthiopisch-sowjetischen Beziehungen ganz neue Perspektiven eröffnet (hat)“* (10). Diese Beziehungen bestehen hauptsächlich aus Millionen Dollar Wirtschaftshilfe, Sam-7-Raketen, T-54- und T-34-Panzern, sowie Kalaschnikows. Wahrhaft *„neue Perspektiven“*!

Noch deutlicher werden die Ziele der russischen Sozialimperialisten an ihrem Vorgehen gegenüber Eritrea. Anfänglich gab die Sowjetunion einige Solidaritätsresolutionen mit dem eritreanischen Befreiungskampf von sich. Doch als der DERG 1974 die Macht übernahm, einzelne Maßnahmen gegen den US-Imperialismus einleitete und die SU ihre Stunde gekommen sah, änderte sie sehr rasch ihre Stellungnahmen: *„Der (eritreanische) Befreiungskampf ist ein Störmanöver der nationalen und internationalen Reaktion, um den fortschrittlichen Kurs des Militärrates zu unterlaufen“* (11). Die Sowjetunion setzte also ihre Hoffnungen im Streben nach den eritreanischen Rotmeerhäfen Massawa und Assab auf die Junta. Diese führte unter der Losung *„Äthiopien über alles“* (Ethiopia tikden) die Politik der nationalen Unterdrückung Haile Selassies fort. Die bereits erwähnten Waffenlieferungen an Äthiopien dienen vor allem dem

Zweck der Zerschlagung des eritreanischen Befreiungskampfes.

Um die neue Einschätzung Äthiopiens durch die SU plausibel zu machen, haben die Revisionisten begonnen, die Geschichte Äthiopiens und des ganzen Gebietes zu verfälschen:

„Die Kolonialisierung der im heutigen Äthiopien lebenden Völker durch die christlichen Amharen wurde Mitte des vorigen Jahrhunderts vollendet", schreibt der revisionistische Kommunistische Studentenverband in der „Roten Perspektive" Nr. 4/77-78. In Wirklichkeit wurde Ogaden (Westsomaliland) erst 1908 von Äthiopen annektiert und Eritrea überhaupt erst nach dem 2. Weltkrieg.

Nebenbei bemerkt, befinden sie sich dabei auch in Widerspruch zu ihren eigenen Geschichtsbüchern, sogar noch von 1976!!



Dieser Kartenausschnit ist dem Buch „Geschichte Afrikas - Von den Anfängen bis zur Gegenwart", Band II, herausgegeben von Akademie Verlag Berlin (DDR) 1976, entnommen und zeigt klar, daß Ende des vorigen Jahrhunderts weder Ogaden noch Eritrea zum äthiopischen Reich gehörten.

Die Haltung des US-Imperialismus

Die amerikanische Regierung hat sich bis jetzt nicht direkt eingemischt. Zwar haben die USA einige zusätzliche Schiffe ins Rote Meer entsandt, und Leute wie Brzenzinski und Brown haben leise Andeutungen über ein mögliches Eingreifen gemacht.

Bisher aber setzt der US-Imperialismus auf Vereinbarungen mit dem Rivalen. Der Herald Tribune, Auslandsorgan des US-Imperialismus schrieb am 13.2.

„Die USA können nur auf die Sowjetunion zählen, um Äthiopien zurückzuhalten, wenn es versucht, Somalia zu attackieren."

Gleichzeitig arbeitet die USA über ihren Kettenhund Israel eng mit Äthiopien und Sowjetunion bei der Unterdrückung der eritreischen Revolution zusammen, das haben Dayan und Mengistu selbst bestätigt.

Der US-Imperialismus hofft, daß sich der Konflikt auf Äthiopien beschränkt und daß die Sowjetunion derzeit noch nicht offen und direkt weitere Länder am Horn angreift. Ganz in diesem Sinne haben amerikanische Politiker selber eine Erklärung des russischen Botschafters verbreitet, worin dieser den baldigen Abzug substantieller kubanischer Truppen angekündigt hat. Von der Anzahl, dem Termin und den russischen Truppen ist allerdings überhaupt keine Rede. Das ist dieselbe Vorgansweise der SU wie in Angola, sie geben eine solche Erklärung heraus, setzen sich fest, schwingen sich zu Oberherrn des Gebietes auf.

Viele afrikanische und arabische Staaten haben die USA gewarnt, sich unter dem Vorwand, gegen die russische Aggression anzutreten, wieder einzumischen. Gleichzeitig haben sie darauf hingewiesen, daß die Rivalität und die Absprachen zwischen der SU und der USA auf die Spaltung der arabischen und afrikanischen Völker abzielen.

Der Ogaden-Konflikt und wie er gelöst werden soll

Im Mittelpunkt des Konflikts am Horn schien der Ogadenkonflikt zu stehen. Ogaden ist ein Teil des vom somalischen Volk bewohnten Gebietes.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das von Somalis bevölkerte Gebiet wie ganz Afrika in Kolonien der Großmächte willkürlich aufgeteilt. Das äthiopische Feudalreich war neben Liberia das einzige Land Afrikas, das unabhängig war, deswegen aber gerade auch ständiger Versuche der Imperialisten ausgesetzt, kolonial versklavt zu werden. Zwischen 1881 und 1908 hatte sich das äthiopische Reich nach Osten und Nordosten ausgedehnt, 1908 Ogaden einverleibt. Als die Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg die Einflußsphären in Afrika aufteilten und ohne jegliche Rücksicht auf die historischen, wirtschaftlichen, politischen und naturgeographischen Gegebenheiten die afrikanische Landkarte entwarfen, zwangen sie den afrikanischen Völkern völlig vernunftwidrige Grenzen auf. Viele Grenzen sind schnurgerade, wie mit dem Messer geschnitten, ein Volksstamm wird durch die Grenzziehung in verschiedene Länder aufgeteilt, sodaß seine Mitglieder nicht mehr frei miteinander verkehren können, zum Teil wurden Grenzlinien nicht klar festgelegt. Hierin liegen die Wurzeln der Unstimmigkeiten zwischen vielen afrikanischen Nationen, die die Kolonialisten alten Schlags hinterlassen haben.

Bei Ogaden handelt es sich um so ein Pro-



lem; das somalische Volk Ogadens verlangt sein Selbstbestimmungsrecht. Das äthiopische Regime hat ihm dieses Recht nie zugestanden. Deshalb begann 1947 der Widerstand und 1963 wurde die Befreiungsfront (WSLF,FISO); die den bewaffneten Kampf aufnahm und für das nationale Selbstbestimmungsrecht kämpft, gegründet. Ganz im Gegensatz zur Propaganda der Revisionisten existiert die Ogadenfrage also nicht erst seit der Entsendung somalischer Truppen nach Ogaden.

Somalia , seit 1960 unabhängig, unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der in Ogaden lebenden Somalis und die Befreiungsfront. Äthiopien beruft sich auf die von den Kolonialisten gezogenen Grenzen und besteht darauf, daß Ogaden zu seinen Territorien gehört. 1963 kam es zwischen den beiden Ländern zum Krieg, bei dem Somalia eine Veränderung der Grenzziehung zu seinem Gunsten erreichen wollte. Somalia unterschätzte jedoch die besser ausgerüsteten äthiopischen Truppen. Die OAU tritt dafür ein, daß die zwei Länder die Streitfrage friedlich lösen. Der somalische Botschafter in Paris erklärte in einem Interview mit der französischen marxistisch-leninistischen Zeitung „Humanité Rouge" auf die Frage, ob der Weg einer friedlichen Lösung existiere:

„Ja, unter der Bedingung, daß die historische und menschliche Realität Westsomaliens (= Ogaden) anerkannt wird, das ein Land unter äthiopischer Kolonialherrschaft ist. Wenn das Selbstbestimmungsrecht des Volkes anerkannt wird, öffnet sich der Weg für gegenseitiges Verständnis und Brüderlichkeit. Dann ist eine friedliche Lösung möglich, ein vernünftiger Kompromiß miteingeschlossen.... Unserer Ansicht nach ist heute die Sowjetunion das Hindernis für solche Verhandlungen.... Ohne massiver sowjetischer Intervention und der kubanischen Söldner wäre Äthiopien gezwungen zu verhandeln. Ohne den Krieg, den die Sowjetunion herbeigeführt hat, wäre das Problem sicher bereits gerecht und ehrlich gelöst." (12)

Untersucht man den genauen zeitlichen Ablauf der Ereignisse am Horn, fällt auf:

Sofort nach der Kündigung des Freundschaftsvertrages mit der SU durch Somalia, dem Hinauswurf der russischen Berater im letzten November, transportierte die SU Unmengen von Waffen sowie Berater nach Äthiopien. Der sudanesische Präsident Numeiri erklärte dazu:

„Durch eine großangelegte Waffenluftbrücke an das Horn von Afrika will die Sowjetunion den Somaliern eine Lektion erteilen, um den anderen afrikanischen Ländern zu zeigen, was es heißt, sowjetische Militärexperten hinauszuwerfen." (13)

Und der Staatschef vom Niger erklärte:

„Zu einer Zeit, als gewisse Gebiete Afrikas an Hunger litten, haben die Großmächte andere Gebiete des afrikanischen Kontinents mit kostspieligen und modernen Waffen überschwemmt, um Kämpfe unter den Afrikanern anzustacheln." (14)

Die Generalmobilmachung in Somalia und die Entsendung somalische Truppeneinheiten nach Ogaden zur Unterstützung der WSLF (Westsomalische Befreiungsfront), war die Antwort auf die Vorbereitungen der SU auf eine Aggression gegen Somalia.

Die SU behauptet, Somalia sei der Aggressor, sie selbst würde nur ihrer proletarisch-internationalistischen Pflicht nachkommen und selbstlose Hilfe leisten, deren einziges Ziel die Wiederherstellung der territorialen Souveränität Äthiopiens sei. Sind dazu etwa 30 Kriegsschiffe im Roten Meer notwendig? Ist die Bombardierung Eritreas mit Napalm selbstlose Hilfe? *„Es geht nicht um Ogaden, sondern um Berbera, die Republik Djibouti und die Straße von Bab el Mandeb"* hat Siad Barre erklärt. (15)

Die Absichten der SU sind zuletzt noch einmal ganz deutlich geworden, nachdem Somalia am 9. März den Abzug seiner Truppen aus Ogaden bekanntgab und Äthiopien vorschlug, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die kommandierenden russischen Generäle haben dies abgelehnt, sie wollen den Krieg gegen Somalia weiterführen. Eines ihrer Ziele ist die Rückeroberung der Stützpunkte in Somalia. Genauso wie in Angola lassen sie sich in Äthiopien nieder und bedrohen die Unabhängigkeit der Nachbarstaaten. Um den Frieden am Horn wiederherzustellen, müssen die russischen Aggressoren vertrieben werden, in voller Übereinstimmung mit dem Beschluß der OAU von 1965:

„Mit aller zur Verfügung stehender Gewalt uns gemeinsam und fest allen erdenklichen Subversionen, die von fremden Mächten außerhalb Afrikas gegen Afrika organisiert oder finanziert werden, zu widersetzen." (16)

Der Kampf der Staaten in diesem Gebiet und die Frage der Friedenszone am Roten Meer

Eine somalische Zeitung hat darauf hingewiesen, daß die Aggression der SU am Horn, *„nicht nur eine Gefahr für Somalia, sondern für alle Länder, die ans Rote Meer und dem Indischen Ozean grenzen, darstellt."*

Die meisten arabischen und afrikanischen Länder haben dies erkannt und Somalia unterstützt. Heute können sich die Völker und Länder im Gebiet des Roten Meeres in ihrem Kampf bereits auf gemeinsame Beschlüsse und Maßnahmen stützen.

Lange Zeit waren diese Länder unter der Herrschaft verschiedener Kolonialmächte, und konnten erst nach langen Kämpfen ihre Unabhängigkeit erlangen, Djibouti z.B. erst im Juni 1977. Nachdem die alten Kolonialmächte England, Frankreich, Italien vertrieben waren, mußten sie ihre gerade erst erlangte Unabhängigkeit gegen den US-Imperialismus, der als stärkste imperialistische Macht aus dem 2. Weltkrieg hervorging, verteidigen und ihre Länder, die noch wenig entwickelt sind, aufbauen. In ihrem Kampf haben sie schon verschiedene Erfolge errungen; bereits in den 50er Jahren führte Ägypten einen erfolgreichen Kampf gegen die imperialistische Kontrolle des Suezkanals; 1973 führten Saudiarabien und Ägypten als Mitglieder der arabischen Organisation erdölexportierender Länder einen Ölboykott gegen die USA und ein europäisches Land durch, um deren antiarabische Nahostpolitik zu bekämpfen; am 1. Mai 1977 verstaatlichte die DRV Jemen die Ölraffinerie; auch andere Länder haben verschiedene ausländische Schlüsselindustrien verstaatlicht oder scharfen, auf die nationalen Interessen bedachten, Gesetzen unterworfen, wie im Sudan.

In diesen Kämpfen machten die Völker und Länder reiche Erfahrungen mit dem US-Imperialismus und erkannten zunehmend klarer seine imperialistischen Ambitionen. Auch wenn der US-Imperialismus heute noch wichtige Positionen in diesen Ländern innehat, und bestrebt ist, die Abhängigkeit und imperialistische Kontrolle zu verstärken, ist doch zu erkennen, daß Schritt und Schritt die nationale Bougeosie dieser Länder ihre Unabhängigkeit erkämpft und ausbaut.

Besonders in der Zeit nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit begannen verschiedene Länder mit der Sowjetunion, die sich als *„natürlicher Verbündeter"* und *„Freund"* ausgab, zusammenzuarbeiten und nahmen im unterschiedlichen Maße Militär- und Wirtschaftshilfe an. Doch die Entwicklung zeigt, daß die nationalen Interessen dieser Länder mit den Herrschaftsansprüchen der Sowjetunion in Konflikt kamen. Sehr bald kam das wahre Wesen der Sowjetunion zum Ausdruck: es ist eine lange Kette von Ausplünderung, Intervention, Drohung und Erpressung.

Ägypten erpreßten sie mit an Bedingungen geknüpfte Waffenlieferungen und gängelten sie durch die Einmischung tausender Militärberater, im Sudan zettelten sie zwei grausame Umsturzversuche gegen die Regierung Numeiri an; Somalia brachten sie durch ein *„Freundschaftsabkommen"* in Abhängigkeit, erzwangen für den Hafen von Berbera ein Nutzungsrecht für ihre Kriegsflotte, rüsteten die somalische Armee mit großen Mengen schwerer Waffen aus und versuchten Somalia so zur gewaltsamen Eroberung der von Somalis bevölkerten Südprovinzen Äthiopiens anzustacheln. Um sich in Äthiopien Einfluß zu verschaffen, liefern die Sozialimperialisten auch hier eine große Menge Waffen und rüsten die äthiopische Armee auf.

Bei ihrem Vorgehen bedienten sie sich in den einzelnen Ländern jeweils verschiedener Praktiken, und änderten mehrfach ihre Taktik, je nachdem, wie sich die Bedingungen zur Verwirklichung ihrer Vorherrschaftspläne änderten.

Aber die Länder am Roten Meer haben lange genug unter der imperialistischen Unterdrückung gelitten, sie wollten nicht erneut unter imperialistische Bevormundung geraten, auch wenn dies unter dem Aushängeschild *„Sozialismus"* geschieht. Der Sudan verjagte am 12.5.77 sämtliche russische Militär*„berater"* aus dem Land, wie zuvor schon Ägypten. Präsident Numeiri (Sudan) rief dazu auf, *„wachsamzusein gegen die Gefahr, die von der Sowjetunion gegen die arabischen und afrikanischen Länder ausgeht"* und erklärte zur Lage am Roten Meer: *„Es (ist) das vordringliche Ziel, dieses Gebiet zu einer Region des Friedens und der Sicherheit, frei von der Hegemonie der beiden Supermächte, zu machen."*

Außer Äthiopien und Israel treten alle Länder

am Roten Meer für die Schaffung eines „Meer des Friedens" ein und haben begonnen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken.

So haben Saudi Arabien und die DVR Jemen die diplomatischen Beziehungen aufgenommen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt. Beispielsweise hat sich Saudi Arabien verpflichtet, für die von der DVR-Jemen nationalisierte Adener Raffinierie das notwendige Erdöl zu liefern. Diese Raffinerie war bis April 1977 in Besitz der BP und konnte bisher nicht verstaatlicht werden, weil der Jemen bisher keine eigenen Ölquellen entdeckt hat und für den Betrieb auf Ölimporte angewiesen war. Daher hat die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien eine große wirtschaftliche Bedeutung für das Land und stärkt seine nationale Unabhängigkeit.

Die DVR-Jemen und die AR-Jemen haben die 1972 begonnenen Vereinigungsgespräche wieder aufgenommen. Die ersten Ergebnisse sind Vereinbarungen über gegenseitige Vertretung im Ausland, Rundreisen gemeinsamer Delegationen und eine Verstärkung des Handels.

1977 besuchte Mohamed Suleiman Nasser, Minister für Landwirtschaft und Agrarreform die DVR-Jemen, Kuweit, Sudan und Algerien und erklärte bei seiner Rückkehr in Aden, der Sudan *„werde auf Wunsch des Demokratischen Jemen Experten für einige landwirtschaftliche Arbeiten in die DVR-Jemen schicken."*

Auch Djibouti, die ehemalige französische Kolonie , die Ende Juni 1977 unabhängig wurde, hat sich in diese Front eingereiht.

Die Länder und Völker am Roten Meer wollen keine neuen Abhängigkeiten und sie haben gelernt. So schrieb der „14. Okotober", das offizielle Organ der DVR-Jemen, Mitte 1975: *„Wir, die arabischen Länder, sind gastfreundlich. Wir begrüßen alle Gäste und Touristen in unserem Land, aber jene Gäste, die mit Kriegsschiffen kommen, begrüßen wir nicht, denn das würde bedeuten, den Wolf am Haupteingang zurückzuschlagen und den Tiger durch die Hintertür einzulassen."*

Die sowjetischen Sozialimperialisten wissen ganz genau, daß sie ihre Vorherrschaftspläne begraben könnten, wenn der sich entwickelnde Zusammenschluß der Länder am Roten Meer erst zur geschlossenen Front gegen beide Supermächte entwickelt hat. Deshalb bedienen sie sich besonders der Taktik der Spaltung, um die im Entstehen begriffene Einigungsbewegung zu schwächen und zu hintertreiben und einzelne Länder aus dem Zusammenschluß herauszubrechen. Eine ihrer Methoden ist es, bestimmte Länder als „reaktionär" abzustempeln oder der „Kollaboration mit dem Imperialismus" zu beschuldigen, während sie andere als „fortschrittlich" loben. „Reaktionär" ist z.B. Saudi Arabien, weil es im Zusammenschluß der arabischen und afrikanischen Rote-Meer-Länder eine führende Rolle einnimt und weil es darauf bestand, das arabische Erdöl als Waffe nicht nur gegen den USA-Imperialismus, sondern auch gegen den sowjetischen Sozialimperialismus einzusetzen, als dieser verlangte, von den Ölpreiserhöhungen ausgenommen zu werden und dreist behauptete, das arabische Erdöl sei „internationales Eigentum". Als fortschrittliches" Land heben die sowjetischen Sozialimperialisten heute besonders Äthiopien hervor, weil es die „sozialistische Orientierung" eingeschlagen habe. Das heißt nichts anderes, als den Weg enger Beziehungen mit der Sowjetunion. Das äthiopische Militärregime wird als „fortschrittlich" bezeichnet, obwohl es mit Vernichtungsfeldzügen gegen Eritrea vorgeht, um dieses Land, das von Äthiopien unter Haile Selassie gewaltsam annektiert wurde, weiterhin ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Einziges Kriterium für die Einteilung ist die Frage: für oder gegen Moskau. Bist du für Moskau, dann sind faschistische Massenschlächtereien „revolutionäre Säuberungen"; die Unterjochung nationaler Minderheiten und anderer Völker „dient der sozialistischen Einheit" und sozialimperialistische Überfälle sind zum „Schutz gegen Angriffe von außen".

Die Tatsache aber, daß der Sudan sowjetische „Berater" ausweist, weil sie dauernde Putschversuche gegen die Regierung Numeiri anzetteln, ist „bürgerliche Machtpolitik", die dem „Imperialismus nützt". Das ist wahre Imperialistenlogik!

Die Sozialimperialisten hetzen gegen die Rote-Meer-Länder als *„Reaktion, die sich um die Idee zusammenschließt, das Rote Meer zu einem arabischen Binnensee zu machen."* Grund: sie hätten dann keinen freien Zugang mehr zu dieser strategisch bedeutenden Region,- ein heftiger Schlag gegen ihre Weltherrschaftspläne!

Sie machen die Länder am Roten Meer dafür verantwortlich, daß *„die Situation um Äthiopien allmählich einen gefährlichen Verlauf"* nimmt und *„ein für den Frieden gefährlicher Herd internationaler Spannungen entstehen könnte." (Neue Zeit 19/77)*

Dabei sind sie es doch, die den Ausrottungsfeldzug Mengistus gegen Eritrea als *„Vormarsch der sozialistischen Revolution"* unterstützen.

Es ist eindeutig: die gesamte Propaganda der Sozialimperialisten dient nur dem einen Zweck, *Widersprüche bis hin zu bewaffneten* Auseinandersetzungen zu schüren, als „Rettungs - und Schutz"macht einzugreifen um selbst Herr über diese Region zu werden. Aber die große Mehrheit der Länder am Horn von Afrika wird nicht zulassen, daß ihre schwer errungene Unabhängigkeit durch einen vom Sozialimperialismus geschürten Krieg zunichte gemacht - und in neue Abhängigkeit verwandelt wird!

Angesichts der entscheidenden Bedeutung dieses Gebietes und gegenüber der sowjetischen Aggression am Horn ist es heute die Aufgabe aller friedliebenden und demokratischen Menschen, die Völker dieses Gebietes in ihren Kampf zu unterstützen: Sowjetunion: Hände weg vom Horn von Afrika!

Freunde, Kollegen und Genossen!

Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß zwischen dem heutigen Kampf der Völker am Horn gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und dem Kampf des äthiopischen/abessinnischen Volkes 1935/36 gegen den Mussolinifaschismus frappierende Parallelen bestehen. Gen. Ercoli hat damals auf dem VII. Weltkongreß der Komintern dazu ausgeführt:

„Abessinien ist ein wirtschaftlich und politisch rückständiges Land. Es gibt in ihm noch keine Spur einer nationalrevolutionären oder auch nur einer demokratischen Bewegung. Es ist ein Land, in dem sich übrigens in einem ziemlich langsamen Tempo der Übergang von einer auf der Grundlage halb unabhängiger Stämme beruhenden Feudalordnung zur zentralisierten Monarchie vollzieht. Aber nicht das ist für uns das Entscheidende bei der Festlegung unserer Stellung zu dem von Italien angezettelten Krieg.

Unsere Kommunistische Partei Italiens war völlig im Recht, als sie eine defaitistische Haltung gegenüber dem imperialistischen Krieg des italienischen Faschismus bezog und die Losung ausgab: „Hände weg von Abessinien!" Und ich kann euch versichern, daß, wenn der Negus von Abessinien durch Vereitelung der Eroberungspläne der Faschismus dem italienischen Proletariat helfen wird, dem Regime der Schwarzhemden einen Schlag aufs Haupt zu versetzen, niemand ihm seine „Rückständigkeit" zum Vorwurf machen wird. Das abessinische Volk ist der Verbündete des italienischen Proletariats gegen den Faschismus und wir versichern von dieser Tribüne aus das abessinische Volk unserer Sympathien. Die revolutionären Traditionen des italienischen Volkes, die Traditionen der Freischaren Garibaldis - diese Traditionen, in deren Namen die ersten italienischen Internationalisten mit unverfälschter Begeisterung in Polen und Ungarn, in Griechenland und Südamerika, überall dort in die Reihen der Kämpfer traten, wo sich das Banner des Kampfes um die nationale Freiheit entrollte, diese Traditionen lassen die italienischen Werktätigen auf die Seite des abessinischen Volkes gegen die faschistische Bourgeosie treten." (17)

---

(1) Neue Züricher Zeitung, 4.11.1977
(2) zitiert aus: „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus - Leninismus", Peking 1977, S.36
(3) ebenda, s. 36f
(4) zitiert nach „Peking Rundschau" 47/77 und „The world today", London 1977
(5) zitiert nach „Peking Rundschau" 48/77
(6) Die Presse, 7.2.1977
(7) Horizont, 22/77
(8) A.G. Kokiev, Die Entwicklung der national-demokratischen Revolution in Äthiopien, in: Asien-Afrika-Lateinamerika 1/77, S. 98
(9) Antiimperialistisches Informationsbulletin, 1/77
(10) Kokiev, S. 107
(11) UZ (Zeitung der DKP), 24.1.1975
(12) L'Humanité Rouge, Nr.26
(13) zitiert nach „Peking Rundschau" 8/78
(14) ebenda
(15) zitiert nach „Klassenkampf" 5/78
(16) zitiert nach „Klassenkampf" 4/78
(17) Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, S. 772f

1000 Abonnenten für „China im Aufbau"

Der Kommunistische Bund Österreichs setzt sich das Ziel, bis zum 1. Mai 1000 Abonnenten für die Zeitschrift „China im Aufbau" zu gewinnen.

„China im Aufbau" ist eine Zeitschrift über den Aufbau des Sozialismus in China. Sie erscheint 6mal jährlich und kostet als Einzelexemplar S 7,-, als Jahresabonnement S 35,-.

Die Redaktion von „China im Aufbau" schreibt anläßlich der Nummer 1/78 zum Charakter und den bevorzugten Themen der Zeitschrift: „

„Seit 29 Jahren hat China eine Menge Schwierigkeiten überwunden. Das arme und rückständige China verwandelte sich in ein sozialistisches Land, das gedeiht und sich gut entwickelt. Dies erweckt in der ganzen Welt großes Interesse.

Wie arbeitet und lebt das chinesische Volk? Wie sah die Vergangenheit Chinas aus? Was sind die heutigen Geschehnisse und Entwicklungstendenzen? Um diese und andere Fragen zu beantworten, werden wir spezielle Artikel und Interviews veröffentlichen. Dadurch wollen wir das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt fördern und verstärken."

Besondere Schwerpunkte der Nr. 1/78 sind ein Bericht über die Entwicklung einer landwirtschaftlichen Kommune („Habenichtse" schaffen gemeinsamen Wohlstand"), ein Interview über die Nationalitätenpolitik der VR China am Beispiel der Inneren Mongolei („Das Recht auf Gleichberechtigung und Autonomie für die Nationalen Minderheiten Chinas") und die Lebensgeschichte des Soldaten Da Drashi aus Tibet („Da Drashi, Soldat aus Tibet").

In dem Artikel „Habenichtse schaffen gemeinsamen Wohlstand" berichtet ein Mitglied der Volkskommune Djianning über den langen und harten Kampf des sozialistischen Aufbaus am Land: Die von der Kommunistischen Partei Chinas 1947 eingeleitete Landreform, die unter der Losung stand, das Land denen, die es bebauen" durchgeführt wurde und zum scharfen Kampf gegen die Großgrundbesitzer und reichen Bauern aufforderte; die Gründung der ersten Produktionsgenossenschaft der armen Bauern 1952 als Antwort auf die Versuche der reichen Bauern, die Landrefor rückgängig zu machen; der Kampf gegen die revisionistische Linie Liu Schao-tschis, der die Auflösung der Genossenschaften anordnete; und schließlich der Zusammenschluß mehrerer Genossenschaften zur Volkskommune Djiänming, der Kampf um die Mechanisierung der Landwirtschaft und die planmäßige und systematische Weiterentwicklung der Kommune.

Im Interview „Das Recht auf Gleichberechtigung und Autonomie für die nationalen Minderheiten Chinas", das am Beispiel der Inneren Mongolei die Minderheitenpolitik des sozialistischen Chinas erläutert, werden vor allem folgende Fragen behandelt: Die Grundlagen der Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei Chinas, die, wie Genosse Mao Tsetung erklärt hat, darauf gerichtet ist, *„das Recht der Gleichberechtigung und Autonomie für die nationalen Minderheiten innerhalb der Grenzen Chinas"* zu fördern und anzuerkennen; die Bedeutung der „nationalen Gebietsautonomie" für die umfassende Möglichkeit der Entwicklung der Minderheiten; die Heranziehung von Kadern aus den Minderheiten für die politische Verwaltung des Gebietes und die Beratung der wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Positionen im Territorium der Minderheit; die Frage der Sprache der Minderheiten und des Schulwesens.

Der Bericht des Soldaten Da Drashi aus Tibet vermittelt ein anschauliches Bild über die Geschichte der Produktion in Tibet. An Hand seines eigenen Lebens erzählt Da Drashi, der aus einer Sklavenfamilie stammt, über die Lage in Tibet vor der Befreiung, über den heldenhaften Kampf des tibetanischen Volks gegen die Feudalklassen und buddhistischen Priester, die das Volk unterdrückten und ausbeuteten, und über die Befreiung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee. Da Drashi, selbst Mitglied der Volksbefreiungsarmee, schildert ausführlich seinen Weg vom Sklaven zum bewußten, revolutionären Kämpfer für die Sache der Revolution und des Sozialismus.

Die Zeitschrift „China im Aufbau" kann über die Zellen des KB gekauft werden. Die Zelle nimmt auch Abonnement-Bestellungen auf und gibt sie an das chinesische Vertriebszentrum weiter. Außerdem liegt jeder Nummer von „China im Aufbau" ein Bestellschein bei, mit dem man über die Firma Alois Wieser Ges.m.b.H., Postfach 13, Rienößlgasse 12, 1042 Wien, ein Jahresabonnement bestellen kann.

Die Slowenen in Kärnten (Teil IV)

(Von 1949 bis in die 60er Jahre)

I. Die Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus in Österreich untergräbt die Existenzbedingungen der slowenischen Minderheit

Der vierte Teil der Artikelserie „Die Kärntner Slowenen" behandelt die Entwicklung der slowenischen Minderheit von 1949 – bis in die 60er-Jahre.

Im Teil III haben wir gezeigt, wie die Imperialisten, mit den USA an der Spitze, und der englischen Besatzungsmacht als ausführendem Organ, es der österreichischen Bourgeoisie ermöglichten, ihre Ansprüche auf Südkärnten, das Lebensgebiet des in Kärnten lebenden Teiles der slowenischen Nation, durchzusetzen, ihr Germanisierungswerk gegenüber den Kärntner Slowenen fortzuführen, und sich das gesamte Gebiet mit seinen Naturreichtümern und Arbeitskräften zu unterwerfen. Dagegen führten die Kärntner Slowenen, und mit ihnen die fortschrittlichen Arbeiter Österreichs, unter Führung der KPÖ den Kampf.

Im folenden Teil werden wir zeigen, welche Ziele die österreichischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer in diesem Gebiet verfolgten, in welcher Weise die Germanisierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet vorangetrieben wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung Südkärntens in den 50er- und 60er-Jahren ähnelt in vieler Hinsicht der Entwicklung anderer in der Industrialisierung zurückgebliebener, stark agrarischer Gebiete Österreichs. Die Expansion des Kapitalismus in den 50er- und 60er-Jahren vertrieb viele Bauern von ihren kleinen Landwirtschaften, ein riesiges Heer von Arbeitskräften für die in einigen Zentralgebieten konzentrierte Industrie wurde frei (siehe Tabelle 1), die Konzentration in der Landwirtschaft entwickelte sich rasch, das Kleingewerbe ging zurück, und erst ab der Mitte der 60er-Jahre setzt in größerem Ausmaß eine Industrialisierung dieser stark zurückgebliebenen Gebiete durch „Niedriglohnbetriebe" ein. Es findet eine entsprechende Abwanderung aus diesen Gebieten in die Zentralräume statt und es gibt besonders hohe Pendlerquoten (siehe Tabellen 4,5). Trotz alledem ist der Agraranteil in diesen Gebieten noch sehr hoch, die Schere zwischen den schon ursprünglich besser entwickelten Gebieten und den „Grenzgebieten" ist kaum kleiner geworden (siehe Tabellen 2,3).

So wie nach dem Krieg fast überall die Kapitalisten ihre Betriebe rasch wieder aufbauten und erweiterten, und zu diesem Zweck großes Interesse an billigen Arbeitskräften aus den umliegenden ländlichen Gebieten hatten, so auch im Kärntner Zentralraum in Südkärnten. Dasselbe galt für die Gutsbesitzer Kärntens, die einen bis Ende der 50er-Jahre noch steigenden Bedarf an Land- und Forstarbeitern hatten.

Noch aus einem weiteren Grund wurde die Vertreibung der Bauern von Grund und Boden zu einem wichtigen Anliegen der Bourgeoisie: Die Großbauern und Gutsbesitzer wollten ihre Flächen erweitern. Zugleich brachten die Genossenschaften und Agrarbanken, die bereits vollständig mit den Großbanken verbunden waren – die Bauern in Abhängigkeit.

Der Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft wurde daher auch in Kärnten von Anfang an stark forciert und gefördert.

Zu alldem kam in Südkärnten noch hinzu,

daß das Land selbst slowenisch besiedelt war, und die Masse der Bevölkerung im Zuge des antifaschistischen Kampfes begriffen hatte, daß die nationale Unterdrückung Folge der Herrschaft der deutschsprachigen Kapitalisten und Großgrundbesitzer war, und daß eine Sicherung der Existenz und eines menschenwürdigen Lebens für die Kärntner Slowenen nur mit deren Verjagung und der Übernahme der slowenischen Naturreichtümer und der Fabriken in die Hände der Massen möglich ist.

Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die allesamt aus der NS-Zeit ihr vergrößertes Kapital herübergerettet hatten, die ihre Betriebe mit NS-Krediten ausgebaut hatten, hatten weder an einer politischen noch an einer ökonomischen selbständigen Entwicklung des slowenischen Teils von Kärnten ein Interesse. Ganz im Gegenteil gingen sie daran, auch diejenigen Bereiche der Volkswirtschaft Südkärntens, die sie sich nicht schon in der Monarchie und in der 1. Republik angeeignet hatten, sondern erst in der Nazizeit, endgültig zu unterwerfen, und ihre Herrschaft darüber auszubauen.

Nur wenn man beide grundlegenden Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit in Kärnten im Auge hat, sowohl die rasche Ausbreitung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, die Notwendigkeit für die Kapitalistenklasse rasch ein Arbeiterheer zur Verfügung zu haben als auch die Germanisierungs- und Kolonialisierungsbestrebungen gegenüber dem slowenischen Süden des Landes, wird man zu einer richtigen Anschauung über die Entwicklung der slowenischen Minderheit kommen. (1)

Die Zerstörung der Abgeschlossenheit der ländlichen Gebiete Südkärntens, die Proletarisierung ihrer Bevölkerung, unter der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie, erfolgte unter scharfem Germanisierungsdruck und fortgesetzten Bemühungen, das slowenische Gebiet Kärntens zu entnationalisieren. Für die Arbeiter aus den slowenischen Bauernfamilien wurde Deutsch zur Kommandosprache der Kapitalisten, die in den Fabriken nur Deutsch zuließen und im Zentralraum das Slowenische überhaupt vollständig ignorierten. Die Ausbreitung des Kapitalismus in der Landwirtschaft führte nicht nur zur Enteignung vieler kleiner Bauern von Grund und Boden, sondern auch zur Aneignung derselben durch deutschsprachige Großbauern und Großgrundbesitzer. Dies untergrub die Lebensbedingungen der slowenischen Minderheit noch mehr. Die Naturreichtümer des slowenischen Teils von Kärnten wurden von den Kapitalisten nicht nur nicht zur Entwicklung des Gebietes selbst genutzt, sondern Raubbau an ihnen getrieben – namentlich mit dem Holz, aus dessen Verkauf in den 50er-Jahren Riesenprofite herausgeschlagen wurden.

In jeder Hinsicht untergrub so der Imperialismus die Möglichkeit einer guten Entwicklung des in Kärnten lebenden Teils der slowenischen Nation. Dies fiel zusammen mit bewußten politischen Anstrengungen, die slowenische Minderheit zu entnationalisieren, ihre Sprache und Kultur zu unterdrücken und die slowenischen Menschen aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten, falls sie das Banner der nationalen Freiheit und Gleichberechtigung hochzuhalten versuchten.

Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für die slowenische Minderheit war vom Ende des 2. Weltkriegs an, insbesondere ab 1949, seit der endgültigen Bestätigung der imperialistischen Grenzziehung von 1920, also nicht nur eine Frage der Sicherung der politischen Rechte und der Anerkennung des Territoriums, sondern auch der Übergabe dieses Territoriums in die Hände der slowenischen Bevölkerung in Selbstverwaltung.

Über das hinaus wäre eine wirkliche menschenwürdige Existenz für die slowenische Minderheit, eine wirkliche Garantie für ihr gleichberechtigtes Fortbestehen nur gegeben gewesen, wenn die deutsch-österreichischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten enteignet, eine Bodenreform durchgeführt, der imperialistische Staat zertrümmert worden wäre.

Die KPÖ hat im Jahr 1949, geleitet eben von dieser Sichtweise, ihr Eintreten für die territoriale Autonomie folgendermaßen begründet: *„Nur eine wirkliche territoriale Autonomie kommt hier in Frage. Nur eine solche kann erreichen, daß die Bevölkerung von Slowenisch-Kärnten ihr Territorium selbst verwaltet, bzw. es von seinen gewählten Organen verwalten läßt. Selbstverständlich ist es uns bewußt, daß eine solche territoriale Autonomie nur beschränkt sein kann, solange Österreich kapitalistisch bleibt . . . . Die Autonomie für das Slowenisch-Kärnten würde sofort in einigen Fragen die Lage der Kärntner Slowenen verbessern. Damit wäre die Voraussetzung gegeben für die Sicherung der slowenischen Erziehung unserer Kinder in den Schulen und dafür, daß das Slowenische als gleichberechtigte Amtssprache in*

Tabelle 2

In Südkärnten ist der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung besonders hoch. 1950 war der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung in Südkärnten noch über 50% und lag damit über dem Landesdurchschnitt von einem Drittel.

Agrarquote: Anteil der bäuerlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in %)

Gerichtsbezirke Südkärntens	1961	1971
Bleiburg/Pliberk	43,7	21,3
Eberndorf/Dobrla vas	33,8	13,7
Eisenkappel/Zelezna kapla	43,7	19,7
Rosegg/Rožek	26,2	8,8
Völkermarkt/Velikovec	45,3	18,5
Kärnten	23,2	13,4

Quelle: Raumplanungsgespräch Südkärnten

Jedoch waren schon 1965 mehr als die Hälfte aller Bauern Südkärntens Nebenerwerbsbauern, nach der Betriebszählung 1970 waren dann sogar 60% aller Bauern Zu- und Nebenerwerbsbauern.

Tabelle 3

Der Kärntner Zentralraum zieht einen wachsenden Teil des Kärntner Wirtschaftspotentiales an sich. Nach Berechnungen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft waren 1973 60% des Wirtschaftspotentials im Kärntner Zentralraum konzentriert, 1948 machte der Anteil des Kärntner Zentralraumes nur 34 Prozent aus.

Deutlich sieht man das Gefälle, wenn man die nichtlandwirtschaftliche Produktion pro Kopf in den einzelnen Bezirken vergleicht:

Politischer Bezirk	Bevölkerung	Beschäftigte	nichtlandwirtschaftliche Produktion/Kopf in 1.000 S
Zentralraum:			
Klagenfurt Stadt	70.000	26.248	97,8
Villach Stadt	32.000	12.350	88,6
Spittal a. d. Drau	73.000	17.154	45,1
Südkärnten			
Klagenfurt Land	21.000	10.680	26,0
Völkermarkt	40.000	5.746	24,7

Alle Daten aus dem Jahr 1964. Quelle: 25 Jahre Kärntner Wirtschaftsgeschichte 1951 – 1976. Herausgegeben von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Kärntens.

Tabelle 4

	Wohnbevölkerung	unselbst. Beschäftigte	Auspendler
Politischer Bezirk Völkermarkt	42.861	13.000	5.574
Politischer Bezirk			
Klagenfurt-Land	74.248	23.897	13.539
Gemeinde Bleiburg	6.053	1.769	803
Eberndorf	5.369	1.711	1.003
Eisenkappel-Vellach	3.694	1.189	493
Globasnitz	1.580	435	395
Neuhaus	1.317	384	321
St. Kanzian am K.	3.531	1.105	841
Feistritz im R.	2.484	823	402
Ludmannsdorf	1.503	451	379

Tabell 5

	Wohnbevölkerung			Veränderung in %	
	1971	1961	1869	1961–1971	1869–1971
Windisch Bleiberg	458	536	894	−14,6	−48,8
Zell/Sele	845	951	991	−11,1	−14,7
St. Jakob i.R.	4.351	4.173	2.796	04,3	55,6
Bleiburg	4.059	3.985	3.797	1,9	6,9
Eberndorf	5.299	4.663	2.723	13,6	94,6
Eisenkappel/Vellach	3.761	3.899	4.296	−3,5	−12,5
Globasnitz	1.351	1.413	1.318	−4,4	2,5
Völkermarkt	4.010	3.678	2.289	9,0	75,2
Südkärnten	*120.121*	*110.825*	*90.655*	*8,4*	*32,5*

den öffentlichen Ämtern und den Gerichten. Darüber hinaus wäre viel leichter die Sicherheit für die politischen und wirtschaftlichen Rechte der slowenischen Bevölkerung gegeben und der Einfluß auf die Anstellung in wichtigen Ämtern, in der Verwaltung und Exekutive könnte wesentlich weitreichender sein als heute. . .

Die territoriale Autonomie ist immer noch besser als gar keine Autonomie, aber im kapitalistischen Österreich wird sie die wirtschaftliche und soziale Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigen. Die Grafen Thurn werden noch immer bleiben und die Großgrundbesitzer und reaktionären privaten Unternehmer. Deswegen ist es notwendig, mit dem Kampf um Autonomie auch den wirtschaftlichen und sozialen Kampf gegen die Steuerausplünderung, für die Bodenreform usw. zu führen."(2)

Im Folgenden werden wir versuchen, im einzelnen zu zeigen, wie auf verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft der imperialistische Kapitalismus die Existenzgrundlagen für die slowenische Minderheit untergräbt.

Das slowenische Gebiet Kärntens war nicht nur überhaupt stärker bäuerlich, sondern auch durch einen besonders hohen Anteil von Keuschlern, Klein- und kleineren Mittelbauern gekennzeichnet (2–20ha). Organisiert waren sie in den slowenischen Genossenschaften und Sparkassen gewesen. Diese wurden in der Nazizeit liquidiert.

Daneben gab es in ganz Südkärnten nur 149 Großbauern und Großgrundbesitzer mit über 100 ha land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche. Von diesen besaßen 10 fast 64 000 ha, was 6 Prozent der Kärntner Nutzfläche ausmachte. (3) Die Großbauern waren fast zur Gänze deutschsprachige, einige von ihnen stiegen erst in der NS-Zeit durch die faschistische Agrarpolitik zu Großbauern auf, manche wurden überhaupt in der I. Republik oder in der Nazizeit angesiedelt. Wichtige Gutsbesitzer in Südkärnten waren: Fürsten Orsini Rosenberg, Graf Thurn, Fürst Lichtenstein, Maresch-Wittgenstein, Voigt (ehemalige Eigentümer der KESTAG), der Völkermarkter Grundbesitzer Mayerhofer, das Stift Eberndorf, der Grundbesitzer Metnitz und die Holz- bzw. Zellulosefabriken Leitgeb und Rechberg.

An dieser Struktur hat sich bis heute wenig geändert. Die Statistiken des Statistischen Zentralamtes über die land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgrößen in Südkärnten zeigen nach wie vor einen besonders hohen Anteil an Kleinst- und Kleinbetrieben, einen besonders niedrigen Anteil an mittleren und größeren Betrieben und einige besonders große Großbetriebe. Die Großgrundbesitzer haben immer schon an der Ruinierung der kleinen Bauern, ihrer früheren Pächter, mitgewirkt. eine entscheidende Frage war seit jeher die Vorenthaltung der den Kleinbauern zugesprochenen Servitutenrechte (Weiderechte für die Kühe, Jagd, und Sammeln von Holz . . . .). Auch nach dem 2. Weltkrieg wurde den Südkärntner Bauern gesetzlich wiederum das Weiderecht – wie schon im, nach der Bauernbefreiung erlassenen kaiserlichen Patent von 1853 – zugesprochen, in der Praxis wurde dessen Inanspruchnahme durch die kleineren Bauern weitgehend unterbunden.

Sofort nach 1945 wurde die Landwirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, die Konzentration in der Landwirtschaft zu fördern, d.h. das Großbauerntum durch forciertes Bauernlegen zu unterstützen und die Aneignung des slowenischen Grund und Bodens zu beschleunigen. Der Marshallplan, dessen Zweck in ganz Österreich die umfassende Wiedererrichtung der kapitalistischen Wirtschaft und die Sicherung der amerikanischen Interessen war, sah auch beträchtliche Mittel für die Landwirtschaft vor. 1949/1950 darüber stehen uns Zahlen zur Verfügung, machten die Marshallplanmittel 40% der Gelder der Kärntner Landwirtschaftskammer aus. Diese Mittel wurden eingesetzt, um die kapitalistische Konzentration in der Landwirtschaft zu fördern. Großbauern und Genossenschaften erhielten den Hauptanteil der Mittel. Die Kleinbauern des slowenischen Südkärntens und die Genossenschaften erhielten so gut wie gar nichts. Dies verstärkte das Gefälle zwischen Nord- und Südkärnten und verschärfte die für die Kleinbauern ruinöse Entwicklung der Landwirtschaft.

Mit Unterstützung der ERP-Mittel wurden folgende Projekte errichtet: Besamungsstation in Klagenfurt, die Bauten der Staatsbaugenossenschaft, Wiederaufbau des Gebäudes der Landwirtschaftskammer, Lagerhaus der Edelobstgenossenschaft Lavanttal in Wolfsberg und das der Gemüseverwertungsgenossenschaft Klagenfurt, die Neubauten der Molkereien Spittal an der Drau, Wolfsberg und St. Veit an der Glan, die Errichtung der Landwirtschaftsschule in Kötschach und die Adaptierung und Ausstattung der Haushaltsschulen Drauhofen, Hunnenbrunn und Buchhof, der Bau des Zentralle-

gerbaues des Landesverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Adaptierung seines von der Stadtgemeinde gepachteten Fleischverarbeitungsbetriebes.

Die Bauern in Südkärnten bekamen für die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen folgende Summen: (4)

Gerichtsbezirk	Schilling
Bleiburg/Pliberk	20.650
Eberndorf/Dobrla Vas	25.250
Eisenkappel/Železna Kapla	26.019
Ferlach/Borovlje	32.600
Rosegg/Rožek	31.866
Insgesamt	*136.385*

Unter die Bauern von Oberkärnten, wo es viel mehr Großbauern gibt, wurden die Mittel so verteilt.

Gerichtsbezirk	Schilling
Hermagor/Šmohor	185.957
Wolfsberg	188.240
Winklern	119.950
Feldkirchen	150.115
Paternion	83.740
Insgesamt	*728.042*

Ähnliche Unterschiede gab es bei der Unterstützung für die Viehzucht, der Bergbauern und beim Pflanzenbau.

Zugleich wurde die Politik der Enteignung und Vertreibung slowenischer Kleinbauern fortgeführt. Die slowenischen Bauern hatten in Kärnten schon um 1870 Genossenschaften und Sparkassen gebildet. Diese spielten in der ganzen Zwischenkriegszeit eine wichtige Rolle für die Behauptung der Kärntner Slowenen gegen die deutschen Großhändler und Banken. Ende der 20er-Jahre versuchten sie, auch Handelsgenossenschaften zu gründen. Wie in dieser Zeit die österreichischen Kapitalisten und der Großgrundbesitz begannen, auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft vorzudringen, haben wir im ersten Teil dieser Artikelserie beschrieben.

In der NS-Zeit wurde den deutsch-österreichischen Großbauern erst richtig der Weg geebnet. Aussiedelung, Zerschlagung der slowenischen Agrargenossenschaften, Förderung und Ansiedlung des deutschen Großbauerntumes. Fast 300 slowenische Familien wurden ausgesiedelt – 5.542 ha Land, 197 Pferde, 1.490 Rinder, 1.291 Schweine und 874 Schafe werden als deren Besitz in einer Dissertation über die Kärntner Kriegswirtschaft angegeben (5). Als die Ausgesiedelten zurückkehrten, fanden sie ihre Höfe von anderen besiedelt, ihr Besitz war zerstreut. Mehr als 50 Prozesse, die sich bis 1952 hinzogen, waren nötig, um das geraubte Gut der Genossenschaften zurückzuholen. Die Entschädigung der Familien ging erst ab 1949 vor sich, und die nur schleppend und unvollständig.

Die Rückgabe des Eigentums der Genossenschaften und der slowenischen Bauern, Gewerbetreibenden, wurde einige Jahre hinausgezögert. Erst im Februar 1949 wurde im Wiener Parlament ein Gesetz beschlossen, das die Wiedererrichtung slowenischer Genossenschaften ermöglichte. dies blieb aber so lange nur ein formales Recht, solange die slowenischen Genossenschaften ihr geraubtes Gut nicht zurückbekommen hatten. Dafür mußten sie über 50 Prozesse führen, in denen sie mühevoll nachweisen mußten, welche Geräte, Einrichtungen usw. ihnen geraubt wurden, um sie zurückzubekommen. Dabei hatten sie zusätzlich noch den Kampf gegen die oft die Nazis bevorteilenden Richter zu führen, bzw. mußten die Slowenen nachweisen, daß ein bestimmtes Gut, von dem ein alter Nazi behauptete, es rechtmäßig erworben zu haben, in Wirklichkeit ihnen gehörte. (6)

In Völkermarkt war z. B. ein Ing. Mayrhofer ab 1946 Fachmann für das Schätzen des Schadens der Ausgesiedelten, derselbe Mayrhofer, der in der Nazizeit Angestellter des Agrarreferats der damaligen Landesregierung war, das sich auch mit dem Besitz der ausgesiedelten Slowenen befaßte. Im Kalender des slowenischen Kulturverbandes für das Jahr 1949 wird auf eines der schreiendsten Beispiele hingewiesen: Die slowenische Spar- und Darlehenskasse in Schwabegg/Žvabek bekam noch längere Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges ihr Eigentum nicht zurück. Die damals noch existierende „Deutsche Ansiedlungsgesellschaft" verweigerte die Rückgabe des Eigentums mit dem Hinweis, daß es „rechtskräftig" durch die Gestapo vernichtet wurde, und daß sie deswegen ihr geraubtes Eigentum nicht zurückverlangen könne. (7)

Immerhin gab es damals wieder (Ende 1953) 32 slowenische Spar- und Darlehenskassen, 11 Warengenossenschaften, 5 Viehzuchtgenossenschaften und eine Versicherungsanstalt.

In dieser Zeit nutzte die österreichische Raiffeisenkasse die Lage und weitete ihre Tätigkeitsbereiche auf das slowenische Gebiet Südkärntens aus. In der Zwischenkriegszeit hatte es in Südkärnten kaum eine Filiale des österreichischen Raiffeisenverbandes gegeben. Zugleich breiteten sich die mit ihr und damit mit dem österreichischen Finanzkapital verbundenen Agrargenossenschaften in Südkärnten aus. So wurden auch die slowenischen Bauern zu abhängigen Zulieferern der österreichischen Agrarproduktmonopols um die Agrarbanken gemacht. Erst 1954 erreichten nämlich die slowenischen Genossenschaften den Vorkriegsstand, während die Kärntner Raiffeisenkassen mit Marshallhilfe und Staatsunterstützung rasch expandierten. Begleitet war dieser Vormarsch des Raiffeisenverbandes von antislowenischen Hetzkampagnen in den Kärntner Zeitungen, die die „Slowenisierung des Landes" anprangerten, als die slowenischen Genossenschaften, nachdem sie die geraubten Besitztümer zurückerkämpft hatten, wieder voll zu arbeiten begannen. Aber sie waren so weit zurückgeworfen, daß sie nur noch ein Zehntel der Wirtschaftskraft und 4% des Umsatzes der Kärntner Raiffeisenkassen und ihrer Genossenschaften erreichten.

Auch die Politik der Landwirtschaftskammer, die Vertretung der slowenischen Bauern nicht zur Geltung kommen zu lassen, war auf die Kolonisierung dieses Gebietes ausgerichtet. Die slowenische Bauernliste war bei den letzten Landwirtschaftswahlen im Jahre 1934 die zweitstärkste im Lande, ihr wurden aber nach 1945 bei der Wiedererrichtung der Landwirtschaftskammer nicht die entsprechende Anzahl der Sitze gegeben. Dadurch wurde die Landwirtschaftspolitik weiter auf die Interessen der deutschsprachigen Großgrundbesitzer Kärntens ausgerichtet. Den Leuten wie Ing. Vinzenz Schumy, Großgrundbesitzer Metnitz aus Bleiburg/Pliberk, Großgrundbesitzer Gruber, der auch Vorsitzender der Landwirtschaftskammer war, war somit der Weg erleichtert bei der Lenkung der Landwirtschaft, die Unterentwickeltheit Südkärntens beizubehalten, und dazu noch die Schäden, die der Faschismus angerichtet hatte, für ihre Interessen auszunutzen.

Eine weitere wichtige Methode der Niederhaltung der slowenischen Agrarbevölkerung waren die fortgesetzten Bemühungen, das landwirtschaftliche Fachschulwesen in deutschen Händen zu konzentrieren. 1913 scheiterte der erste Versuch der Kärntner Slowenen, eine solche Schule zu errichten, in der Zwischenkriegszeit blieb es deutschsprachiges Monopol, und erst 1972 erhielt die erste slowenische landwirtschaftliche Schule das Öffentlichkeitsrecht. Im Jahre 1954 wurde sie auf privater Grundlage vom slowenischen Bauernverband gegründet.

Bis dahin wurde so erstens für die schlechte Entwicklung im slowenisch-besiedelten Gebiet gesorgt und zweitens wurden die Bauern, die doch eine solche Ausbildung genießen wollten, einem starken Germanisierungsdruck ausgesetzt. In Folge dessen war die Lage 1950 so, daß in den deutschsprachigen Bezirken, Friesach, Gurk, Althofen und Feldkirchen 18 – 23% der Bauern fachlich geschult waren, während es in den slowenischen Bezirken Eberndorf, Völkermarkt, Bleiburg und Ferlach nur 6–12% waren. (8)

Der Ruin der Keuschler und Kleinbauern war überhaupt ein treibendes Interesse des Kärntner Großgrundbesitzes. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Gruber, wies selbst darauf hin, daß es sein Anliegen sei, vom Zustand wegzukommen, in dem in Südkärnten Klein- und Kleinstbetriebe vorherrschten, während die großen Grundbesitzer unter Arbeitskräftemangel litten. So waren 1947 in Althofen 43% aller in der Landwirtschaft Tätigen fremde Arbeitskräfte, im Bezirk Friesach 37%, und in den Bezirken St. Veit und Gurk 30%. (8a)

Arbeitskräfte brauchte nicht nur der landwirtschaftliche Grundbesitz sondern auch der forstwirtschaftliche mit seinen Sägebetrieben. Die Plünderung dieses Naturreichtumes des damals noch slowenischen Teiles von Kärnten war seit jeher eine gewaltige Bereicherungsquelle für den Großgrundbesitz und die Kapitalisten. In Südkärnten, welches 43,5% der Kärntner Nutzfläche ausmacht, beträgt der Anteil an Wald 55 Prozent. In Südkärnten war der Anteil der Kleinsägen (0–5 Beschäftigte) und der Anteil der Großbetriebe immer besonders hoch gewesen. Die Großsägen befanden sich seit jeher im Besitz der Großgrundbesitzer und der deutschsprachigen Kapitalisten. Die günstige Holzkonjunktur der 40er- und 50er-Jahre ließen diese einen noch nicht dagewesenen Raubbau an den Kärntner Wäldern betreiben. Bis Ende der 50er-Jahre die große Automatisierungswelle in den Sägen einsetzte, brauchten die Großsägen trotz Modernisierungen Anfang der 50er-Jahre zusätzliche billige Arbeitskraft. Die Großsägen hatten in der NS-Zeit zum Teil erhebliche Kredite erhalten, um ihre Produktion auszubauen, eine wurde in dieser Zeit erst hochgepäppelt. (9) Die meisten Großsägen bauten zwischen 1950 und 1955 Möbel-, Kisten- und Plattenfabriken dazu. Die Firma Leitgeb, die größte in Südkärn-

ten, hatte in der NS-Zeit das Hartfaserplattenwerk dazugebaut und aus der Arbeit der Kriegsgefangenen, der Zwangsarbeiter und der besonders unterdrückten slowenischen Arbeiter Riesenprofite herausgeholt und so den Grundstock für die weitere Expansion gelegt. Die Sägen der Großgrundbesitzer Maresch und Thurn wurden ebenfalls ausgebaut. Maresch baute 1940 sein Hobelwerk. (10)

So wie die Holzindustrie, expandierten fast alle Kärntner Industriezweige, die in Unterkärnten befindlichen Fabriken wurden ausgebaut, im Zentralraum traten zu den wachsenden vorhandenen Betrieben neue hinzu. Sowohl damals 1950, als auch heute, befinden sich alle größeren Fabriken in den Händen deutschsprachiger Kapitalisten, des Staates und großer österreichischer Banken. Die im Laufe der Jahre geförderten Neuansiedlungen gehören westdeutschen und schweizer sowie wiener Firmen. In Klagenfurt wurden zwei Werke von Philips Österreich errichtet. Hingegen wurde die Ansiedlung der Firma Gorenje aus Slowenien in der Nähe von Bleiburg, einem Gebiet mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, bewußt von der Landesregierung verhindert. Ähnlich wie die Holzindustrie hatten viele dieser alteingesessenen Betriebe in der NS-Zeit große Kredite erhalten. Jungfer Feistritz verdankt seine Gründung und seinen Aufschwung überhaupt der faschistischen Besatzung. In diese Betriebe ging die überflüssig gemachte Bevölkerung Südkärntens arbeiten. Politisch unterdrückt, teilweise noch an die Höfe gebunden, zum anderen zum Pendeln gezwungen, stellten sie eine Reservearmee zum Lohndruck dar, aus der die Kärntner Kapitalisten Höchstprofite zogen.

Das Pendeln in den überwiegend deutschsprachigen Zentralraum, in dessen Betrieben deutsch durchwegs die Sprache der Kapitalisten war und die Verachtung des Slowenischen planmäßig gefördert wurde, trug entscheidend zur Entnationalisierung bestimmter Gebiete bei. Genauso spielte aber der Germanisierungsdruck in den deutschsprachigen größeren Betrieben in Unterkärnten selbst eine Rolle.

Über spektakuläre Fälle des Germanisierungsdrucks in den Betrieben der Grafen und der großen Kapitalisten – meist im Zusammenhang mit der Schule – werden wir in einem späteren Abschnitt berichten, hier genügt es, festzuhalten, daß das österreichische Kapital das Gebiet endgültig unterworfen, sich die Naturreichtümer Holz und die Wasserkraft angeeignet hat, und sich die Masse der slowenischen Bevölkerung als schlecht bezahlte Arbeitskräfte gesichert hat.

Mag. L. Flaschberger kennzeichnet bei „Raumplanungsgespräch" die Lage hinsichtlich des Gebrauches der slowenischen Sprache in Kärntner Betrieben so: *„Es wird auch jetzt, wie sich Bundeskanzler Kreisky kürzlich überzeugt hat, in manchen Betrieben slowenisch gesprochen, wenn auch mitunter hinter vorgehaltener Hand. Allerdings ist es so, daß die Tatsache der Verwendung der slowenischen Sprache von der hierarchischen Position des einzelnen abhängt. Slowenisch sprechen die unteren Schichten der Arbeitnehmerschaft, nicht aber Angestellte oder das Management. Darin spiegelt sich das Problem der Verwendung der slowenischen Sprache in Kärnten überhaupt wider, das ja eigentlich ein Problem der Macht und Einflußstrukturen ist."* (12)

Die Zahlen an der Spitze des Abschnittes haben gezeigt, daß die kapitalistische Entwicklung Österreichs eine eigenständige Entwicklung eines slowenischen Südkärntens nicht nur verhindert hat, sondern in diesem Teil Kärntens die wirtschaftliche Lage besonders schlecht ist, starke Abwanderung und Pendlertum sich entwickelt hat. Fast alle Betriebe, der gesamte Großgrundbesitz, und damit ein großer Teil der Wälder und die Wasserkraft, befinden sich im Besitz des Staates, großer Banken und deutschsprachiger Kapitalisten sowie der alten Großgrundbesitzer. Entsprechend stark mußte bei der steigenden Abhängigkeit der slowenischen Arbeiter und Bauernmassen von diesen der Germanisierungsdruck steigen. Selbst in der Landwirtschaft hat das österreichische Kapital durch Handelsketten und die Agrarbanken das Heft fest in der Hand.

Eine Gewähr für die Entnationalisierungspolitik nach dem 2. Weltkrieg war auch die weitere Beteiligung Vinzenz Schumys an der Landespolitik und auch an der gesamtösterreichischen Politik (er wird auch Vater der österreichischen Genossenschaftspolitik genannt). In der Zwischenkriegszeit war er als Landeshauptmann (1923–27), als Landesrat für Landeskulturwesen und Finanzen (1927–1929), als Landesrat für Landeskulturwesen und Finanzen (1927–29), Landeshauptmannstellvertreter mit den Referaten Landeskultur und Unterricht (1930–1932), Geschäftsführender Obmannstellvertreter des Kärntner Landbundes (1917–34), als Innenminister 1933, und als Präsident des Kärntner Landtages (1934–35) maßgeblich an der Entnationalisierungspolitik gegenüber den Slowenen beteiligt.

Auch nach 1945 war er ein vehementer Verfechter dieser Politik. Seine Funktionen gaben ihm dazu genügend Möglichkeiten. 1945 war er Vorsitzender der Kreditlenkungskommission, Generalrat der Österreichischen Nationalbank, einige Monate Staatssekretär für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. 1947 war er Mitglied der österreichischen Delegation für die Staatsvertragsverhandlungen in London. Von 1945 bis 1962 übernahm er die öffentliche Verwaltung der Landwirtschaftlichen Kartoffelverwertungs A.G. und des österreichischen Saatgutverbandes. Außerdem führte er kommissarisch die Geschäfte des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Ab 1949 war er Vertreter des Genossenschaftswesens in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs. Er war Aufsichtsratsmitglied der Genossenschaftlichen Zentralbank A.G. Von 1954–57 Präsident der österreichischen Gesellschaft zur Förderung von Landesforschung und Landesplanung.

Diese Aufzählung der Funktionen zeigt aber nicht nur die weiteren und weitverzweigten Möglichkeiten der Einflußnahme von Ing. Vinzenz Schumy auf, sondern auch die enge Verflochtenheit der Kärntner Bourgeoisie mit der gesamtösterreichischen, was den Hintergrund der Entnationalisierungsbestrebungen etwas stärker lichtet. Was auch den Argumenten entgegentritt, daß die aggressive Entnationalisierungspolitik nur ein bzw hauptsächliches Interesse lokaler Größen und der lokalen Kärntner Bourgeoisie sei.

II. Die Politik der bürgerlichen Parteien und des Staates bis 1958

Nach 1949, nach der Festlegung der Kärntner Grenze gegenüber Jugoslawien, stellten sich die bürgerlichen Parteien das Ziel, ein für allemal die Gefahr weiterer Lostrennungsversuche vollkommen aus der Welt zu schaffen. Dazu vervollständigten sie das schon bestehende Netz politischer, kultureller, statistischer und wirtschaftlicher Maßnahmen. Es bestand für die Bourgeoisie die Aufgabe, die Elemente der Selbständigkeit unter den Slowenen zu ersticken und sie in ihre politische und ideologische Abhängigkeit zu bringen.

Dabei bedienten sie sich auch der Überreste der Organisationen des ehemaligen Heimatbundes, der sowohl auf kulturellem und sportlichem wie auf politischem Gebiet tätig war.

Die bürgerlichen Parteien dachten auch nicht daran, in der Zwischenkriegszeit oder in der NS-Zeit eingewanderte Deutschnationale in ihrer antislowenischen Aktivität zu behindern; ganz im Gegenteil wurden diese im öffentlichen Dienst forciert eingesetzt und materiell unterstützt.

Schon 1946 wurde die halbamtliche Dachorganisation „Kärntner Bildungwerk" errichtet, deren Tätigkeit sich besonders auf Südkärnten konzentrierte, sowohl was die Zahl der Dorfgemeinschaften betrifft, als auch den Zeitpunkt

der Gründung dieser Unterorganisationen. 1953 gab es in Kärnten 129 Dorf-, 7 Markt-, 5 Stadt- und 4 Betriebsgemeinschaften. Davon zwei Fünftel in Südkärnten, und das angesichts einer breit entfalteten kulturellen Arbeit slowenischer Vereine. Sowohl programmatisch wie organisatorisch griffen sie zurück auf die Heimatkreise des Heimatbundes, der diese besonders in Südkärnten pflegte, auch knüpften sie an den nazistischen Dorfgemeinschaften an.

Ins Leben gerufen wurde es durch die Abteilung für Volksbildung bei der Landesregierung und bekam starke finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand. Zusätzlich waren sie von Postgebühren bei Versendung ihrer Publikationen befreit.

Ihre Lieder- und Theatergruppen bedienten sich in slowenischen Dörfern auch der slowenischen Sprache, aber nur als Übergangsstadium und zu dem Zweck, die kulturelle Tätigkeit in eine rein deutsche Domäne umzuwandeln (nach der Parole: Kärnten, frei und ungeteilt). In Köstenberg/Kostanje bei Velden/Vrba übersetzten sie sogar ein Theaterstück eines der ersten slowenischen Autodidakten, Drabosnjak, untermalten es teilweise mit alten gebräuchlichen und treffenden slowenischen Ausdrücken und spielten es als „Kleines Köstenberger Hirtenspiel"

Die offizielle Geschichtsschreibung, die Leitung der Museen und der Landesarchive und die Behörden, die sich mit Kultur befassen, befand und befindet sich bis heute in den Händen alter Nazis (13).

Weitere Mittel der Entnationalisierungspolitik waren die jährlichen Feiern zum 10. Oktober, die alle Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen, wo in der Konkurrenz zwischen den bürgerlichen Parteien die Staatstreue, die Heimatliebe und das Verhältnis jeder Partei zu den Slowenen „überprüft" wurde. Das ideologische *Hauptinstrument* bildete die Windischentheorie (Siehe Kommunist 9/77, Seite 33), den Erfolg bei der Durchsetzung dieser Theorie in den Köpfen der Massen wollte die Bourgeoisie an der Schulfrage und bei den zehnjährigen Volkszählungen messen.

Die [illegible]

Die Forderung des Bekenntnisses zum Windischen ist überhaupt in dieser Zeit eine der wichtigsten Fragen für die Bourgeoisie gewesen. Unter der Masse der Kärntner Slowenen war die Erinnerung an den Partisanenkampf, an seine sozialen, politischen und nationalen Ziele, sehr stark – und sie spielen auch heute noch eine entscheidende Rolle. Dieses Festhalten am Partisanenkampf stellte für die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht nur „territorial", sondern vor allem politisch in Frage. Umso wichtiger war es für die bürgerlichen Parteien, die Erinnerung, das Festhalten an Zielen und Traditionen des Kampfes aus den Köpfen der werktätigen Massen Südkärntens zu vertreiben. Dazu fand, im Gegensatz zu den gegenüber dem Ausland vorgebrachten Beteuerungen der Regierung, die antifaschistischen Kämpfer zu achten, eine fortgesetzte Hetze gegen den antifaschistischen Kampf und gegen führende Partisanen statt. Daher fand vor der Volkszählung 1951 eine wilde Kampagne statt, daß sich die Kärntner Slowenen als Windische deklarieren sollten. Einige Jahre später faßte der Vorsitzende des Bundes der Windischen, Dr. Einspieler, ein gebürtiger Slowene aus Oberdörfl/Zgornja vesca, die Linie zusammen, mit der die slowenischen Massen gespalten werden sollten: *„Dieses Volk der Windischen tut in Zeiten der Not seine Pflicht und bringt* schweigend *seine Opfer. Die Windischen sind die Stummen im Lande, die nur eines wünschen: mit dem Staat Österreich Freud und Leid zu teilen. Diese Stummen haben haben weder völkisch-kulturelle noch politische* Sonderwünsche.

Nun aber wird mit dem Versuch der Nationalslowenen, die Existenz der Windischen zu leugnen, und sie zu „Slowenen" zu stempeln, zum letzten entscheidenden Schlag gegen das staatstreue Volk ausgeholt. In dieser kritischen Situation, die zu einem Existenzkampf für die Windischen wird, sehen sie sich genötigt, sich zur Wehr zu setzen. Dieses stumme Volk meldet sich in seiner geistigen Verteidigungsbereitschaft zu Wort.

Nun ist aber der Zeitpunkt gekommen, in dem die Windischen unbedingt darauf beharren müssen, daß ihre Existenz nicht übersehen wird. Land und Regierung haben die moralische Pflicht, darauf zu achten, daß bei allen Entscheidungen, die Südkärnten betreffen, auch die Treuen, die Stummen gehört werden. Wir verwahren uns dagegen, „Slowenen" genannt und über unsere Köpfe hinweg den Slowenen zugezählt zu werden, die nur einen kleinen Teil des Volkes in Südkärnten darstellen, das zwei Sprachen spricht.

Wir fordern nach den demokratischen Prinzipien die subjektive *Entscheidung, – das Bekenntnisprinzip – in der Frage der zweisprachigen Schulen und in jeder Frage, die das gemischtsprachige Gebiet betrifft.*

Wir beanspruchen und erwarten keinen Dank für all die Opfer, die wir unserer heißgeliebten Heimat brachten. In den Zeiten der Not erachten wir es als Pflicht, diese Opfer auf uns zu nehmen und bei Pflichterfüllung fragt man weder nach Dank noch nach Undank. Wir richten heute an ganz Kärnten und an Österreich den dringenden Appell: Gewährt uns Gehör und bringt uns Verständnis entgegen!" (14)

Zugleich sollte die Erfindung des Windischen, der österreichischen Arbeiterschaft den Blick auf die Kärntner Slowenen und ihren gerechten Kampf verstellen. In ganz Österreich, vor allem aber in Kärnten, war mit der Propaganda für die Windischen als eigenständigem Volksstamm die Fälschung der Geschichte des slowenischen Volkes in Kärnten, die Besudeltung des antifaschistischen Kampfes und später seine Totschweigung verbunden. Wie brennend noch Anfang der 50er-Jahre dies für die bürgerlichen Parteien war, zeigt uns die im letzten Artikel erwähnte Tatsache, daß Veranstaltungen der OF, der Befreiungsfront, in den ersten Nachkriegsjahren besser besucht waren als jede Veranstaltung der bürgerlichen Parteien.

Die Volkszählung 1951

Ein entscheidendes Mittel für die Parteien und den Staat, die Hetze zu betreiben und ideologischen, politischen und materiellen Druck auf die Kärntner Slowenen auszuüben, waren die alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählungen.

Bei der Zählung 1951 ging es der Bourgeoisie darum, die Slowenen und das slowenische Gebiet derart zu zerstückeln, daß ihre Pläne hinsichtlich der Erfüllung der Rechte der Minderheiten leichter zu erfüllen wären. Herauskommen sollte, daß die Slowenen nur in sogenannten „Sprachinseln" leben. Gefragt wurde nach der Umgangssprache, nicht nach der Muttersprache. Massiv wurde das Einschreiben der „windischen" Sprache propagiert. Niemals ging es um die Feststellung objektiver Tatsachen. Es ging um die Zustimmung der Bevölkerung zur chauvinistischen Politik der Bourgeoisie. Die sogenannte „Heimattreue" sollte auch hier bewiesen werden. Mit dem Einschreiben der deutschen oder der „windischen" Sprache sollte dies geschehen.

Das wurde staatlich gefördert, indem für Südkärnten zehn verschiedene Sprachvarianten festgestellt werden sollten. Dieses Durcheinander, und die Einführung des Windischen, sollten den Eindruck erwecken, daß es kein geschlossenes slowenisches Siedlungsgebiet gäbe, und daß es neben den zahlenmäßig schwachen Slowenen und der deutschsprachigen Bevölkerung noch eine eigene Nation der „Windischen" gäbe.

Gefragt wurde nach folgenden Kategorien, die Resultate waren in ganz Kärnten die:

deutsch	428.784
deutsch-slowenisch	8.617
deutsch-windisch	10.944
slowenisch	7.707
slowenisch-deutsch	5.888
windisch	3.454
windisch-deutsch	5.330
windisch-slowenisch	38
slowenisch-windisch	117
sonstige, unbekannt	3.885

Die Praxis der Zählorgane war so, daß viele Slowenen ganz einfach zur Kategorie „deutsch" gezählt wurden, so daß die Zahl der 42 095 registrierten Slowenen (die „Windischen" inbegriffen), sicherlich zu niedrig ist. Auf Grund einer detaillierten Analyse von 16 Gemeinden und Orten konnte nachgewiesen werden, daß diese Manipulation durchgeführt worden ist. (15)

Trotz der Zuzählung vieler Slowenen zur Kategorie „Deutsch" überwiegt die slowenische Bevölkerung vom östlichen Teil des Jauntales bis zur östlichen Grenze des Gailtales. An diesen geschlossenen Gürtel schließen die Gemeinden nördlich der Drau vom westlichen und östlichen Satnitzgebirge bis zu den Gemeinden Sankt Peter am Wallersberg (bei Völkermarkt). Hier ist der Prozentsatz der Slowenen geringer. Von den zwei größeren Städten gehen schmälere Gebietsstreifen aus, in denen das Slowenische unter 20% gedrückt werden konnte. Das sind: Südlich von Villach der Streifen Richtung Arnoldstein, östlich von Villach, entlang der Eisenbahnlinie Richtung Velden, wodurch das Gebiet um Köstenberg auf den Ossiacher Tauern in gewisser Weise vom restlichen zweisprachigen Gebiet „abgetrennt" wurde. Ein Gebietsstreifen östlich von Klagenfurt über Völkermarkt und Griffen, mit einem geringen Anteil an Slowenen „trennt" das Gebiet um Diex, das noch mehrheitlich slowenisch ist, vom übrigen, überwiegend slowenischen Gebiet ab.

Die britische Besatzungsmacht schätzte 60.000, der SP-Abgeordnete Popolorum schätz-

te 1947 die Zahl der Slowenen auf 70.000 und der amerikanische Historiker und Spezialist für nationale Fragen, Professor H. Kohn, über 75 000 (16).

Die Kärntner Heimatverbände machten aus den 42 000 gezählten Slowenen aus dem Jahre 1951 13.000, indem sie nur jene Kategorien zusammenzählten, die slowenisch an erster Stelle anführten, alle anderen zählten sie zu den „Deutschen" bzw zum „Volk der Windischen". Das Statistische Zentralamt in Wien unterstützte dieses Vorhaben, indem es bei verschiedenen Veröffentlichungen entweder neben dem Deutschen noch 26.419 Menschen in der Kategorie „sonstige unbekannt" festhielt, bzw. in einer anderen Publikation von 22.534 Slowenen sprach. Die Slowenen kämpften dauernd gegen diese Entstellungen und erhielten von verschiedenen Landes- und Bundespolitikern sowie vom Statistischen Zentralamt mehrmals die Zusage, daß dieses Material rein statistische Erhebungen diene und niemals in der Politik eingesetzt werde. In Wirklichkeit kam es anders. Sowohl die Durchführung des Gerichtssprachengesetzes, wie die Aufstellung der Ortstafeln im Jahre 1972 erfolgten auf der Grundlage der Ergebnisse von 1951 bzw 1961, wobei die Windischen zu den Deutschsprachigen gezählt wurde.

Praktisch wurde also die Windischen-Theorie dazu eingesetzt, um den Geltungsbereich der Rechte der Slowenen einzuschränken.

Die politische Vernichtung mußte zuerst die entschiedensten Kämpfer für die Gleichberechtigung der Slowenen und ihre selbständige nationale Entwicklung treffen. Im öffentlichen Dienst, in der Landesverwaltung und in den Schulen sollte es nur „heimattreue Kräfte" geben. Gegen die wenigen slowenischen Lehrer wurde ein richtiges Kesseltreiben veranstaltet und ihre fortschrittliche Arbeit in der Schule ernsthaft behindert.

Bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages mußte eine Stimmung gegen die Erfüllung der Rechte der Slowenen geschaffen werden, die es ermöglichen würde, nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages diese Rechte im Namen des Volkes abzuschaffen-

So stieß die Forderung des Rates der Kärntner Slowenen mit der Erfüllung der Rechte wirklich zu beginnen, im Jahre 1951 auf vehemente Ablehnung durch die SPÖ. Besonders getroffen zeigte sie sich durch die Forderung nach zweisprachigen Aufschriften im gesamten Gebiet der geltenden zweisprachigen Schule. Gleichzeitig betont sie, daß eine demokratische Regelung der Schulfrage nur möglich ist, wenn sie beiden Volksgruppen recht ist. Hier wird schon der Kurs eingeschlagen, wo unter dem Deckmantel der Versöhnung und der „Gerechtigkeit für beide Seiten" der Abbau der Rechte der Slowenen vorbereitet wird.

Auch war bis zu diesem Zeitpunkt der Minderheitenausschuß bei der Landesregierung erst einmal zusammengetreten. Selbst die Zusammensetzung des Ausschusses zeigt die Absichten der Landespolitik. SP und VP hatten die gleiche Anzahl Mitglieder in ihm, der VdU (Verband der Unabhängigen, Vorgänger der FPÖ), mit nur einem Vertreter, konnte den Vorsitzenden stellen.

Minderheiten- Schulpolitik bis 1955

Im Jahre 1953 zeigten sich die Umrisse der Entnationalisierungspolitik in der Schulfrage schon deutlicher. «Die Schulfrage war für die Bourgeoisie (wie sich schon um 1948 gezeigt hatte) eine Kernfrage. In ihr sollte sich herausstellen, ob es der Kapitalistenklasse gelingen werde, nicht nur die Hirne, sondern auch die Zunge der Kinder zu beherrschen. Sie hatte schon nach dem 1. Weltkrieg die Erfahrung gemacht, daß die unter der Monarchie praktizierte utraquistische Schule (Slowenisch-Unterricht als Überleitung zur Gesamterziehung in Deutsch), ein wichtiger Trumpf in ihrer Hand war. Durch diese Schule war es ihr gelungen, die Entwicklung eines slowenischen Nationalbewußtseins bei vielen Werktätigen zu verhindern und sie mit der deutschnationalen Politik einzufangen. Neuerlich setzte sie mit der deutschnafangen. Neuerlich setzte sie auf dieses Machtinstrument. zwar hatte sie es etwas schwieriger als vor 3 Jahrzehnten, da das Selbstvertrauen der Slowenen im antifaschistischen Befreiungskampf gewachsen war, doch umso zielstrebiger arbeitete sie auf den Zeitpunkt nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages hin, wo sie den verpflichtenden zweisprachigen Unterricht bis zur 4. Volksschulklasse, wie den verpflichtenden Sprachenunterricht für alle Kinder ab der 4. Schulklasse abzuschaffen plante.

Vor den Nationalratswahlen und Landtagswahlen im März 1953, wurde die Schulfrage ins Spiel gebracht. Im Gemeinderat von Völkermarkt/Velikovec wurden Stimmen gegen den

verpflichtenden Unterricht des slowenischen für alle Kinder laut. Ein aktueller Hintergrund war auch der Platzmangel in den Völkermarkter Schulen. Der VdU gab vor, sich für die ärmeren Schichten des Volkes einzusetzen, sie bedauerte diejenigen Eltern, die finanziell nicht in der Lage sind, ihre Kinder auf Schulen zu schicken, auf denen es keinen Slowenisch-Unterricht gibt. Der Gemeinderat beschließt mit Stimmen der SPÖ, ÖVP und VdU einen Antrag für die Abschaffung des Slowenisch-Unterrichts, auch in Rosseg/Rožek, Velden/Vrba und Tainach/Tinje wurden solche Anträge gestellt.

Wiederum bekräftigte die SPÖ zu dieser Zeit ihren Standpunkt. Sie kämpfe „für den Frieden im Land", eine Gerechtigkeit für beide Volksgruppen könne es nur geben, wenn beide Seiten Konzessionen machen. Diese Haltung sollte nur vertuschen, daß sie, die SPÖ, die die stärkste Partei im Lande war, und die nach der Wahl 1953 alle Bezirkshauptleute sowie den Sicherheitsdirektor und andere führende Köpfe in der Landesverwaltung stellte, die Entnationalisierungspolitik gemeinsam mit dem Großgrundbesitz und Finanzkapital betreibt. Auch stützte sie die Entnationalisierungpolitik der Großgrundbesitzer und Kapitalisten an den Arbeitsplätzen dadurch, daß sie die Meinung verbreitete, die Frage der nationalen Zugehörigkeit sei Sache der persönlichen Überzeugung. So zersetzte sie die Reihen der Arbeiterschaft in den Zeiten des stärksten wirtschaftlichen Drucks der Kapitalisten,
und Großgrundbesitzer, indem sie den Werktätigen den „inneren, vereinzelten Ausweg" aus dem nationalistischen Druck der Kapitalistenklasse zeigte.

Der im Dezember 1953 im Kärntner Landtag verabschiedete „Entwurf zum neuen Kärntner Schulgesetz" und der angeschlossene „Motivenbericht zum Gesetzesentwurf" (17) zeigt, wie weit die bürgerlichen Parteien schon vor Unterzeichnung des Staatsvertrages gehen wollten.

Der Entwurf sieht vor, daß die Zahl der Schulen, in denen sowohl slowenisch wie deutsch im selben Ausmaß unterrichtet wird, von 108 auf 70 reduziert wird. Das wären 38,7% des Gebietes, in dem ab 1945 diese Regelung galt. Die Reduktion sollte so durchgeführt werden, daß das geschlossene Gebiet an zwei Stellen durchtrennt werde (bei Arnoldstein/Podklošter, und nördlich von Velden/Vrba) und somit der Zerstückelung und Entnationalisierung des Gebietes systematisch begonnen werden könnte. Weiters sollte ab der 4. Schulstufe Slowenisch kein Pflichtgegenstand mehr sein. Nur die slowenischen Kinder sollten weiter unterrichtet werden, die Eltern sollten darüber die Entscheidungsmacht haben. (18)

Im Motivenbericht werden zusätzlich noch verschiedene deutschnationale Theorien und Meinungen wiedergegeben. Unter anderem wird gesagt. *„Ernst zu nehmen sind die kulturellen Einwände, die von deutscher Seite gegen die zweisprachigen Schulen erhoben werden. Der Gedankengang hiebei ist folgender: Wenn Slowenen Deutsch lernen müssen, so bedeutet dies, daß sie hiedurch in das reiche Kulturleben eines Achtzigmillionenvolkes aufgenommen werden, daß also den deutschsprechenden Slowenen tatsächlich ein beachtlicher Teil der europäische Welt eröffnet wird. Der Deutsche, der aber seinerseits gezwungen ist, Slowenisch zu lernen, erwirbt hiedurch die Sprache eines kleinen Volkes, von dem es in Europa kaum zwei Millionen gibt." „Die Deutschen sind also der Meinung, daß der Gewinn der Erlernung der slowenischen Fremdsprache für einen Deutschen außerordentlich gering sei, und daß die Slowenen, die Deutsch lernen müssen, in einer wesentlich besseren Lage wären. Man kann solchen Argumenten nicht zur Gänze verschließen."*

Der Staatsvertrag, Generalangriff auf den zweisprachigen Unterricht, Wiedergutmachung der deutschnationalen [illegible]

Die Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 stellte für die bürgerlichen Parteien den Moment dar, nach dem sie ihre Absicht offener und klarer vertreten konnten – ihr waren die Hände nicht mehr durch das Ringen um die alleinige Herrschaft in Österreich gebunden. Weit entfernt davon, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen zu wollen, bekundeten gleich beide große Parteien ihre Absicht, die Germanisierung Südkärntens fortzusetzen und den Kärntner Slowenen selbst die noch vorhandenen Rechte zu rauben.

So schreibt die SP-Zeitung „Die neue Zeit" am 9. Oktober 1955 von der Notwendigkeit, *„die Trennung der gut österreichischen Mehrheit von einer zahlenmäßig verschwindenden, aber aggressiven Minderheit, die ihre Irredentawünsche noch immer nicht begraben hat . . . "*

Hier wird wiederum bestätigt, daß die Volkszählungen in diesem Land einen besonderen Platz in der Politik einnehmen und von allen Parteien bewußt ins Kalkül gezogen werden.

Darüber hinaus strengen sich alle Parteien an, Maßnahmen zu treffen, damit die Zählungen öfter durchgeführt werden können. Der SPÖ-Abgeordnete, Nationalrat R. Janschitz, forderte (nach der „Neuen Zeit" vom 14. Dezember 1955): *„Der Artikel 7 des Staatsvertrages definiert die Rechte der Minderheiten genauer und ist vielleicht gerade deshalb sehr kompliziert. Es scheint notwendig zu sein, zuerst einmal eine Bestandsaufnahme zu machen. Es wäre Aufgabe des Referates 'Völkerrecht' im Bundesministerium für Äußeres, festzustellen, wo eigentlich eine Minderheit beginnt und wie stark eine Volksgruppe sein muß, um als Minderheit angesprochen zu werden."*

Die ÖVP-Volkszeitung schrieb am 16. November 1955: *„Der Staatsvertrag wird durchgeführt, er wird loyal und korrekt durchgeführt, aber nicht so, daß etwa bestimmte Führungskreise der Minderheit ein Führungsrecht über die Mehrheitsbevölkerung im gemischtsprachigen Gebiet erhalten sollten." . . . . . „Der Tenor der Forderungen läuft auf die Errichtung eines nationalistischen Apparates hinaus, eines Appa̍rates, der sich gleichsam unter den Schutz des Staatsvertrages stellen und der weiteren Zuständigkeit der österreichischen Staatsgewalt entziehen möchte*
Es wird niemals der Artikel 7 des Staatsvertrages dazu mißbraucht werden können, daß rein äußerlich das halbe Land Kärntnen ein ganz neues Gesicht bekäme, und zwar in der Form der doppelsprachigen Aufschriften, *ein Gesicht, das es in der ganzen jahrhundertelangen Geschichte nicht gegeben hat."*

Chauvinistische Hetze, massives Eintreten für die Minderheitenfeststellung, entschiedenste Ablehnung aller slowenischen Forderungen und Ankündigung, die bisherigen Regelungen einer Überprüfung zu unterziehen, das war die Interpretation der Regierung und der bürgerlichen Parteien des Artikel 7 des Staatsvertra- [illegible]

4 Tage nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde der „Kärntner Schulverein Südmark" gegründet. Die Volkszeitung (VP) schrieb am 22. Mai 1955 folgendes zur Gründung dieses Vereines: *„Im Festsaal der Handelskammer in Klagenfurt fand am Donnerstag, den 19. Mai, die Gründungsversammlung des „Kärntner Schulvereins Südmark" statt. Der Verein wird die Tradition des früheren „Deutschen Schulvereins Südmark" fortsetzen. Seine Hauptziele sind die Wahrung der Rechte der heimattreuen Bevölkerung und die Errichtung von Schulen und Kindergärten*

Der Ausschuß selbst zeigt, daß in diesem Verein Repräsentanten jener Kräfte zu finden waren, die bisher am stärksten die Entnationalisierung vorangetrieben hatten. Obmann wurde Dr Walter Lakomy, Handelskammerdirektor in Ruhe. Im 15-köpfigen Ausschuß waren weiters zu finden: der Großgrundbesitzer Dipl. Ing. Hermann von Mettnitz und Bürgermeister von Bleiburg/Pliberk, der Großbauer Valentin Deutschmann jun. aus Grafenstein, der seit Bestehen der Landjugend (einer Jugendorganisation der Landwirtschaftskammer) deren Vorsitzender ist· außerdem waren im Vorstand noch einige Schuldirektoren und Professor Dr Einspieler, der Vorsitzende des „Bundes der Windischen". Kennzeichnend ist die Verteilung dieser Personen übers gesamte zweisprachige Gebiet (vom Gailtal bis nach Bleiburg/Pliberk im Osten)

Zur Zeit der Besatzung und besonders der Anwesenheit der Sowjetunion in Österreich konnten sie sich nicht leisten, eine so offene antislowenische Organisation zu gründen. Die beiden Zentralverbände der slowenischen Organisationen stellten im Jänner 1956 den Antrag auf Verbot dieses antislowenischen Vereins, mußten aber zur Kenntnis nehmen, daß die Sicherheitsdirektion Kärnten nicht einschreiten wollte, und so den Schulverein Südmark noch mehr ermutigte.

Im Dezember 1955 wurde dann auch noch der Kärntner Abwehrkämpferbund gegründet, der sich zusätzlich zu den bürgerlichen Parteien die Pflege der Tradition des imperialistischen „Abwehrkampfes" zur Aufgabe stellte.

Diese beiden Organisationen haben sich mit gleichgesinnten Verbänden, wie dem „Bund der Windischen" und der „Kärntner Landsmannschaft" 1957 in der Dachorganisation „Kärntner Heimatdienst" zusammengetan, um insbesondere für die Abschaffung der zweisprachigen Schule in Südkärnten zu arbeiten. In dieser Dachorganisation wiederum waren großteils Leute tätig, die im Jahre 1941 und später für die Verfolgung der Kärntner Slowenen und insbesondere für deren Aussiedlung Sorge getragen haben.

Die Drei Hauptforderungen des „Kärntner Heimatdienstes" (KHD) waren: *1. Abschaffung der zweisprachigen Schule, 2. Ausarbeitung einer Ausführungsverordnung für den Artikel 7 des Staatsvertrages auf der Grundlage, daß die Windischen zu den Deutsch-Österreichern gezählt werden, 3. Allgemeines Referendum in Südkärnten.*

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages verstärkten also diese antislowenischen Organisationen ihre Germanisierungspolitik, auch die staatlichen Organe im Land verstärkten ihre Tätigkeit in Richtung Abschaffung der zweisprachigen Schule. Im Jahre 1956 wurde als ein Schritt der Auslöschung der slowenischen in den Schulen die Aufzeichnung der Muttersprache der schulpflichtigen Kinder eingestellt. Bisher wurde das von den Lehrern durchgeführt, was weitreichende Möglichkeiten der Fälschung der wirklichen Zahlen ermöglichte, nun wurde sie aber gänzlich eingestellt – sie gab nämlich trotzdem noch ein aufschlußreiches Bild über die nationalen Verhältnisse her

In dieser Zeit wiederholte die in ländlichen Gebieten weit verbreitete „Allgemeine Bauernzeitung" wieder einmal das Ziel, auf das geschossen wurde. Sie hielt fest *„Slowenisch ist die Sprache der Todfeinde des freien Kärnten."*

Im Jahre 1957 einigen sich ÖVP und SPÖ auch, daß das Gebiet der Verordnung über das zweisprachige Schulwesen nicht die Grundlage für die Erfüllung des Artikel 7 des Staatsvertrages sein kann. Sie einigten sich auch, daß für das Ausmaß der Rechte der „Wille der Bevölkerung" maßgebend sei. Die SPÖ äußerte sich grundsätzlich für eine Minderheitenfeststellung, so, wie es schon im Motivenbericht des Landtages im Jahre 1953 festgehalten wurde. Die ÖVP war überhaupt für die jährliche Feststellung der Meinung der Eltern hinsichtlich der Rechte der Minderheiten

Anfang 1958 riefen der Kärntner Heimatdienst gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten und Regierungsrat Dr. Wolfgang Mayerhofer, dem Vorsitzenden der ÖVP-Fraktion im Kärntner Landtag sowie mit Dr. Valentin Einspieler, dem Vorsitzenden des „Bundes der Windischen" zu einem allgemeinen Schulstreik gegen die zweisprachige Schule – im Juli 1958 sollte er durchgeführt werden. Im großen und ganzen ist er gescheitert. Er war bei der breiten Masse der Bevölkerung nicht richtig angekommen. Im Bezirk Völkermarkt wurde von 43 auf nur 7 Schulen dieser Streik durchgeführt. Im Bezirk Villach/Land von 25 zweisprachigen Schulen auf 5.

Trotz des Mißerfolgs gaben die reaktionären Organisationen nicht auf, denn sie konnten sich überzeugen, daß die gesamte Presse und die bürgerlichen Parteien hinter ihnen standen, besonders die ÖVP und FPÖ. Die Sicherheitsorgane sahen zu. Deswegen riefen sie für den Herbst wieder einen Schulstreik aus. Der aber wiederum, wenn man die Beteiligung der Bevölkerung mißt, nicht erfolgreicher abgelaufen war

Zu den Schulstreiks nahmen die Slowenenorganisationen auf einer Pressekonferenz folgendermaßen Stellung: *„Der Rat der Kärntner Slowenen und der Zentralverband der Slowenischen Organisationen in Kärnten erachten es angesichts der tendenziösen Berichterstattung in einem Teil der Presse über den sogenannten Schulstreik gegen das „Zwangsslowenisch" für notwendig, die Öffentlichkeit über die wahren Begebenheiten um den erwähnten Schulstreik zu unterrichten. . .*

Der Streik ist vielmehr ausschließlich von einigen wenigen Leuten, die den Ausführungen des Landtagsabgeordneten und Regierungsbeamten Dr. Wolfgang Mayrhofer in Bleiburg horchten, ausgegangen. Auf der sogenannten Elternversammlung in Bleiburg waren 10–12 Leute anwesend, die dann im Namen von 299 Schülern den Schulstreik ausriefen und dazu noch das gesamte zweisprachige Gebiet aufforderten. Der Großteil der Eltern der Bleiburger Schüler wußte gar nichts davon und schickte die Kinder am nächsten Tag in der Früh in die Schule. Erst am Schulweg, an der Brücke vor dem Hause des Bürgermeisters Mettnitz vom im Dienste des Herrn Mettnitz stehen Ing. Schick, und in Ebersdorf von einem anderen Mann, hörten die Kinder vom Schulstreik und von der Behauptung, daß kein Unterricht stattfände.

Trotz Pressemeldungen und Rundfunkaussendungen über den Aufruf der Bleiburger Elternvereinigung hat die unmittelbare Umgebung von Bleiburg davon kaum Notiz genommen, und nur an 7 von 43 zweisprachigen Schulen des Bezirkes Völkermarkt, und zwar vor allem in den Randgebieten nördlich von Völkermarkt sowie in Kühnsdorf und Oberloibach, kam es im späteren Verlaufe zum Streik, wobei in Kühnsdorf von 171 Schülern 70 Schüler, in Oberloibach von 98· 50, in Haimburg von 41 – 15, in Markt Griffen von 252 Schülern 125 anwesend waren. Selbst da also ist der Schulstreik nur teilweise gelungen.

Im Bezirk Klagenfurt-Land hat sich am Schulstreik überhaupt kein Schulsprengel beteiligt.

Im Bezirk Villach-Land war von 25 zweisprachigen Schulen an 5 Schulen eine Streikbewegung.

wobei lediglich in Godersdorf, Thörl Maglern und Görlach der Schulstreik beachtenswerte Formen annahm. Dabei muß nochmals festgestellt werden, daß an diesen Schulen das Slowenische kaum zu Worte kommt. . . . .

Wir stellen fest, daß fast durchwegs fremde, zugewanderte Personen, sich für den Streik einsetzten und an einigen Schulen sogar die Lehrer erklärten, die Kinder bräuchten in den nächsten Tagen nicht in die Schule kommen.

Wir stellen weiters insbesondere fest, daß die Sprache der Eltern und Schüler im gesamten zweisprachigen Gebiet, den Organisatoren des Schulstreiks eine Abfuhr erteilt hat, wie sie sie niemals erwartet hatten. . . . "

Die Slowenenorganisationen hielten also fest, daß der Schulstreik in keiner Weise ein Ausdruck des „spontanen Willens der Eltern" sei.

Der damalige SP-Landeshauptmann und Vorsitzender des Landesschulrates für Kärnten nimmt diese Streiks aber trotzdem zum Anlaß, um die schon lang gehegten Ziele der Kärntner Bourgeoisie durch einen Erlaß (der sogar formal juridisch nicht in Ordnung war) durchzusetzen. Am 22.9.1958 fordert er die Bevölkerung in Südkärnten auf, ihre Kinder vom zweisprachigen Unterricht abzumelden. Die SP-Zeitung „Die Neue Zeit" bringt am 23. September 1958 folgende Schlagzeile: *„Ein entscheidender Erlaß des Landeshauptmannes Wedenig: Befreiung vom zweisprachigen Unterricht möglich."* Und der nebenstehende Leitartikel hebt hervor, daß es hier um „Kärntner Interessen" gegangen sei, und daß dieser „schlimmste Konfliktstoff im Lande" durch den Erlaß beseitigt sei. Weiters hebt er hervor, daß *„die jetzige Entscheidung zweifellos maßgeblich durch die sozialistische Initiative inspiriert wurde"*. Die Behauptung, daß *„die Möglichkeit der freien persönlichen Entscheidung der Erziehungsberechtigten . . . . so weitgehend (ist) . . . . (daß) bei unbeeinflußter Handhabung des Erlasses im gemischtsprachigen Gebiet schlagartig Ruhe eintreten müßte* " ist angesichts der dann folgenden Tatsachen nichts als purer Zynismus.

Wie diese Abmeldung vor sich ging, entnehmen wir aus dem „Memorandum der Kärntner Slowenen zur Schulfrage", die am 15. November 1958 veröffentlicht wurde. Diese Tatsache über die Art und Weise der Abmeldung, und die Kräfte, die daran in erster Linie beteiligt waren, drucken wir sehr ausführlich ab, da sie sehr charakteristisch das politische Leben in Südkärnten derselben darstellen – und zwar für die gesamte Periode nach dem 2. Weltkrieg. Außerdem kann man an diesen Auswirkungen des Erlasses ermessen, welchen entscheidenden Beitrag zur reaktionären Minderheitenpolitik die SPÖ von Anfang an geleistet hat.

a) Über die Rolle bestimter Lehrer:

„Wir verweisen dabei nur auf Kappel an der Drau, wo Schuldirektor Polzer Viktor den Kindern, die Abmeldeformulare verteilte, und nach dem Stempelerlaß die Abmeldungen den Kindern nicht ausfolgte, sondern lediglich den Auftrag erteilte, die Kinder hätten den Stempel von S 6 zu bringen. Ebenso hat sich im Schulsprengel Görtsch die Lehrerin Perchinig Anna offen in die Abmeldeaktion eingeschaltet. Der Lehrer Plankensteiner Heinz in Ludmannsdorf erklärte den Kindern, die nicht abgemeldet wurden, daß sie in die benachbarte Schule in Köttmannsdorf werden gehen müssen, die anderen Kinder aber inzwischen Rodeln und Spielen werden. Der Schuldirektor Kreßnitzer Franz in St. Niklas an der Drau glaubte mit der Mitteilung, daß nur zwei Erziehungsberechtigte ihre Kinder noch nicht abgemeldet haben, zu erreichen, daß das Slowenische völlig aus seiner Schule verschwindet. Weitere Beeinflussungen der Erziehungsberechtigten durch die Lehrer sind uns aus Rosegg und Velden bekannt, um von den Lehrern, die versteckt Propaganda für die Abmeldung gemacht hatten, überhaupt zu schweigen."

b) Über die Rolle der Gendarmerie und der Gerichte

„In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Schulsprengel Sittersdorf und St. Philippen, wo der Rayonsinspektor Andreas Moser besonders eifrig warb und in einem Falle sogar für einen Erziehungsberechtigten – wohl in seiner Gegenwart – die Abmeldung unterfertigte, weiters auf den Schulsprengel Rosegg, wo der Gendarmeriebeamte Pichler und der Gerichtsbeamte Steiner den Eindruck erwecken wollten, daß der gesamte Staatsapparat die Abmeldung vom Slowenischunterricht forciere. In gleicher Weise warben für die Abmeldung vom Slowenischunterricht im Schulsprengel Eisenkappel und in der Umgebung die Gendarmeriebeamten Kovajnik und Reiter, in Kappel an der Drau der Gendarm Klas, in Ledenitzen der Gendarmeriebeamte Korsmann und der Zollwache-

beamte Hauser und im Schulsprengel Görtsch der Gendarmeriebeamte B. Schaubach, während in Feistritz an der Gail sich der Zollwacheoberrevisor Leo Scharf schon bei den angekündigten Schulstreiks und später bei der Abmeldung besonders bemühte. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß Leo Scharf auch als Obmann der Ortsgruppe der „Südmark" fungiert."

c) Über die Rolle der Bundes- und Landesangestellten

„Wenn man feststellen muß, daß sich an dieser Aktion sowohl Exekutivorgane als auch Gerichtsbeamte sowie Gemeindeangestellte (in den Schulsprengeln Galizien, wo der Gemeindesekretär Christian Markovitz die Abmeldeformulare in der Dienstzeit ausfüllte, im Schulsprengel Köttmannsdorf, wo sich der Gemeindesekretär Valentin Moswitzer besonders aktiv beteiligte, und im Schulsprengel Ludmannsdorf, wo der dortige Bürgermeister seinen Einfluß bei der Werbung für Abmeldung ausnützte), Postbeamte (wie der Postvorstand Paul Schlemitz und der Postbote Josef Kelich in Weizelsdorf) und Bundesbahn-Bedienstete (wie Lautmann und Sommeregger in Ledenitzen) beteiligten, hat man fast den Eindruck, daß auch heute noch der Appell des ehemaligen Landeshauptmannes Dr. Lemisch, an der Germanisierung der Slowenen mitzuwirken, gilt. Das sprechendste Beispiel dafür ist wohl die Tatsache, daß sich das Bezirksjugendamt Klagenfurt als Erziehungsberechtigter das Recht anmaßte, das von ihm betreute außereheliche Kind Olga Ternjak vom Besuch des Slowenischunterrichtes abzumelden und trotz des Widerspruchs der Großmutter, bei der das Kind in slowenischer Umgebung lebt – die Mutter ist in der Schweiz – bei der Abmeldung beharrte. Nur nebenbei sei hiezu noch bemerkt, daß bei dieser Abmeldung auch der Lehrer des Kindes in Köttmannsdorf mitwirkte.

d) Am schlimmsten aber wirkte sich ohne Zweifel der *wirtschaftliche Druck* aus. Dieser wurde derart massiv ausgeübt, daß dies selbst ein Teil der österreichischen Presse zugeben mußte. Großgrundbesitzer und Industrielle, Kaufleute und Gewerbetreibende nützten ihre Machtpositionen aus, um die von ihnen abhängigen slowenischen Kleinbauern, Keuschler, Pächter, Land-, Holz- und Industriearbeiter zur Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht zu bewegen. Aus der Vielzahl von Beispielen wirtschaftlichen Druckes seien hier nur einige konkrete Beispiele angeführt.

Der Großgrundbesitz in Südkärnten ist fast ausschließlich in deutschen Händen. Dieser hat sich auch fast ausnahmslos in die Propaganda für die Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht eingeschaltet. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Großgrundbesitzer und Bürgermeister von Bleiburg, Hermann von Meitnitz, der sogar im Rundfunk gegen die zweisprachige Schule sprach und den Bleiburger Schulstreik verteidigte. Sein Verwalter Ing. Schick warb aktiv für den Schulstreik und für die Abmeldungen vom Slowenischunterricht. Daß dabei die wirtschaftliche Position des Großgrundbesitzers und Industriellen, der als Hauptabnehmer der Kartoffelernte von den Kleinbauern der Umgebung fungiert, eine Rolle spielte, ist selbstverständlich.

In ähnlicher Weise übte die Machtposition des Großgrundbesitzes die Firma Leitgeb durch ihren Förster Pleiner in Gorentschach/Ruden aus. Dort gibt es nur Kleinbauern und Arbeiter, die über keine Waldungen verfügen und daher das Wort eines Försters gewichtig nehmen. Ebenso haben die wenigen Großbauern in diesem Gebiete den kleinen Keuschlern damit gedroht, daß sie für diese keine Arbeit mit dem Traktor mehr leisten werden, wenn sie ihre Kinder nicht vom Slowenischunterricht abmelden werden.

In St. Philippen warben für die Abmeldung der Förster Johann Juritsch und der Angestellte Josef Pollaschek der Gutsverwaltung Rosenberg.

In Eisenkappel und in der Umgebung von Eisenkappel bearbeitete die Eltern Josef Tomaschitz, der Angestellte des Grafen Thurn, der dort große Waldungen besitzt, und viele Wald- und Sägearbeiter, aber auch andere kleinere Besitzer beschäftigt, die dadurch alle von ihm wirtschaftlich abhängig sind.

Im Rosental hat der Großgrundbesitzer Maresch große Besitzungen. Was der wirtschaftliche Druck ausmacht, ist wohl am besten am Beispiel des Schulsprengels Bärental ersichtlich. Dort hat für die Abmeldung vom Slowenischunterricht der Förster der Gutsverwaltung Maresch, Kranewetter geworben. Obwohl dort die Erziehungsberechtigten überwiegend Slowenen sind und die Kinder im vorschulpflichtigen Alter kaum ein Wort Deutsch sprechen, erfolgte die Abmeldung vom Slowenischunterricht hundertprozentig. Dies ist nur dadurch

verständlich, daß sämtliche Leute dort vom Großgrundbesitzer Maresch Liegenschaften gepachtet haben und auch als Arbeiter vollständig in wirtschaftlicher Abhängigkeit stehen. Diesen Fall griff sogar die sozialistische Tageszeitung in Kärnten auf und wurden dann von der Staatspolizei Erhebungen gepflogen allerdings nur mit dem Erfolg, daß die Leute noch mehr eingeschüchtert wurden. Dieser Fall ist umso bezeichnender, weil der dortige Schulleiter vor dem Problem stand, wie die Kinder zu unterrichten und diesbezügliche Weisungen von der Schulbehörde einholte mit der Begründung, daß manche abgemeldete Kinder in der deutschen Unterrichtssprache dem Unterricht nicht folgen können. Ohne Zweifel ist dies ein krasses Beispiel, wie die „Freiwilligkeit" bei der Abmeldung tatsächlich aussieht.

Nicht weniger aktiv waren die Industriellen in Südkärnten. So versuchten die Arbeiter der Firma Olswar in Loibach und zwar Simon Grilz in St. Georgen und Anton Grobelnik in Unterort, die Unterschriften der Eltern auf bereits gestempelte und vorgeschriebene Abmeldungsformulare zu gewinnen. Sowohl von diesen, wie auch vom Arbeiter Rupitz des Ziegeleibesitzers Ullmann in St. Margarethen bei Völkermarkt, erzählt man, daß sie von ihren Firmen für diese Aktion freibekommen haben und sogar bezahlt worden sind.

In Feistritz im Rosental sind die meisten Arbeiter von der Firma Jungfer, die die bekannten Bärenbatterien erzeugt, abhängig. Es ist verständlich, wenn sich daher die Leute von den Angestellten dieser Firma, Josef Jakopitsch, Betriebsrat Ferdinand Iozko und Johann Andreyčič, die sowohl in der Fabrik als auch außerhalb derselben für die Abmeldung warben, beeinflussen ließen.

Derlei Beispiele des wirtschaftlichen Druckes könnten noch und noch angeführt werden. Es gibt noch zahlreiche Beispiele offener Beeinflussung, während der versteckte Druck noch viel stärker war

Nicht unerwähnt sei in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß bei allen diesen Aktionen vor allem die Zugewanderten in das gemischtsprachige Gebiet tätig waren. Die Zugewanderten sind auch zum Großteil Funktionäre der vorher genannten deutschnationalen Organisationen. So z.B. fungiert in der Elternvereinigung St. Kanzian im Jauntal der Sudetendeutsche Karl Hönk, ehemaliges Mitglied der NSDAP und SS und persönlicher Freund Hitlers, der während des Krieges zum SS-Obersturmführer avanciert ist, in Bleiburg der schon erwähnte Ing. Schick, in Feistritz an der Gail der Zollwachoberrevisor Leo Scharf und die weiteren Funktionäre der „Südmark", Wilmann, Bodner und Fuchs, in Rosegg der vor zwei Jahren zugewanderte Gerichtsbeamte Steiner. – Auch hier könnten zahlreiche weitere Namen angeführt werden.

Dazu muß erwähnt werden, daß sich alle diese Organisationen bzw. deren Funktionäre gar nicht für die Abmeldung der nur deutschsprachigen Kinder bemühten, sondern im Gegenteil war es ihnen von vornherein nur darum zu tun, die wirtschaftlich abhängigen Slowenen, deren Nationalbewußtsein infolgedessen nicht ausgeprägt ist, für die Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht zu gewinnen. – Der *Zweck ist klar* Es soll die Zahl der slowenischen Minderheit derart heruntergedrückt werden, daß die Durchführung des Artikel 7 des Staatsvertrages für die in Südkärnten noch verbliebenen slowenischen „Sprachinseln" gegenstandslos wäre.

Andererseits ist es mehr als eine Ironie, wenn der eifrigste Widersacher des zweisprachigen Schulwesens, der ÖVP-Landtagsabgeordnete und Regierungsrat Dr. Wolfgang Mayrhofer, seine eigenen Kinder nach der erfolgten Abmeldung wieder zum Slowenischunterricht anmeldete. Dies ist wohl der sprechendste Beweis dafür, daß die Parolen von der Nutzlosigkeit der slowenischen Sprache eben nur Parolen sind, die politische Ziele verfolgen. Soweit die Herren persönlich betroffen sind, wollen sie die Wohltat des Erlernens der slowenischen Sprache den eigenen Kindern nicht vorenthalten. Es geht diesen Leuten eben nicht um den Schutz der deutschsprachigen Kinder vor der Slowenisierung durch den Zwangsunterricht und auch nicht um eine demokratische Lösung, sondern es geht ihnen einzig und allein darum, den Kärntner Slowenen ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, wobei dieser Kampf auf dem Rücken der Jugend und sogar der Kinder ausgetragen werden soll.

Unter diesen Umständen von einer demokratischen Entscheidung zu sprechen, ist wirklich mehr als abwegig. Die Kinder, die nicht abgemeldet worden sind, sind denn auch nachweislich fast ausschließlich Kinder von mehr oder minder wirtschaftlich und sozial unabhängigen mittleren Bauern und der wenigen selbständigen Gewerbe- und Handeltreibenden slowenischer Volkszugehörigkeit und hat daher diese

Zahl mit der zahlenmäßigen Stärke der slowenischen Minderheit nichts zu tun. Diese Zahl besagt lediglich, wieviele Erziehungsberechtigte in Kärnten wirtschaftlich und sozial unabhängig sind, um dem politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Druck Stand halten."

Angesichts der Tatsache, daß viele Kinder deutsch nicht beherrschten, sah sich der Landeshauptmann Wedenig (SP) 1958 gezwungen, eine neuerliche Verordnung zu erlassen, die vorschrieb, wie die vom Slowenischunterricht abgemeldeten Kinder unterrichtet werden sollten. Und dies sah dann so aus, daß der Unterricht nur deutsch sein durfte, jedoch durfte der Lehrer vermittelnd die Mundart des Kindes anwenden; richtiges Slowenisch durfte das Kind jedenfalls unter keinen Umständen zu hören bekommen Ein Jahr später fühlte sich die Bourgeoisie stark genug, um bundesweit die Weichen für die Abschaffung der noch vorhandenen Rechte der Minderheiten zu stellen.

III. Minderheitenschulgesetz und Gerichtssprachengesetz 1959

Diese beiden Gesetze bedeuten die bisher schwersten Schläge der imperialistischen Bourgeoisie gegen die slowenische nationale Minderheit. Die beiden Gesetze hielten zum ersten Mal ausdrücklich auf legislativer Ebene die Durchführung einer Minderheitenfeststellung fest. Der Nationalrat beschloß damals auf Antrag des SPÖ-Minderheitenexperten, die Regierung zu beauftragen, einen Beschluß zur Durchführung der Minderheitenfeststellung vorzubereiten. Beide Gesetze hielten grundsätzlich fest, daß die Ergebnisse einer Minderheitenfeststellung die Voraussetzung für die Festlegung ihres endgültigen Geltungsbereiches sind. Damit verschaffte sich der Staat gemäß dem langjährigen Wunsch aller bürgerlichen Parteien ein Mittel, um die Hetze gegen die slowenische Minderheit permanent zu machen, ihre Existenz beständig in Frage zu stellen und an ihrer zahlenmäßigen Verringerung zu arbeiten. Trotzdem dauerte es noch 17 Jahre, bis die sozialdemokratische Regierung Kreisky die erste Minderheitenfeststellung durchführte. Einstweilen begnügte man sich mit der Volkszählung 1961, bei der der Kärntner Heimatdienst zum zweiten Male seine Nützlichkeit für die nationalistische Politik und Hetze der bürgerlichen Parteien unter Beweis stellen konnte. Nach Aussage von Knaus (KHD) stellt diese Volkszählung einen der Höhepunkte der Tätigkeit des Heimatdienstes dar

Hier kamen wiederum dieselben Landes- und Staatsbeamten, Gendarmerie- und Zollbeamten wie andere Reaktionäre in die Häuser der ländlichen Bevölkerung und stellten die Minderheit fest. Bei dieser Zählung sank die Zahl der – in allen möglichen Kategorien vorkommenden – Slowenen auf 28.000. Für diese Zahl waren sicher die Ereignisse um die Schulfrage in den drei vorangegangenen Jahren maßgeblich verantwortlich. Viele Eltern versuchten, den Kindern Schwierigkeiten zu ersparen, gaben bei den Zählungen an, daß die Kinder deutsch erzogen werden (1961 wurde die Familiensprache erhoben) und gingen in den darauffolgenden Jahren immer stärker dazu über, die Kinder wirklich nur mehr in der deutschen Sprache zu erziehen. Besonders stark trifft das auf die Generation zu, die in den 60er-Jahren geboren wurde.

Die Slowenenorganisationen belegten den Druck, der bei dieser Zählunt ausgeübt wurde, in einer besonderen Anklageschrift. Dort berichten sie, daß einigen Leuten sogar mit einer neuerlichen Aussiedlung gedroht wurde, falls sie slowenisch als Familiensprache angeben.

Das Gerichtssprachengesetz legt fest „*Die Gerichte, bei denen die slowenische Sprache (. . .) zugelassen wird, sind auf der Grundlage einer durch Bundesgesetz anzuordnenden Minderheitenfeststellung zu bestimmen. Bis dahin sind die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes auf die Bezirksgerichte Eisenkappel, Bleiburg und Ferlach anzuwenden.*" Das sind drei von neun Gerichtsbezirken. Die Grundlage für diese Regelung gab die Volkszählung 1951 ab. Nach deren Resulaten war ein Anteil von mindestens 20% Slowenen erforderlich.

Mit dieser Regelung wurden mindestens zwei Drittel der slowenischen Minderheit der Möglichkeit des Gebrauches ihrer Muttersprache vor Gericht beraubt. Überdies schuf sich die Bourgeoisie schon damals mit dem Beschluß über die Minderheitenfeststellung die Möglichkeit, mittels einer Zählung dieses ohnehin schon weitgehend eingeschränkte Recht noch mehr einzuengen. Tatsächlich ist dies ja nach der Minderheitenfeststellung 1976 auch geschehen.

Bis zum Inkrafttreten des am 19.3.1959 beschlossenen Gerichtssprachengesetzes hatte jeder Slowene das Recht auf Verwendung der slowenichen Sprache bei allen Bezirksgerichten und auch beim Landesgericht Klagenfurt. Tatsächlich fanden auch nach dem Jahre 1945 Prozesse in slowenischer Sprache vor dem Landesgericht Klagenfurt statt.

Durch das neue Gesetz wurde diese Möglichkeit sowohl gebiets- als auch instanzenmäßig beschnitten. Denn in Zivilrechtssachen reicht die Kompetenz der häufigsten vor Bezirksgerichten zu verhandelnden Rechtssachen nur bis zu einem bestimmten Streitwert. Geht es um eine bedeutendere Sache oder um Eheangelegenheiten, die vor das Landesgericht gehören, ist der Gebrauch der Muttersprache nicht mehr zulässig. Im Strafverfahren verhält es sich bei schwerwiegenderen Fällen, wo es besonders wichtig wäre, sich in jener Sprache zu verteidigen, die man wirklich gut beherrscht, ebenso. Doch war auch in diesem sehr engen Rahmen die slowenische Sprache keineswegs gleichberechtigt, sondern wurde zu einer Hilfssprache degradiert. Man mußte sich Dolmetscher bedienen, sich anmelden, höhere Gerichtskosten tragen, länger als üblich warten und zahlreiche andere Benachteiligungen ähnlicher Art hinnehmen.

Der schwerste Schlag der Bourgeoisie gegen den Lebensnerv und die Erhaltung und Weiterentwicklung der slowenischen Minderheit auf dem Gebiet der politischen Rechte war die Zerschlagung des zweisprachigen Schulwesens und die Einführung des zugleich mit dem Gerichtssprachengesetz beschlossenen Minderheitenschulgesetzes.

Wenn wir hier von zweisprachigem Schulwesen sprechen, so meinen wir damit die Lage auf dem Schulsektor in Südkärnten, wie sie nach der Verordnung der provisorischen Kärntner Landesregierung vom 3 Oktober 1945 bestand. Obwohl die Regelung des zweisprachigen Unterrichtes nach dieser Verordnung weit besser war als vor dem Zweiten Weltkrieg und auch wesentlich besser als die seit 1959 geltende Regelung, muß doch festgestellt werden: eine vollkommene Gleichstellung der slowenischen Sprache mit der deutschen verwirklichte sie nicht.

Der Geltungsbereich der Verordnung bezog sich auf jenes Gebiet Kärntens, in welchem im Jahre 1910 mindestens 10% Slowenen lebten. Allerdings waren in 48 Gemeinden die Slowenen in der Mehrheit (zwischen 50 und 100%), in 58 Gemeinden betrug ihr Anteil über 20% und nur in 6 Gemeinden betrug dieser Anteil zwischen 10 und 20%.

Die Verordnung schrieb allen Schülern im zweisprachigen Gebiet bis zur dritten Schulstufe neben dem Unterricht in der Muttersprache auch Unterricht in der zweiten Landessprache im Ausmaß von 6 Wochenstunden vor. Von der vierten Schulstufe an bis zum Abschluß der Schulpflicht war dann Deutsch alleinige Unterrichtssprache, jedoch mußten in der vierten Klasse alle Schüler vier, in den weiteren Klassen drei Stunden slowenischen Sprachunterricht besuchen. An den Realgymnasien in Klagenfurt/Celovec, Villach/Beljak und St. Paul im Lavanttal/St. Pavel v Labotski dolini war von der fünften bis zur achten Klasse Slowenischunterricht im Außmaß von drei Stunden pro Woche Pflicht. Für die wichtigsten Fächer waren Schulbücher in beiden Sprachen vorgesehen. Direktoren der 96 Schulen des zweisprachigen Gebiets mußten die slowenische Sprache beherrschen.

Bei den Verhandlungen für die Wiedererrichtung Österreichs in seinen alten Grenzen und gegen die Ansprüche der Slowenischen Befreiungsfront (Osvobodilna fronta, OF) auf Angliederung Südkärntens an Jugoslawien argumentierten die österreichischen Politiker auch mit der neuen, und wie sie darstellten, vorbildlichen Schulregelung. Sie sollte als Beweis dienen, wie demokratisch Österreich ab nun mit seinen nationalen Minderheiten umgehen wolle.

Aber nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages saß die Bourgeoisie in Österreich ja wieder fest im Sattel und konnte ihre demokratische Hülle, die sie sich für die Zeit ihrer Schwäche angelegt hatte, fallen lassen. Nach den Schulstreiks, der Abmeldungsverordnung und der Verordnung, wie abgemeldete Kinder, die jedoch nicht deutsch konnten, zu unterrichten sind, wurdem am 19.3.1959 das heute noch geltende Minderheitenschulgesetz beschlossen – mit den Stimmen der großen bürgerlichen Parteien.

Nach diesem Gesetz ist die Unterrichtssprache nicht mehr für alle Schüler die Muttersprache, sondern auch für die slowenischen Kinder Deutsch. Soll ein slowenisches Kind Unterricht in seiner Muttersprache erhalten, muß es von seinen Eltern extra dazu angemeldet werden.

Nach dem Minderheitenschulgesetz erhalten die zum Slowenischunterricht angemeldeten Schüler die ersten drei Schuljahre in allen Fächern zweisprachigen Unterricht. In der vierten Klasse wird auch für sie die deutsche Sprache ausschließliche Unterrichtssprache, Slowenisch wird ein zusätzlicher Unterrichtsgegenstand im Ausmaß von vier Stunden in der Woche. So geregelt ist auch der Slowenischunterricht an den Hauptschulen. An Schulbüchern für den Unterricht in slowenischer Sprache gibt es außer einem Sprachlehrbuch nichts. Es erscheint dann noch eine slowenische periodische Zeitschrift für die Schüler, die aber nur zusätzlichen Lesestoff zu bieten vermag. Für jene Fächer, für die deutsche Lehrbücher existieren, sind keine slowenischen bzw. zweisprachigen vorhanden. Alles andere didaktische Material ist rein deutsch.

Die slowenische Literatur und Kunst sind hoch entwickelt, und das slowenische Volk hat eine revolutionäre und fortschrittliche Tradition. Doch davon erfahren die Schüler nach den herrschenden Lehrplänen recht wenig bis nichts. Zahlreich jedoch sind Fälle von Verunglimpfung und Herabwürdigung dieser Werte durch chauvinistische Lehrer.

Die Unterrichtszeit für die zum slowenischen Unterricht Angemeldeten ist in zahlreichen Fällen so angesetzt, daß sie empfindliche Benachteiligungen bedeutet: faktisches Nachsitzen über die gewöhnliche Unterrichtszeit hinaus, größere körperliche Belastung der Kinder sowie eine gewisse Isolierung von den anderen Schülern.

Der Unterricht ist wegen der in nicht wenigen Fällen mangelhaften Qualifizierung der Lehrer für den Slowenischunterricht, wegen dem Mangel an didaktischem Material und kleinlichen Schikanen der Lehrer seitens der Schulbehörde verbreitet eintönig, ermüdend und uninteressant. Viele junge slowenische Lehrer, die eine gute Qualifikation für beide Sprachen besitzen, wurden und werden andererseits in rein deutschsprachigen Schulsprengeln eingesetzt. Daher sind Fälle nicht so selten, daß Kinder ihre Eltern bitten, sie vom Slowenischunterricht abzumelden, um ihnen diese Unannehmlichkeiten zu ersparen.

IV. Die Gesamtentwicklung der slowenischen Minderheit und die Entwicklung des zweisprachigen Unterrichtes

Entwicklung des Besuches des zweisprachigen Unterrichtes an den Volksschulen

Zeit	Volksschüler an Schulen des zweisprachigen Gebietes insgesamt	Besuch des zweisprachigen Unterrichts	Anteil in %
vor dem Abmeldungserlaß" 22.9.58	10.030	10.030	100 %
nach diesem	10.030	2.094	23,9%
1960/61	10.533	1.820	17,3%
1965/66	11.082	1.602	14,5%
1970/71	10.290	1.485	14,4 %
1975/76	9.875	1.224	12,4%
1976/77	9.900	1.138	11,5%



Diese Zahlen zeigen nur bedingt die objektiven Verhältnisse in Südkärnten und sind gewiß nicht repräsentativ für die tatsächliche Stärke der slowenischen Minderheit. Manchmal entlarven sich die offiziellen Statistiken selber. So registrierte eine eigene Erhebung der Schulbehörde, die sicher nicht daran Interesse hatte, eine möglichst objektive Zahl von Slowenen wiederzugeben, im Jahre 1959 – 4820 Schüler mit slowenischer Muttersprache, zum Slowenischunterricht angemeldet wurden jedoch nur 2094, also 2726 weniger als die angeführte Zahl ergibt. Ähnlich ist es in den in obiger Tabelle angeführten Jahren 1961 und 1976. Trotzdem sind die Zahlen geeignet, aufzuzeigen, daß und inwieweit es der Bourgeoisie auf dem Gebiet des Volksbildungswesens gelungen ist, bei der Zersetzung und Schwächung der slowenischen Minderheit voranzukommen.

Das wirkliche Erlernen der eigenen Muttersprache durch die junge Generation, die Förderung der Verbundenheit mit den vorwärtsgewandten Elementen der nationalen Kultur sind grundlegende Erfordernisse für den Bestand und die Entwicklung einer nationalen Minderheit. Das weiß auch die Bourgeoisie. Deshalb hat sie mit gezielter Politik seit jeher alles daran gesetzt, der Minderheit besonders auch auf diesem Gebiet Schläge zu versetzen. Die Verordnungen und Gesetze dazu sind nur ein Teil ihrer Politik. Die Grundlage dafür, daß die Bourgeoisie bei ihrer Zerstörungsarbeit auch auf diesem Gebiet weiterkommt, hat sie sich aber, wie wir in diesem Artikel ausführlich behandelten, auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet geschaffen. Die Auflösung der Agrarstruktur ging in Südkärnten mit stärkstem Germanisierungsdruck einher. Soweit es eigene slowenische Wirtschaftsstrukturen gab, versuchte die deutsche Bourgeoisie sie zu zerstören oder zumindest zu behindern. Die slowenischen Arbeiter mußten in die deutschsprachigen Zentren zur Arbeit pendeln, wo sie mehr und mehr ihrer Muttersprache entfremdet werden. Die Gestaltung der Infrastruktur, die Nichtzulassung der slowenischen Sprache bei Ämtern, Behörden und öffentlichen Anstalten, ihre Verdrängung aus dem öffentlichen Bild des Gebietes, die ständige chauvinistische Hetze durch die bürgerlichen Medien und der unmittelbare Druck auf die slowenischen Menschen in den Betrieben, Büros, Schulen und öffentlichen Institutionen ließ eine Situation entstehen, in der sich viele Slowenen lieber von ihrer nationalen Herkunft distanzierten, um nicht dem ständigen Druck ausgesetzt zu sein. Vor allem ihren Kindern wollen sie diese Demütigungen ersparen. Man findet heute ganze Dörfer in Südkärnten, wo die Erwachsenen alle die slowenische Sprache verstehen und auch noch miteinander sprechen, die Kinder jedoch nur mehr deutsch erziehen und sie in der Schule auch nur mehr den deutschsprachigen Unterricht besuchen lassen. Das eben ist Zersetzung der Minderheit und die Zwangsgermanisierung.

Diese Entwicklung ist bis heute so weit fortgeschritten, daß sich das rein slowenisch besiedelte Gebiet Südkärntens in ein zweisprachiges Gebiet verwandelt hat und daß das Deutsche neben dem Slowenischen auch in diesem Gebiet zu einer gebräuchlichen Sprache geworden ist, wodurch auch die nationale Geschlossenheit des Gebietes aufgehört hat, zu existieren (siehe dazu auch Anhang A, der die konkrete soziale und sprachliche Entwicklung in einigen Dörfern zeigt).

V. Der Kampf der slowenischen Minderheit um ihren nationalen Bestand

Völlig verfehlt wäre eine Anschauung, daß das Slowenische, die slowenischen Traditionen und die Kultur, namentlich die fortschrittlichen, ohne jede Bedeutung wäre, daß sich die Sprache der „80 Millionen" gegen die der wenigen Millionen durchgesetzt hätte. Von Anfang an hat die slowenische Nationalität gegen die Germanisierung und gegen die Unterdrückung ihrer Sprache und Kultur gekämpft. Es ist hier nicht der Ort, die Windungen des Kampfes der slowenischen Minderheit seit 1949 (so weit haben wir dies im 3. Teil dargelegt) darzustellen. Hiezu nur soviel:

Die Bedingungen für die Imperialisten und die Bourgeoisie, die einheitliche slowenische nationale Befreiungsbewegung zu spalten, haben sich nach 1949, nach der endgültigen Bestätigung der Grenzen schlagartig gebessert. Schon vorher wurde von den bürgerlichen Parteien Spaltung und Zwist in ihre Reihen getragen, doch solange die Slowenische Befreiungsfront die Hoffnung einer demokratischen Lösung vor Augen hatte, war eine erfolgreiche Spaltung unmöglich.

Bereits 1949 aber brach die klassenmäßige und ideologische Differenzierung innerhalb der slowenischen Minderheit auf und es gründete sich zuerst der NSKS (Rat der Kärntner Slowenen) am 28.9.49 und einen Monat später die DF (Demokratische Front des Werktätigen Volkes), aus der dann 1955 der ZSO (Zentralverband slowenischer Organisationen) hervorging.

Im Gefolge dieser Spaltung und der wechselseitigen Abgrenzung, der Verstärkung des Druckes der Bourgeoisie auf die Kärntner Slowenen und der wachsenden direkten Einflußnahme, begannen sich beide Organisationen an den beiden großen bürgerlichen Parteien politisch zu orientieren, DF/ZSO an der SPÖ und NSKS an der ÖVP. Das Verbindungsglied war in beiden Fällen die ideologische Richtung, die sie verkörperten, und eine Fülle von damit verbundenen Illusionen in diese Parteien und den von ihnen getragenen Staat. Zugleich trat auch die klassenmäßige Differenzierung in der Minderheit mehr hervor, und dies kam auch in den Forderungen deutlich zum Ausdruck.

Maßgeblich war diese Entwicklung durch den Rückgang des proletarischen Klassenkampfes ab Anfang der 50er-Jahre hervorgerufen, zu dem noch die traditionelle Schwäche der österreichischen Arbeiterbewegung auf dem Gebiet des Kampfes gegen den deutsch-österreichischen Chauvinismus und für die nationale Befreiung der von der österreichischen Bourgeoisie unterdrückten Völker kam. Diese Schwäche führte dazu, daß die Arbeiterbewegung lange Zeit die Bedeutung der Frage der slowenischen Minderheit kaum erkannte und ihren revolutionär-demokratischen Aufgaben nicht nachkam. Damit überließ sie auf diesem Gebiet das Feld der Bourgeoisie und bot der slowenischen Massenbewegung keine Perspektive und politische Orientierung.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Hinwendung dieser beiden Organisationen zu den bürgerlichen Parteien ungünstig auf die Entwicklung des Kampfes der slowenischen Massen ausgewirkt hat. Zugleich muß gesagt werden, daß beide Organisationen im wesentlichen gerechte Forderungen vertraten, vor allem die Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen auf politischem und kulturellem Gebiet. Lange Zeit bewirkte die Nichterfüllung dieser grundlegenden Forderungen der Minderheit keine Abwendung von den bürgerlichen Parteien, doch gab es stets Widersprüche und Kampf.

Von der Gründung der Organisationen an spielten die um sie gruppierten Kulturvereine eine wichtige Rolle bei der Erhaltung und Pflege der slowenischen Sprache

und Kultur, spielten die bei ihnen organisierten Menschen eine wichtige Rolle für die Erziehung eines Teiles der Jugend auf slowenisch und im Geiste der slowenischen Kultur, und dies gegen den Widerstand und gegen die bürokratische Behinderung durch den Staatsapparat.

Ein wichtiger Einschnitt in den Beziehungen der beiden slowenischen zentralen Organisationen untereinander ist die gemeinsame Herausgabe eines Memorandums der Kärntner Slowenen an die österreichische Bundesregierung am 11. Oktober 1955, wo auf Grundlage des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages konkrete Forderungen entwickelt werden, die bis heute ihre volle Gültigkeit haben und zumindest in den wichtigsten Fragen eine gute gemeinsame programmatische Grundlage für die volle Durchsetzung der demokratischen Rechte darstellen.

Keine einzige der Forderungen wurde erfüllt, außer der Forderung nach einer slowenischen Mittelschule. Jedoch ging die gesamte Bourgeoisie, die vereinigte Reaktion schon ein Jahr nach Gründung des slowenischen Gymnasiums daran, den obligatorischen zweisprachigen Unterricht in den Pflichtschulen abzuschaffen, und diesen Zustand ein Jahr später durch ein Bundesgesetz zu sanktionieren. Dies hatte keine Folgen bezüglich der grundsätzlichen Unterstützung der beiden großen Parteien durch die slowenischen Organisationen, obwohl sie sich in dieser Frage konsequent für einen obligatorischen zweisprachigen Unterricht aussprachen und in scharfen Widerspruch zu den beiden Parteien kamen. Es gab eine Protestversammlung, an der 600 Delegierte aus dem gesamten zweisprachigen Gebiet in Klagenfurt/Celovec teilnahmen und bei der ein obligatorischer zweisprachiger Unterricht gefordert wurde. In dieser Resolution hieß es:

„Die Delegierten aus allen Orten Südkärntens, versammelt auf einer gemeinsamen Versammlung des Rates der Kärntner Slowenen und des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten, haben die Lage der slowenischen Bevölkerung in Kärnten nach dem Erlaß des Landeshauptmannes vom 22.9.1958 überprüft, und nachstehende Resolution an die Bundesregierung beschlossen: (....)

3. Die slowenische Sprache ist nach dem Staatsvertrag in den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen und kann deswegen nicht Fremdsprache sein. Es ist Pflicht aller Zugewanderten in diesem Gebiet, daß sie beide Amtssprachen auf diesem Gebiete lernen, wie dies auch Pflicht der einheimischen Bevölkerung ist.

. . . . Im Gegenteil aber müssen wir feststellen, daß bei den verfassungswidrigen Unterschriftenaktionen nach Weisungen nationalistischer Organisationen vor allem zugewanderte Fremde mittun, unter ihnen auch Staatsbeamte und sogar Sicherheitsorgane, und auf diese Art einen Druck auf unseren wirtschaftlich zurückgesetzten und sozial abhängigen Menschen ausüben.

4. Unter diesen Umständen und angesichts der undemokratischen Methoden müssen wir schon von vorneherein den wie immer gearteten Resultaten der unkontrollierbaren und unkontrollierten Abmeldungen jede Gültigkeit absprechen und erklären, daß wir keine Lösung anerkennen werden, die nicht auch die Vorschläge der Minderheit berücksichtigt. Wir verlangen, daß endlich die zahlreichen bekannten Organisationen, deren Tätigkeit darauf abzielt und auch tatsächlich in der Richtung entfaltet wird, der slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, verboten werden. Wir betonen, daß wir im Fordern der Rechte, die uns nach der Verfassung und dem Staatsvertrag zukommen, so lange nicht nachlassen werden, bis die Regierung tatsächlich die Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen im Sinne unserer Vorschläge für die Verwirklichung der Bestimmungen des Artikel 7 des Staatsvertrages anerkennen und verwirklichen wird.

Klagenfurt, am 30. September 1958

Doch gelang es der Bourgeoisie, diesen Widerstand im Sande verlaufen zu lassen.

Eine Wende in der gesamten Politik und auch in der Politik der Minderheitenorganisationen zeichnet sich in den letzten acht Jahren ab. Sie ist gekennzeichnet durch eine Abwendung von den bürgerlichen Parteien, auf Grund der bitteren Enttäuschung in den letzten 20 Jahren, durch ein selbstbewußteres Auftreten, bei dem vor allem die Jugend eine hervorragende Rolle spielt, durch mehr Selbständigkeit im Denken und Handeln. Die ganzen Jahre hindurch, bis heute, gab es und gibt es Gebiete in Südkärnten, in denen die slowenische Minderheit sehr stark war und ist. In diesen Orten ist der Anteil der Schüler, die zum slowenischen Unterricht angemeldet sind, sehr hoch.

Es ist kein Zufall, daß dies gerade Orte sind,

die Zentren des antifaschistischen Befreiungskampfes waren, wie etwa Zell/Sele, Leppen/Lepena, Ebriach/Obirsko, Kömmel/Komelj und Eisenkappel/Zelezna Kapla. Auch sind das Orte, wo die kulturelle Tätigkeit und die politische Bewußtheit im Kampf um die Rechte der Minderheiten heute verhältnismäßig hoch entwickelt sind. Dies zeigt, daß das Festhalten an den revolutionären Traditionen und eine bewußte und konsequente Haltung im Kampf um die Rechte das wirksamste Mittel im Kampf gegen die Versuche der Vernichtung der slowenischen Minderheit durch die Bourgeoisie sind.

Seitdem der Kampf der slowenischen Minderheit einen Aufschwung genommen und der Prozeß der Loslösung von den bürgerlichen Parteien sich beschleunigt hat, zeichnet sich auch wieder in breiteren Teilen des gemischtsprachigen Gebietes eine solche Entwicklung des Festhaltens an den revolutionären Traditionen und an dem Kampf um nationale Rechte ab. 1977/78 ist auch erstmals der Anteil der Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht wieder gestiegen. 1977/78 betrug dieser Anteil 13,69% aller Volksschüler an den zweisprachigen Schulen gegenüber 11,5% 1976/77. Dies ist die eine Seite – der Kampf zunächst der Minderheit um ihre politischen Rechte und um ihre Selbstbehauptung – vor allem aber der politische und ideologische Kampf des Proletariats gegen Diskriminierung und Chauvinismus. Zugleich gilt aber, was die KPÖ 1949 feststellte, daß ohne den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, deren Herrschaft und die von ihr getragene Produktionsweise beständig die Lebensbedingungen der slowenischen Minderheit untergraben, eine dauerhafte und menschenwürdige Entwicklung der slowenischen Minderheit nicht gewährleistet werden kann.

Anhang A: Drei Südkärntner Ortschaften als Beispiele für die Entwicklung der slowenischen Bevölkerung Südkärntens

Am raschesten ging der Prozeß der Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung im Gailtal, südwestlich von Villach, und im Rosental, ebenfalls südwestlich von Klagenfurt, vor sich. Diese Gebiete liegen im direkten Einzugsgebiet der beiden großen Städte und sind von zwei wichtigen Verkehrsadern durchzogen.

Große Teile der in der Landwirtschaft überflüssig gewordenen Bevölkerung fanden Arbeitsplätze in den Industriebetrieben der beiden großen Städte. Der Raum südöstlich von Klagenfurt und Ferlach (der Großteil dieses Gebietes bildet den politischen Bezirk Völkermarkt) entwickelte sich langsamer, die größeren Industriezentren sind 40 und mehr Kilometer entfernt. Hier ist der Anteil der Wochenpendler ungleich höher als im südwestlichen Teil Kärntens. Die schwierigen und schlechten Arbeitsbedingungen führten dazu, daß ein relativ großer Teil der Bevölkerung entweder im Ausland oder in anderen Bundesländern Arbeit suchen mußte.

Zunächst sehen wir uns die Entwicklung im Dorf Tschachoritsch/Čahorče in der Gemeinde Köttmannsdorf/Kotmara vas an. Die Gemeinde ist 11 km von Klagenfurt/Celovec entfernt. 1951 betrug in dieser Gemeinde die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen noch mehr als die Hälfte, nämlich 53% aller Beschäftigten. In Industrie und Gewerbe waren 33,9% und in anderen Berufen 13,1% beschäftigt. Bis zum Jahre 1961 fiel die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 34,7%, während die Zahl der in Industrie und Gewerbe Tätigen auf 46,3% und der in anderen Berufen auf 19% anstieg. Bis heute setzt sich dieser Prozeß weiter fort.

War Tschachoritsch/Čahorče nach dem 2. Weltkrieg überwiegend bäuerlich, so war nach einer Untersuchung im Jahr 1970 nur mehr ein Haushalt ein Vollerwerbsbetrieb, die übrigen 9 bäuerlichen Haushalte bezogen schon aus einer anderen Tätigkeit ihre Haupteinkünfte. Die

überwiegende Zahl (29) waren Arbeiterhaushalte, 9 Angestelltenhaushalte und 2 kleine Gewerbetreibende, der Rest sind Pensionisten.

Die Arbeiter hatten fast alle eine Facharbeiterausbildung. Die Hälfte aller Arbeiterfrauen gingen einer Beschäftigung außerhalb des Haushaltes nach; sie verfügten über keine Ausbildung, und waren daher Hilfsarbeiterinnen oder Raumpflegerinnen in Klagenfurter Büros oder Privatvillen. Die Arbeiterhaushalte entstanden durch Hausstandsgründungen der Bauernkinder aus dem Dorf und durch Zuwanderung von Söhnen und Töchtern von Kleinbauern aus dem umliegenden hügeligen Gebiet. Sie zogen es vor, direkt an der nach Klagenfurt führenden Landstraße zu wohnen, als im relativ abgelegen Hügelland. Zwischen 1950 und 1960 entstanden so insgesamt 16 neue Haushalte, von denen nur zwei von Fremden gegründet wur[illegible]

Von 1960 – 1970 entstanden wiederum 16 Haushalte, die jedoch bereits zur Hälfte von Kärntnern aus dem rein deutschsprachigen Gebiet und von Zuwanderern aus anderen Bundesländern und dem Ausland gegründet worden waren.

Die Bauern und Nebenerwerbsbauern gaben nach 1960 ihre vielseitige Landwirtschaft auf und konzentrierten sich auf die Viehzucht. Sie besitzen maximal vier Kühe. Um aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen, verkauften sie Grundstücke. Die Nebenerwerbsbauern besitzen weniger als 10 ha Land, und selbst dieser Besitz nimmt kontinuierlich [illegible]

Von 1950 bis 1970 verließen 39 Menschen den Ort (ungefähr 30 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung). Die meisten wanderten aus wirtschaftlichen Gründen aus. Die Lage im Dorf hatte sich also so geändert, daß der überwiegende Teil der Berufstätigen den Arbeitstag in der Stadt verbrachte. Bei der Arbeit selbst mußte und muß weitgehend deutsch gesprochen werden, auch in den Supermärkten in der Stadt wird deutsch gesprochen, in die sich der Schwerpunkt der Einkäufe aus dem Dorf verlagert hatte. Dies schlug auch ins Dorf selber zurück. Im gesamten öffentlichen Leben mußte deutsch gesprochen werden, genauso mit den Zugewanderten, die großteils (¾) kein Slowenisch sprechen.

Die älteren Menschen gebrauchen auch heute noch zu 70% die slowenische Sprache. Die Menschen zwischen 40 und 65 Jahren sprechen zu 40% ca. abwechselnd slowenisch oder deutsch. In der Altersgruppe bis zu 18 Jahren sprechen nur noch 15% zu Hause slowenisch. Demgegenüber bildeten im Jahre 1950 die Haushalte, die nicht rein slowenisch waren, eine Ausnahme.

Die katastrophale Situation im Bildungswesen ist dadurch charakterisiert, daß im ganzen Dorf nur etwa 30 Leute das Slowenische auch in der Schriftsprache beherrschen. Etliche haben sich diese Kenntnisse ohne Schule selbständig erwerben müssen.

Ähnliche Entwicklungen gab es in allen Teilen Südkärntens.

Windisch Bleiberg/Slovenji Plajberk ist eine Bergbauerngemeinde. Hier hat der Prozeß der Proletarisierung der Bevölkerung erst 5–10 Jahre später eingesetzt. Der Ort ist zwar nur 25 km von Klagenfurt entfernt, er liegt einige Kilometer westlich von der Loibl-Tunnelstraße. Bis zur Asphaltierung der Straße aber war er schwer zu erreichen. Diese erfolgte um 1960. Die Vollerwerbsbauern bilden heute nur mehr 12% der Haushalte, den größten Teil der Bevölkerung bilden Nebenerwerbsbauern. Ein Drittel von ihnen geht keiner regelmäßigen zweiten Beschäftigung nach. Sie sind als Gelegenheits- oder Saisonarbeiter (vor allem als Holzfäller) bei den größten Grundbesitzern tätig. Die Arbeiterhaushalte machen etwa 15% aller Haushalte aus. Viele, die Arbeit suchten, sind abgewandert. Im Jahr 1960 hatte die Gemeinde noch ca. 600 Einwohner, 1970 waren es nur noch 480.

Der Fremdenverkehr machte sich in diesem Gebiet vor allem durch den Bau von Ferienbungalows bemerkbar (80 Stück in kurzer Zeit).

Über 85% der Bevölkerung beherrschen die slowenische Sprache, 60% gebrauchen sie im täglichen Leben.

Globasnitz/Globasnica ist ein Dorf im Bezirk Völkermarkt, das die Verhältnisse in diesem Gebiet gut widerspiegelt.

Der Anteil der Bauern und Arbeiterbauern ist insgesamt etwas höher als z.B. südwestlich von Klagenfurt. Vollerwerbsbetriebe gibt es noch 10%, wobei alle Familienangehörigen außer dem Besitzer selbst schon außerhalb des Hauses berufstätig sind. 32% sind Neben- oder Zuerwerbsbauern, die in Kühnsdorf/Sinča vas bei der Firma Leitgeb oder in Bleiburg/Pliberk einer zweiten Arbeit nachgehen. Im Vergleich zu Tschachoritsch/Čahorče gibt es bei den Neben-

erwerbsbauern neben der „Spezialisierung" auf die Milchwirtschaft auch einzelne, die sich auf Schweinezucht und Kälberzucht spezialisieren. Ins Auge sticht auch, daß in diesem Gebiet die Nebenerwerbsbauern bedeutend weniger in die Verbesserung ihrer Häuser und die Innenausstattung stecken können, weil das Geld vor allem für die landwirtschaftlichen Maschinen verwendet wird.

Angestelltenhaushalte sind hier, wie auch in Tschachoritsch/Cahorce ausschließlich aus Zugewanderten entstanden, ihre Mitglieder sind der slowenischen Sprache, mit kleinen Ausnahmen, nicht mächtig.

Die Arbeiterbauern verrichten hauptsächlich Hilfsarbeiten, ebenso ihre Frauen. Selbst die männlichen Arbeiter sind nicht einmal zur Hälfte Facharbeiter.

Der Unterschied zum südwestlichen Teil Kärntens besteht darin, daß die slowenische Sprache hier noch eine größere Bedeutung, nicht nur im Familienleben, sondern auch im Dorfleben hat, insbesondere auch bei der Arbeit, vor allem im bäuerlichen Arbeitsprozeß, aber auch bei der Lohnarbeit in den Fabriken, die im mehrheitlich slowenisch besiedelten Gebiet liegen.

(Nach Berichten auf den „Slowenischen Kulturtagen" 1972)

Anhang B: Die Staatsvertragsverhandlungen und die Frage der slowenischen und kroatischen Minderheiten

Die Staatsvertragsverhandlungen begannen im Jänner 1947, zu einem Zeitpunkt, wo die österreichische Bourgeoisie gemeinsam mit der englischen Besatzungsmacht die politische Macht in Unterkärnten fest in Händen hielt und eine Kampagne zur Niederwerfung der noch bestehenden slowenischen Befreiungsbewegung führte.

Die Südgrenze war somit für die Imperialisten und die herrschende Klasse eine ausgemachte Sache. Die Engländer errichteten die Sperrzone nicht, um ein „umstrittenes Gebiet" abzugrenzen, sondern um die Bedingungen für die Niederwerfung der revolutionären Bewegung in diesem Gebiet und um die Isolierung der einzelnen slowenischen Bevölkerungsteile besser betreiben zu können.

Trotzdem erhob die jugoslawische Regierung, die aus dem Volksbefreiungskrieg hervorgegangen war, erhebliche ansprüche auf Südkärnten, wobei sich ihr erster Forderungskatalog auch auf jene Gebiete bezog, die bereits in den vergangenen Jahrzehnten germanisiert worden waren und kaum mehr slowenisch besiedelt waren. Aus einem im Jahre 1949 veröffentlichten Notenwechsel zwischen der Regierung der UdSSR und der SVRJ weiß man, daß im April 1947 in Gesprächen zwischen Molotow, Wyschinski und Kardelj Einvernehmen über die wirkliche Lage und die Aussichten hinsichtlich der Gebietsansprüche erzielt wurden. Damals hielt Kardelj auch an einigen für Jugoslawien besonders wichtige Forderungen fest. *„Die erste Frage betreffe die Kraftwerke von Zvobek und Labod (Schwabegg und Lavamünd). Diese nach dem Anschluß von der Firma Alpen-Elektrowerke A.G. erbauten Kraftwerke seien von größter Bedeutung für die jugoslawische Elektrizitätswirtschaft. In der gegenwärtigen Weise ihrer Ausbeutung stellten sie einen Verlust für Jugoslawien dar, der in manchen Monaten annähernd eine Million Kilowattstunden erreiche. Diese Frage könne durch eine kleine Grenzberichtigung geregelt werden, für welche er Wyschinskij zwei Varianten unterbreite. Äußerstenfalls könnte diese Frage auch durch die Einräumung von Sonderrechten an Jugoslawien bei der Verwaltung dieser Werke geregelt werden.*

Die zweite Frage betreffe den besonderen Schutz der Kärntner Slowenen. Nach den Erfahrungen, die das slowenische Volk in Österreich gesammelt habe, könne man nach der Unterzeichnung des

Vertrages mit intensiven Germanisierungsversuchen rechnen. Selbst Maßnahmen, wie die Errichtung von zweisprachigen Schulen, die Österreich nach dem Zusammenbruch Deutschlands verfügt hat, um sich in nationaler Hinsicht tolerant zu zeigen, würden de facto nicht mehr durchgeführt. Aus diesem Grunde wäre es sehr wichtig, wenn diejenigen Maßnahmen, die bereits gesetzlich verankert seien, ausgebaut und als Bestandteil des Vertrages unter der Kontrolle der vier Mächte gestellt werden könnten. Ein Schema mit den Grundprinzipien einer solchen Regelung wurde beigelegt."(19)

Die österreichische Regierung – unterstützt von der KPÖ – lehnte Verhandlungen über Grenzänderungen ab und berief sich zu diesem Zweck auf die Ergebnisse des imperialistischen Plebiszits 1920.

Die österreichischen Delegationen bei allen Staatsvertragsverhandlungen waren stets der Meinung, im Namen der Kärntner Slowenen zu sprechen, kein einziges Mal aber kamen ihre Vertreter, etwa die OF, zu Wort. Hingegen waren immer wieder bekannte Deutschnationalisten, wie Schumy, Mitglieder der österreichischen Delegation. Die sowjetische Delegation, die in der jugoslawischen Regierung die Vertreterin der slowenischen Nation als ganzer sah, unterstütze die Forderungen der jugoslawischen Delegation prinzipiell, schlug aber vor, *„daß der Rat der Außenminister (das Gremium, das über den Staatsvertrag verhandelte und aus den vier Außenministern bestand) ein besonderes Komitee zum Studium"* der Frage einrichten solle. Über die Grundlinie der österreichischen Regierung bei den Grenzverhandlungen, die den annexionistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie entsprach, haben wir im letzten Teil dieses Artikels geschrieben.

Im Februar 1949 akzeptierte die jugoslawische Regierung im großen und ganzen die Grenzziehung von 1920. Bebler, der jugoslawische Außenminister, legte ein neues Programm vor. Die österreichische Regierung, der die US-Imperialisten immer mehr den Rück en stärkten, und die sich selbst immer mehr in eine Regierung des Propagierens des amerikanischen Imperialismus verwandelte, entfaltete in dieser Zeit vor allem in Österreich selbst, aber auch bei den Staatsvertragsverhandlungen immer mehr den antislowenischen Chauvinismus und weigerte sich jetzt sogar, über eine Autonomie für die Kärntner Slowenen zu verhandeln.

Wie wichtig es für die österreichischen Imperialisten war, Südkärnten weiter zu beherrschen, zeigt ein Bericht des US-Sonderbeauftragten bei Renner. Dieser fürchtete nämlich, daß die USA im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung Jugoslawiens kompromißbereit sein könnten. Er appellierte daher an die USA, der österreichischen Bourgeoisie doch dieses Gebiet nicht wegzunehmen. Real war diese Befürchtung Renners niemals. Die US-Imperialisten hatten aus den verschiedensten Gründen ein bedeutendes Interesse daran, dieses Gebiet nicht aus ihren Händen zu geben, und Kärnten war damals britische Besatzungszone. Abgesehen davon, erschien den USA Österreich das für ihre Interessen wesentlich sicherere politische *Gebilde* zu sein als Jugoslawien. Aus diesem Grunde lehnten sie auch einen französischen Vorstoß für eine „neuerliche Volksabstimmung" ab.

Die neuerlichen jugoslawischen Vorschläge waren:

1. Grenzberichtigungen im Zusammenhang mit den Draukraftwerken
2. Territoriale Autonomie für das slowenisch besiedelte Südkärnten
3. Reparationen Österreichs an Jugoslawien
4. Garantien für die Minderheitenrechte der Slowenen in ganz Österreich und für die Kroaten.

Die österreichische Regierung erklärte sich überhaupt nur zu einer programmatischen Aufnahme der Minderheitenrechte in den Staatsvertrag bereit. Eine territoriale Autonomie lehnte sie ab, da sie wußte, daß diese ihrer Germanisierungspolitik in die Arme fallen würde.

Eine Regelung der Frage der Draukraftwerke erfolgte erst Anfang der 50er-Jahre durch von der UNO vermittelte zwischenstaatliche Verhandlungen.

Selbst aber zur Frage der Autonomie und zur Garantierung der Minderheitenrechte ließ die österreichische Regierung die nationalen Minderheiten nicht zu Wort kommen. Selbst zu einer ausdrücklichen Anerkennung der Minderheitenrechte über die betreffenden Verfassungsbestimmungen hinaus war der österreichische Außenminister nur deshalb bereit, weil die Delegation der UdSSR die westlichen Delegation zu einer entsprechenden Einflußnahme auf die österreichische Regierung veranlaßt.

Ein österreichischer Historiker kennzeichnet die Haltung der sowjetischen Delegation, der es um einen möglichst raschen Abschluß des

Staatsvertrages und damit der Wiederherstellung Österreichs als souveränem Staat ging, so: „*Wyschinskij bemerkte, Jugoslawiens Ansprüche seien gerechtfertigt, doch könne man den Österreich-Vertrag nicht ad infinitum hinausschieben ...*"(20)

Die sowjetische Delegation legte daher Anfang Juli gemäß dem allgemeinen Übereinkommen einen Katalog der Minderheitenrechte in den Vertrag aufzunehmen, einen solchen vor

„*1. Die slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, dem Burgenland und Steiermark genießen die gleichen Rechte wie alle übrigen österreichischen Staatsbürger einschließlich des Rechtes, eigene Organisationen zu besitzen und Versammlungen abzuhalten sowie des Rechtes auf den Gebrauch ihrer Muttersprache.*

2. Sie sind berechtigt, den Elementarunterricht in der slowenischen und kroatischen Sprache zu erhalten und eine ihrer Verhältniszahl entsprechenden Anzahl von Hauptschulen (Mittelschulen zu besitzen. Im Zusammenhang damit sollen die Lehrpläne revidiert und eine Schulinspektion für die slowenischen und kroatischen Schulen geschaffen werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken mit slowenischer oder kroatischer oder gemischtsprachiger Bevölkerung ist die slowenische oder kroatische Sprache als offizielle Sprache neben der deutschen zugelassen; Ortsbezeichnungen und Aufschriften sollen in beiden Sprachen aufscheinen.

4. Die slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, dem Burgenland und Steiermark nehmen an dem kulturellen Leben, der öffentlichen Verwaltung und dem Justizwesen der oben erwähnten Gebiete gleichberechtigt mit allen übrigen österreichischen Staatsbürgern teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, deren Ziel die Entnationalisierung der slowenischen und kroatischen Minderheiten ist, ist verboten."

Die Westmächte antworteten darauf mit einem eigenen Vorschlag

„*1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen sprachlichen Minderheiten („linguistic minorities") in Kärnten, Burgenland und Steiermark, sollen Rechte unter gleichen Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen, einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache erhalten.*

2. In Städten und Bezirken, in denen ein beträchtlicher Anteil („considerable proportion") solcher Staatsangehöriger wohnhaft ist, haben diese Staatsangehörigen Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und, im Verhältnis zu ihrer Anzahl, auf Unterricht in ihrer Sprache in Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne soweit als notwendig revidiert werden, und eigene Schulinspektoren für den Unterricht in der slowenischen und kroatischen Sprache werden bestellt werden.

3. In Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit einem beträchtlichen Anteil („considerable proportion") österreichischer Staatsbürger, die den slowenischen oder kroatischen sprachlichen Minderheiten („linguistic minorities") angehören, wird die slowenische oder kroatische Sprache als Amtssprache zusätzlich zum Deutschen zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur („topographical terminology and inscriptions") sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen oder kroatischen sprachlichen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten unter gleichen Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Österreich verpflichtet sich, alle Tätigkeiten zu verbieten, die darauf abzielen, den Rechten seiner Staatsbürger der slowenischen oder kroatischen sprachlichen Minderheiten, wie sie in den vorhergehenden Paragraphen definiert wurden, Abbruch zu tun."

Derselbe Historiker berichtet über die Debatte zwischen den Delegationen

„*In den folgenden Tagen kam es zu eingehenden Beratungen über die russische und die britische Vorlage. Mallet erklärte, der englische Entwurf basiere auf dem sowjetischen, es bestehe kein fundamentaler Unterschied zwischen beiden Entwürfen. Zarubin widersprach – die Ähnlichkeit liege nur darin, daß beide Entwürfe aus fünf Paragraphen bestünden. Zarubins Einwände gegen den britischen Entwurf betrafen vor allem drei Probleme:*

Erstens opponierte Zarubin dagegen, daß sich der westliche Entwurf auf die sprachlichen Minderheiten („linguistic minorities") beziehe. Er berief sich auf die Minderheitenschutzbestimmungen des Vertrages von Saint-Germain. Dort war

tatsächlich in Artikel 67 von „minorités ethniques, de religion ou de langue" die Rede. Der Begriff „ethnische Minderheit" kann auch mit „nationale Minderheit" wiedergegeben werden; allerdings kommt dem Wort „national" gerade im Französischen und Englischen eher eine politisch-staatliche als eine ethnisch-kulturelle Bedeutung zu. Im sowjetischen Entwurf war vom Schutz der „nationalen Minderheiten" die Rede; dies mag dazu beigetragen haben, daß der französische wie der englische Delegierte ihrem russischen Kollegen vorwarfen, sein Entwurf würde einen „Staat im Staate" schaffen. Zarubin wies diesen Vorwurf ausdrücklich als unbegründet zurück; dies scheint es den Westmächten erleichtert zu haben, einzulenken. Zunächst erklärte sich der Amerikaner Reber bereit, das Wörtchen „linguistic" fallenzulassen, die Engländer waren erst einige Tage später dazu bereit.

Ein zweiter Einwand Zarubins richtete sich gegen die englische Textierung des Schulparagraphen, und zwar besonder gegen die Einschränkung slowenischen oder kroatischen Schulunterrichts auf Städte und Bezirke mit einem „beträchtlichen Anteil" von Angehörigen der Minderheit, die Debatte darüber war recht heftig. Als Ergebnis ließen jedoch die Westmächte den Hinweis auf die „considerable proportion" fallen – es handelte sich übrigens um einen Begriff, der auch in Minderheitenschutzbestimmungen nach dem Ersten Weltkrieg eine Rolle gespielt hatte. Auch in der gegenüber dem britischen Entwurf veränderten endgültigen Regelung des Mittelschulwesens – Anspruch der Minderheiten „auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen" – lag ein Entgegenkommen an die ursprünglichen russischen Vorschläge. Übrigens entfiel auch im dritten Paragraphen, der die Amtssprache und die topographischen Bezeichnungen betraf, der von den Engländern vorgeschlagene Hinweis auf Verwaltungs- und Gerichtsbezirke mit einem „beträchtlichen Anteil" von Angehörigen der Minderheiten. Die russische Alternative, nämlich Hinweis auf Bezirke „mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung", setzte sich durch und hat in den endgültigen Text Eingang gefunden.

Ein dritter Einwand Zarubins bezog sich auf das Verbot von Tätigkeiten, die den Rechten der Minderheiten Abbruch taten. Ihm war die westliche Formulierung zu milde. Andererseits war den westlichen Delegierten die sowjetische Alternative nicht recht, die vom Verbot von Organisationen sprach, die sich die „Entnationalisierung" der Minderheiten zum Ziel gesetzt hätten. Was „Entnationalisierung" eigentlich bedeute, wurde Gegenstand einer Sprachdebatte; der Franzose Berthelot fand den Begriff verwirrend. Schließlich war Zarubin bereit, darauf zu verzichten. Am 24. August waren sich die vier Sonderbeauftragten soweit einig, daß sie den Text des Minderheitenschutzartikels einem Redaktionsausschuß überwiesen, der allerdings 1949 nicht mehr zusammentrat. De facto ist der von den Sonderbeauftragten im August 1949 vereinbarte Text im Mai 1955 mit nur einer ganz geringfügigen Änderung als Artikel 7 in den endgültigen Text des Staatsvertrages übernommen worden."

Die sowjetische Delegation hatte somit erreicht, daß der Schutz der Minderheiten, im Gegensatz zum imperialistischen Vertrag von Saint-Germain, unabhängig von einer „verhältnismäßigen Zahl" erfolgen solle. Die nationalen Minderheiten werden im Staatsvertrag nicht zu „Sprachminderheiten" herabgewürdigt und eine, wenn auch schwächere Form des Verbots von die Entnationalisierung betreibenden Organisationen wurde aufgenommen.

Die Verhandlungen über den Staatsvertrag zeigen hinsichtlich der Haltung der österreichischen Regierung, der Besatzungsmächte und der politischen Kräfte in Österreich an und für sich nichts anderes als die bisherige Analyse der Jahre 1945–1949 bereits gezeigt hat. Ihr Resultat änderte sich seit 1949 bezüglich der Minderheitenrechte nicht mehr

Anhang C: Die Entwicklung der Politik der KPÖ zur Minderheitenfrage von 1949 bis zur vollständigen revisionistischen Entartung

Die Landeskonferenz der KPÖ Kärntens 1948 (siehe Kommunist 6/77) wies darauf hin, daß die Partei den Kampf gegen die Diskriminierung, gegen den Chauvinismus und für das Selbstbestimmungsrecht vernachlässigt habe. Zugleich betonte die Landeskonferenz, daß man die Auseinandersetzung um den Beschluß des KOMINFORM Büros nicht als Vorwand betrachten könne, um den Kampf gegen die Unterdrückung der slowenischen Minderheit hintanzustellen. Ein erster Schritt, um diese Selbstkritik in die Tat umzusetzen, war der Vorschlag der KPÖ Kärntens für ein Autonomiestatut für die Kärntner Slowenen im Mai 1949

Im Februar 1949 hatte auch die jugoslawische Delegation die Grenzziehung von 1918 im wesentlichen anerkannt und die Forderung nach territorialer Selbstverwaltung für Südkärnten erhoben. Die österreichische Regierung hatte diese Forderung entschieden abgelehnt. Nur die KPÖ stellte sich dieser reaktionären Haltung entgegen und erhob ihrerseits die Forderung nach territorialer Autonomie für Südkärnten. Wir haben die Grundzüge der Autonomieforderung bereits im ersten Kapitel dargestellt. Die KPÖ war sich auch im klaren darüber, daß die Durchsetzung der Forderung nach Autonomie nicht nur für die Kärntner Slowenen von entscheidender Bedeutung war, sondern auch für die österreichische Arbeiterklasse. Deshalb rief sie auch zur Bildung einer „Einheitsfront der Kärntner Slowenen und der österreichischen Arbeiterschaft in Kärnten" auf.

Im Juli 1949 brachte die KPÖ-Fraktion im Kärntner Landtag einen Vorschlag zur Regelung der Minderheitenfrage ein, den sie damals damit begründete, daß für eine Beschleunigung der Staatsvertragsverhandlungen die positive Regelung dieser Frage nur förderlich sein könne.

Im einzelnen forderte sie: Die vollständige Gleichstellung des Slowenischen als Amtssprache bei allen öffentlichen Stellen, die Ausstrahlung regelmäßiger slowenischer Sendungen im Sender Klagenfurt, einen zweisprachigen Unterricht, der im Lebensgebiet der Minderheit jedoch auf dem Slowenischen als genereller Unterrichtssprache aufbauen muß, die Errichtung slowenischer bzw. zweisprachiger Mittel- und Landwirtschaftsschulen und die Eröffnung zweisprachiger Lehrerbildungsanstalten; im gesamten Lebensgebiet der slowenischen Minderheit müssen die Beamten und die Exekutivorgane aus der einheimischen Bevölkerung stammen und der slowenischen Sprache mächtig sein, der materielle Schaden, den die Nationalsozialisten den slowenischen Genossenschaften und Organisationen sowie einzelnen slowenischen Bürgern zugefügt hatten, müsse von Staats wegen voll und ganz ersetzt werden. Zu allem kam noch die Forderung nach einem generellen Verbot der Diskriminierung; ausdrücklich forderte die KPÖ das Verbot aller Organisationen, die die Entnationalisierung der Kärntner Slowenen zum Ziel haben.

Ab 1950 ergriff die KPÖ kaum mehr Initiativen zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Sie beschränkte sich im Kampf gegen die Diskriminierung auf das Anprangern einzelner empörender Vorfälle und den ideologischen Kampf gegen die chauvinistische Hetze der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse.

Zugleich scheint die Auseinandersetzung um die KOMINFORM-Resolution tatsächlich den Kampf für die Minderheitenrechte und gegen den Chauvinismus überlagert zu haben. Wir finden jedenfalls in der ganzen ersten Hälfte der 50er-Jahre ständig den Vorwurf gegenüber Jugoslawien, die Gebietsansprüche 1947–1948 seien imperialistisch gewesen und Jugoslawien hätte immer noch solche Ambitionen gegenüber Österreich. Im Namen des ZK erklärte

Zucker-Schilling am 15. Parteitag: *Ihr erinnert Euch noch an die Zeit, wo Tito seine territorialen Forderungen gegenüber Österreich besonders laut und nachdrücklich forcierte. Er forderte einen Teil der Steiermark und einen Großteil Kärntens, einschließlich der Landeshauptstadt Klagenfurt. Und er verlangte von der Sowjetregierung, daß sie diese rein imperialistische Forderung nicht nur mit allen, auch militärischen Mitteln, unterstützen sollte, sondern daß sie sie auch zur entscheidenden Bedingung für den Abschluß des Staatsvertrages machen solle. Das heißt, die Gebietsforderungen Titos gegenüber Österreich hatte den rein provokatorischen Zweck, den Staatsvertrag zu verhindern, und die Schuld dafür von den Westmächten, die hinter dieser Provokation steckten, auf die Sowjetunion abzuschieben."* (Pr 146) Und Hans Kalt, damals ein führendes Mitglied der KPÖ Kärntens: *„Hat die faschistische Titobande heute etwa ihre imperialistischen Raubpläne gegenüber Österreich aufgegeben? Natürlich nicht. Diese Pläne sind heute ernsthafter denn je. Als willfähriger Agent der amerikanischen Imperialisten rechnet Tito dabei auf das Entgegenkommen seiner Herrn. Und diese kommen Tito gern entgegen, da die Kosten nicht sie selber zu tragen haben."* (Weg und Ziel 1951, Seite 471f). Wir haben bereits im dritten Teil dieser Artikelserie darauf hingewiesen, daß die sozialistische UdSSR niemals die Vorschläge der jugoslawischen Regierung als imperialistisch beurteilt hat, wir haben dort auch zu zeigen versucht, in welcher Weise eben jene Imperialisten, die als die Drahtzieher der Lostrennungspläne bezeichnet werden, eine demokratische Regelung, auf dem Prinzip der Selbstbestimmung fußend, verhindert haben. Auf der Grundlage dieser Einschätzung der jugoslawischen Forderungen, beurteilte die KPÖ die „DF", eine der beiden Organisationen der Kärntner Slowenen, als eine Organisation von Titoagenten und äußerte sich niemals zu den Forderungen der beiden 1949 gegründeten slowenischen Organisationen in einer breiteren Öffentlichkeit.

Die KPÖ führte zugleich einen Kampf gegen die bürgerliche Hetze gegen den Partisanenkampf und gegen den Slowenischunterricht sowie gegen andere chauvinistische Exzesse. Sie trat jedoch nicht mehr mit einem Forderungsprogramm für die Minderheitenrechte hervor.

Nach der Beschlußfassung des Staatsvertrages setzte sich die KPÖ für seine buchstabengetreue Erfüllung ein. Eine Landeskonferenz der KPÖ Kärnten erklärte 1957 ihre Bereitschaft, den Kampf der Kärntner Slowenen für die Erfüllung des Staatsvertrages zu unterstützen. *„Dort, wo der slowenischen Bevölkerung Rechte vorenthalten werden, und sie dafür den Kampf aufnimmt, werden wir diesen Kampf unterstützen"*, hieß es in der Resolution der Landeskonferenz. Von der selbständigen Aufgabe des Proletariats, sich vom Chauvinismus loszusagen, sich der Bourgeoisie frontal entgegenzustellen und deshalb alle Ungleichheit und Diskriminierung zu bekämpfen, war bereits keine Rede mehr.

Die KPÖ prangerte die Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts als chauvinistische, antislowenische Maßnahme an, ergriff jedoch nicht positiv für seine Beibehaltung Partei, und machte dies nicht zum Gegenstand ihres Kampfes. Über die Schulstreiks berichtete sie erst, nachdem die slowenischen Organisationen ihr Scheitern bewiesen hatten. Sie empfahl jedoch den slowenischen Eltern, ihre Kinder trotz der Hetze zum Unterricht anzumelden. Eine der Ursachen für die Nichtaufstellung der Forderung nach der Beibehaltung des zweisprachigen Unterrichts dürfte die Haltung der KPÖ gewesen sein, daß es nicht angehe, daß Deutschsprachige gezwungen würden, slowenisch zu lernen. Die KPÖ selbst riet jedoch auch den Eltern deutschsprachiger Kinder, ihre Kinder freiwillig slowenisch lernen zu lassen.

Zu den beiden Gesetzen 1959 war die Haltung der KPÖ ähnlich. Selbstverständlich lehnte sie die beiden Gesetze im Nationalrat ab. Der Abgeordnete der KPÖ, Koplenig, begründete diese Ablehnung damit, daß diese Gesetze den Entnationalisierungsplänen der herrschenden Klasse neue Nahrung verschaffen, daß sie weder die Gleichberechtigung der Minderheit sicherstellen, noch den Artikel 7 des Staatsvertrag erfüllen. Koplenig wies auch auf den in diesen Gesetzen enthaltenen Gedanken einer Minderheitenfeststellung hin und prangerte ihn als besonders reaktionär an. Trotzdem brachte die KPÖ keinen Gegenvorschlag ein und spielte der Kampf gegen die beiden Gesetze keine besondere Rolle in ihrer Zeitung oder in ihrer übrigen Politik. Dies auch etwa im Vergleich zur ebenfalls damals aktuellen Frage der Südtiroler, zu deren Status und deren Rechten in Italien die KPÖ hektische Aktivitäten entwickelte.

Die Haltung der KPÖ zu den Slowenenorganisationen war so, daß sie deren Stellungnahmen wahrscheinlich als einzige deutschsprachige politische Kraft an die Öffentlichkeit brachte. Zugleich warf sie ihnen Inkonsequenz bei der

Erreichung ihrer Ziele vor. Vor allem kritisierte sie ihre enge Bindung an die bürgerlichen Parteien. Zugleich zeigten sich aber in dieser Kritik merkwürdige Züge. Der „Volkswille" kommentierte die Haltung der Slowenenorganisationen zu den beiden Gesetzen am 18.3.: *„Tischler und Zwitter . . . , die sehr starke Worte gegen die Regierung gebrauchten, ohne mit einem Wort zu erwähnen, daß in 7 Wochen auch die Kärntner Slowenen über das Schicksal der Regierung mitentscheiden müssen (das waren nämlich Wahlen) . . . . Die Slowenen werden nur dann ihr Recht erreichen, wenn sie auch bei den Wahlen die richtige Konsequenz ziehen und die Kommunisten im Parlament stärken."*

Mit der Ausweitung des Revisionismus in der KPÖ ging auch eine Verfälschung der revolutionären Geschichte und der Positionen der KPÖ einher. Hatte die KPÖ 1948,49,50 noch einen ideologischen Kampf gegen die 10.-Oktober-Hetze (dem Jahrestag der Volksabstimmung 1920) geführt, so hat sie in den 50-er Jahren den Kampf gegen diesen alljährlichen Jahrestag extremster chauvinistischer Hetze weitgehend eingestellt; anfang der 60-er Jahre aber begann sie eine vollkommen den Auffassungen der Sozialdemokratie entsprechende Propaganda an diesem Tag aufzunehmen. So finden wir im Oktober 1960 in der Zeitung der Ferlacher Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit Artikel, die Volksabstimmung und Abwehrkampf ganz in sozialdemokratischer Manier dazu benützten, um die bürgerliche Republik als Heimatland der Arbeiter zu propagieren. *„Wir stehen treu zur Wahrheit des Abwehrkampfes! Die Arbeiter haben Republik, Demokratie und soziale Errungenschaften in Kärnten verteidigt."*

Mit der Durchsetzung des modernen Revisionismus auf allen Gebieten der politischen Arbeit der Partei, wurden die chauvinistischen und reformistischen Abweichungen in der Politik der KPÖ zur Lage der slowenischen Minderheit immer mehr zur Hauptseite ihrer Politik. Das haben wir kursorisch gezeigt. Praktisch war dies mit einer ständigen Kapitulation der Partei vor der chauvinistischen Hetze verbunden, die eben deswegen, weil die Partei den offenen ideologischen Kampf gegen den Chauvinismus eingestellt hatte, auch immer mehr Mitglieder der KPÖ beeinflussen konnte.

Nach 1960 traten die letzten positiven Elemente in der Politik der KPÖ in der Minderheitenfrage endgültig und für immer in den Hintergrund. Als dann die slowenische Massenbewegung in Südkärnten gemeinsam mit der demokratischen Bewegung in ganz Österreich einen Aufschwung nahm, gehörte die KPÖ längst zu den Feinden dieser Bewegung und versuchte diese vor allem durch innere Untergrabung zu schwächen, zu spalten, und letztlich zu Grunde zu richten. Das bürgerliche, chauvinistische Wesen der heutigen Linie der revisionistischen KPÖ zeigte sich immer offener und trat in der Erklärung der Kärntner Landesparteileitung zum Volksgruppengesetz im September 1976 in noch nicht dagewesener Eindeutigkeit an den Tag.

Anmerkungen

(1) Der Historiker Dr. Hans Haas hat einige diese Fragen betreffenden Untersuchungen durchgeführt und zu deren Ergebnissen in der vom Slowenischen Wissenschaftlichen Institut veröffentlichten Schrift „Raumplanungsgespräch" folgendes festgehalten:

„Um es klar zu sagen: Ich halte die Annahme, daß die Germanisierung eine selbstverständliche Begleiterscheinung der Industrialisierung sei, für unrichtig. Der Automatismus gesellschaftliche Modernisierung – Germanisierung ist alles andere als „natürlich" er ist gemacht und wird in Gang gehalten. Für die 20er und 30er Jahre habe ich den Mechanismus nachgewiesen, mit dem er auf politischem GEBIET permanent betätigt wurde: mit Schule und Kultur, mit Hilfe der politischen Parteien, der Personalpolitik und Verwaltung, wirtschaftlicher Maßnahmen. Für die Gegenwart liegen mir entschieden zu wenig Daten vor, um eine derartige These glaubwürdig vertreten zu können, dennoch habe ich den Eindruck, daß sich hier nichts Grundsätzliches geändert hat."

„Nun ich habe in meinem Referat versucht, die These zu verdeutlichen, daß früher beinahe ausschließlich slowenische, heute zum Teil gemischtsprachige Gebiete Kärntens das spezielle 'Ausbeutungsgebiet', 'Nutzobjekt' der herrschenden deutschbürgerlichen Schichten darstellen. Unterkärnten war also so etwas wie eine unangefochtene Kolonie der deutschbürgerlichen Oberschicht und ihrer regionalen Sachwalter der deutschfreundlichen Slowenen." „Angenommen also, daß die deutschsprachige Mehrheit nicht mehr die Möglichkeit hat (die herrschende Klasse dieser Mehrheit, Red.), alle diese politischen Methoden anzuwenden, die auf die Entnationalisierung abzielen, dann erst werden die Slowenen imstande, ihre eigene Arbeitskraft sowie die Ressourcen ihres Gebiets auch in einer, ihren ethnischen Interessen dienenden Weise zu verwenden."

Hans Haas, Raumplanungsgespräch Südkärnten, veröffentlicht vom Slowenischen Wissenschaftlichen Institut, Wien 1977 S. 24, 87, 89

(2) Eigene Übersetzung aus „Slovenski borec" (Der slowenische Kämpfer), Herausgegeben von der KPÖ, 5.5.1949

(3) Nach Singer „Ekonomska revija" (Ökonomische Revue) Ljubljana, 2/1951 S. 106 und „Koledar Slovenske Koroške" (Kalender für das Slowenische Kärnten), 1951 S. 58

(4) „Gospodarska socialni Problemi koroških Slovencev" (Die wirtschaftlich-sozialen Probleme der Kärntner Slowenen), Tainach/Tinje 1974 S. 20/21

(5) St. Karner, Kärntner Wirtschaft 1938 – 1945, S. 121

(6) Koledar Slovenske Koroške 1949, S. 45

(7) ebenda

(8) Koledar Slovenske Koroške 1951, S. 58

(8a) ebenda

(9) St. Karner a.a. S. 263 ff

(10) siehe „Kärntens gewerbliche Wirtschaft von der Vorzeit bis zur Gegenwart", herausgegeben von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Kärnten, Klagenfurt/Celovec 1953

(11) siehe „25 Jahre Kärntner Wirtschaftsgeschichte 1951 1976" hgg. von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Kärnten, Klagenfurt/Celovec 1976

(12) L. Flaschberger, Raumplanungsgespräch, S. 89

(13) Koledar Slovenske Koroške 1954 S. 36

(14) zitiert nach „100 Jahre Saurbergbau" von Dr. J. Tischler, Klagenfurt/Celovec 1957 S. 70

(15) „Razprave in gradivo" (Abhandlungen und Materialien), Ljubljana 1960, S. 163

(16) ebenda, S. 165

(17) Nach „Kärntner Landeszeitung" 18.12.1953 und „Koledar Slovenske Koroške" 1954, S. 40

(18) ebenda

(19) G. Stourzh, Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages, Styria Verlag, Wien/Graz/Köln, 1975

(20) Stourzh, a.a., S. 54

(21) Stourzh, a.a., S. 58f

Die Slowenen in Kärnten

Teil I: Von 1848 bis zum Zweiten Weltkrieg (Nr. 3/77)
Teil II: Der antifaschistische nationale Befreiungskampf (Nr. 6/77)
Teil III: Nach 1945: Die Imperialisten verhindern eine demokratische Lösung (Nr. 9/77)
Teil IV: Von 1949 bis in die 60er Jahre (Nr. 3/78)

In den letzten Jahren ist der Kampf der nationalen Minderheiten in Österreich, insbesondere der der Slowenen in Kärnten und an ihrer Seite aller fortschrittlichen und revolutionären Kräfte im ganzen Land gegen nationale Unterdrückung, Zwangsgermanisierung und Chauvinismus sowie für die demokratischen Rechte der Minderheiten zu einer der wichtigsten Fragen des Klassenkampfes geworden. Die Artikelserie im „Kommunist" behandelt die Geschichte der Unterdrückung der slowenischen Minderheit durch die imperialistische österreichische Bourgeoisie und die Geschichte des Kampfes der Slowenen sowie der revolutionären Arbeiterbewegung gegen diese Unterdrückung. Im Programm des KB heißt es: *„Die Entwicklung des Kapitalismus führte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zur Herausbildung der österreichischen Nation. Diese war zugleich die Unterdrückernation innerhalb der Habsburgermonarchie. Im Zuge der imperialistischen Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg verblieben bei der neugegründeten Republik Deutsch-Österreich nationale Minderheiten, denen die imperialistische Bourgeoisie jegliche nationalen Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht vorenthielt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verweigerte der Imperialismus den Slowenen erneut das Recht auf Selbstbestimmung. Die rasche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die fortgesetzte Entnationalisierungspolitik der österreichischen Bourgeoisie beschleunigen seither den Prozeß der gewaltsamen Assimilierung der nationalen Minderheiten. Weiterhin bedroht die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie die Existenz der nationalen Minderheiten in Österreich.*

Die Kommunisten kämpfen gegen jeden Chauvinismus, da er nur darauf gerichtet ist, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten, ihren Zusammenschluß im Klassenkampf zu verhindern und sie an die Bourgeoisie zu ketten. Deshalb treten die Kommunisten für die volle Verwirklichung der demokratischen Rechte der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ein." Und das Programm erhebt folgende Forderungen: *„Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.*

Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens, Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.

Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.

Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.

Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten."

Im Kampf um die Rechte der Minderheiten sammelt das Volk Kräfte für den Sturz des Kapitalismus. Der Sozialismus wird die vollständige Gleichberechtigung der Minderheiten verwirklichen. Die Volksmassen aller Nationalitäten werden Schulter an Schulter den Kampf um den Aufbau des Sozialismus führen.

Zum 40. Jahrestag des 11. März 1938

(Rede bei den Versammlungen des KB Österreichs)

Genossinnen und Genossen!

Am 11. März überschritten die ersten hitlerfaschistischen Truppeneinheiten, Polizeimannschaften, SA- und SS-Einheiten, als Vorausabteilungen die österreichische Grenze. Am Morgen des 12. März folgte die Hauptmacht der Aggressions- und Annexionsstreitkräfte. Am 13. März erklärte Hitler Österreich als von der europäischen Landkarte ausgelöscht und zum „Land des Deutschen Reiches"

Zwei Tatsachen müssen festgehalten werden.

Erstens: Die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes war gegen die Annexion an Hitlerdeutschland, beträchtliche Teile leisteten aktiven Widerstand

Zweitens: Es ist dennoch der Arbeiterklasse und dem Volk nicht gelungen, sich dem Hitlerfaschismus erfolgreich in den Weg zu stellen und seine Pläne zu vereiteln.

Daß die Bourgeoisie, die bürgerlichen Politiker, die reformistischen und revisionistischen Volksfeinde und Arbeiterverräter die Gründe dieser Niederlage des österreichischen Volkes heute nicht untersuchen, versteht sich von selbst. Sie selbst sind es ja, die die Schuld an dieser Niederlage tragen. Und um diese verbrecherische Schuld von sich abzuwälzen und sie dem Volk in die Schuhe zu schieben, wird der Widerstand und die wirkliche Haltung des Volks vertuscht. Die heutigen bürgerlichen Geschichtsbetrachtungen – von Kreisky und der „Kronenzeitung" bis zu den Neonazis – bauen allesamt auf der von Hitler selbst in die Welt gesetzten Lüge auf, das österreichische Volk sei für den „Anschluß" an Hitlerdeutschland gewesen. Gerade weil es nicht nur, wie von diesen Geschichtsfälschern und Beschönigern des Faschismus vielleicht gerade noch konzediert wird, passive Ablehnung, Trauer, Mißtrauen gab, sondern offenen Widerstand, versuchte Hitler mit allen Mitteln und in allen seinen Reden nach der Rückkehr aus Wien, am 13. März unter Beweis zu stellen, daß er nicht „als Tyrann, sondern als Befreier" nach Österreich gekommen sei. „Österreichs Volk hat nach mir gerufen und ein Strom von Liebe ist mir entgegengeschlagen, wie ich ihn niemals größer empfunden habe." Jene, die sich an diesem Liebesstrom nicht beteiligt hätten, wären „nur eine verschwindende, lächerliche Minderheit im österreichischen Lande." Mit diesen Worten kann man es heute nicht mehr sagen. Auch kann man Hitler heute nicht mehr als „Befreier" feiern. Nicht weniger verlogen und übel ist aber die Behauptung, *das österreichische Volk* hätte Hitler damals als „Befreier" gefeiert. Weil sie selber – vom Kardinal Innitzer bis zu den Renner und den „linksradikalen" Führern der Revolutionären Sozialisten wie Buttinger – weil sie selber damals Hitler als „Befreier" gefeiert bzw. die Annexion als „historischen Fortschritt" gerechtfertigt haben, und weil sie das vertuschen und gleichzeitig rechtfertigen wollen – deshalb verbreiten sie heute diese Lügen.

Bevor wir uns die Tatsachen ansehen, die wirklichen, politischen Kräfteverhältnisse, werfen wir noch einen flüchtigen Blick auf die unmittelbare Vorgeschichte des hitlerischen Überfalls auf Österreich.

Anfang 1938 war die „Lösung der österreichischen Frage" für Hitler zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. Die Kriegsvorbereitung Deutschlands erforderte die Aneignung und volle Nutzung der materiellen und menschlichen Produktivkräfte Österreichs für die faschistische Kriegswirtschaft.

Außerdem bedurfte der Hitlerfaschismus für seine Expansions- und Aggressionspolitik gegen Osteuropa Österreichs als militärisches Sprungbrett. Am 5. November 1937 bereits hatte Hitler bei einer Besprechung mit den Spitzen der „Wehrmacht" das Annexionsprogramm des deutschen Imperialismus entwickelt, erklärt, daß es zur Lösung der deutschen Frage nur den Weg der Gewalt geben könne, und die Eroberung Österreichs und der Tschechoslowakei bei der ersten, günstig erscheinenden Gelegenheit als die nächste Aufgabe bezeichnet. Auch wuchs der antifaschistische Widerstand in Österreich ständig an. Die Zeit drängte für Hitler. Am 12. Februar 1938 diktierte Hitler in Berchtesgaden Schuschnigg Bedingungen, die praktisch auf den Verlust der Selbständigkeit Österreichs hinausliefen und forderte die Ernennung des österreichischen Faschistenführers Seyss-Inquart zum Innen- und Sicherheitsminister. Diese Forderung wurde am 16.2.1938 erfüllt.

Der Kampf des österreichischen Volkes gegen den Hitlerfaschismus

Die Arbeiter- und Volksbewegung gegen den Hitlerfaschismus wuchs besonders nach Berchtesgaden gewaltig an. In Graz und anderen Städten kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den Nazis. Binnen 48 Stunden unterzeichneten 1 Million Arbeiter und insgesamt 1,6 Millionen Österreicher eine Entschließung, in der sie ihren Willen zum Ausdruck brachten, „*daß sie bereit sind, jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich, in dem sie selber frei und unabhängig sind, zu führen*". Am 17. Februar versammelten sich die Obmänner sämtlicher Gewerkschaften und die Hauptvertrauensleute aller Wiener Großbetriebe, und faßten folgende Entschließung: „*Die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeitnehmerschaft, zu ernsten Beratungen versammelt, geben ihrem leidenschaftlichen Willen Ausdruck, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs einzutreten ...*... *Die österreichischen Arbeiter sind für den Frieden aber* nicht um jeden Preis. *Wir Österreicher wollen unser Haus selbst bestellen, nach unserem eigenen, freien, unbeeinflußten Willen, nach unseren eigenen Grundsätzen und auf unsere eigene Art.*" „*An diesen entscheidenden Tagen*", schrieb Genosse Koplenig, der Vorsitzende der KPÖ, „*kam über alle Schranken des autoritären Regimes hinweg der Freiheitswille der österreichischen Arbeiterschaft nochmals zum Durchbruch. Die Massen brachten in einer elementaren Bewegung zum Ausdruck, daß sie entschlossen waren, Widerstand zu leisten.*" (Weg und Ziel 1954, Nr. 10)

Die Volksmassen erzwangen gegen die Kapitulationspolitik des Schuschnigg-Regimes die Ansetzung einer Volksabstimmung über die nationale Unabhängigkeit des Landes für den 13. März 1938. In den letzten Tagen vor dem 11. März kam es zu Streiks in Wiener Betrieben und zu gewaltigen Massendemonstrationen in allen Arbeiterbezirken. Am 11. März abends fanden in allen Wiener Großbetrieben nach Arbeitsschluß Belegschaftsversammlungen statt, welche die Arbeiterforderungen neuerlich erhoben und in welchen besonders der Ruf nach Bewaffnung der Betriebsbelegschaften, nach der Bildung von Betriebsmilizen erhoben wurde. In Graz fand wenige Tage vorher eine Kundgebung von Arbeitern und Bauern statt

„*Der Bauer Roth*", heißt es in einem Bericht, „*schloß seine Rede mit den Worten: Straße frei für Arbeiter und Bauern. Der Redner der Arbeiter verlangte Freiheitsrechte. Am Schluß der Kundgebung wurde das Lied: 'Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!' und anschließend die Bundeshymne gesungen. Der Schwur für die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs zu kämpfen, wurde von fast allen mit erhobener Faust geleistet. Darauf marschierten größere Massen von Arbeitern, christlichen Turnern und Bauern zum Hauptplatz, wo die Nazis versammelt waren. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeiketten und zwangen die Nazis zum Abzug.*" Betriebsabstimmungen bei Puch und Waagner-Biro in Graz ergaben 95–98% gegen den Hitlerfaschismus

Das sind bei weitem nicht die einzigen Beispiele, an denen man die Niedertracht der heutigen bürgerlichen Geschichtslügen ermessen kann. Die Jubelversion fällt auf ihre Propagandisten zurück, sobald die geschichtliche Wahrheit ans Licht gebracht wird. Die Jubler waren die Minderheit, und nicht umsonst mußten bereits am 11. März Vorausabteilungen der deutschen Faschisten in Österreich eindringen, um den Jubel für den 12. und 13. zu organisieren und Terror gegen die Antifaschisten auszuüben – eine Tatsache, die heute ebenfalls verschwiegen wird

Die Angaben der Nazis selbst über ihre Stärke am 11. März sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache: Lediglich 9.000 SA-Männer in Wien, und insgesamt in ganz Österreich nicht mehr als 90.000 Mann der NSDAP, SA, SS usw., das sind 2% der Bevölkerung, wobei die englische Zeitung Manchester Guardian darauf hinwies, daß „die begeistertsten Nazis die Knaben unter 16" waren. Und am 12. März berichtete die sudetendeutsche faschistische Zeitung „Zeit", daß zwei Drittel der Bevölkerung am Nationalsozialis-

mus „desinteressiert" und nur etwas mehr als ein Sechstel Hakenkreuzabzeichen trage – und dies trotz des Naziterrors. *„Es zeigte sich, daß die Nazis in der Wiener Bevölkerung eine verschwindende Minderheit sind; daß sie . . . . in eine hoffnungslose Isolierung gerieten. Es waren kleine Häuflein Halbwüchsiger . . . . Das Bündnis . . . . aller Hitlergegner . . . . mußte, sofern es in Erscheinung treten konnte, dem österreichischen Nationalsozialismus eine vernichtende Niederlage bringen."* So faßte die Zeitung „Die Neue Weltbühne" die Situation zusammen. Damit dieses Bündnis nicht bei der Volksabstimmung „in Erscheinung treten" konnte, befahl Hitler den Einmarsch.

Und wie sah der Jubel, den die bürgerlichen Geschichtsverdreher zuerst erfinden und dann mit der Arbeitslosigkeit begründen, nach dem Einmarsch aus?

Einige Pressestimmen genügen.

Tschechoslowakisches Pressebüro: *„Wien gleicht einer eroberten Stadt. Überall Maschinengewehre, deutsche Truppen, Schupoketten Man sieht hunderte von Häusern, die leer und ohne Fahnen sind . . . ."*

Sonderberichterstatter des „Excelsior", Paris, nach einer Fahrt durch Brigittenau und Floridsdorf, Arbeiterbezirken Wiens, am 14.3.1938. *„Eine beeindruckende Ruhe, ein fast beunruhigendes Schweigen, wenig Fahnen, keinerlei Abzeichen in den Knopflöchern . . . ."*

Sonderberichterstatter der Roten Fahne, Prag, 15.3.1938: *„Nur rund ein Zehntel der Passanten hatte das Hakenkreuz angesteckt."*

Telegraaf, Amsterdam, 16.3.1938. *„Außer auf dem Ring, dem Zentrum der Nazi, wird in Wien nicht viel gejubelt."*

Neue Zürcher Zeitung, 17.3.1938: *„In Wien nach dem Tag der Abreise des Reichskanzlers ist die Stimmung unter den Nullpunkt gesunken . . . Es ist ein deprimierendes Gefühl, ein erobertes Land, eine eroberte Stadt zu sein. Die Heilrufe verstummen auf den Lippen. Die Anwesenheit Hitlers und des deutschen Armeekorps, welche die Züge der Eroberer erkennen lassen, haben Wien die erste Ernüchterung gebracht . . . . Der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, Himmler, hat mindestens 16.000 Mann deutsche Ordnungspolizei nach Österreich gezogen . . Es fehlen also nach der Eroberung auch nicht die Erscheinungen der Okkupationsarmee."*

Der Kampf des österreichischen Volkes wurde von den Völkern der ganzen Welt unterstützt In London demonstrierten am 14. März 25.000 Menschen. Am 15. fand eine neuerliche Demonstration in London statt. Im ganzen Land gab es Versammlungen und Demonstrationen. In Paris fand am 17. März eine Massenversammlung statt. In New York begaben sich bereits 5 Stunden nach dem Bekanntwerden des Einmarsches 1 500 Demonstranten vor das deutsche Konsulat. Etwas später fand eine gewaltige Massenkundgebung statt.

Die KPD erklärte: *„Das deutsche Volk muß in seinem eigenen Interesse den Kampf des österreichischen Volkes gegen die von Hitler in Österreich aufgerichtete Fremdherrschaft und für das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit Österreichs unterstützen. Das deutsche Volk will das österreichische Brudervolk ebenso wenig wie andere Völker unterdrücken. . . . . Nur indem das deutsche Volk gegen seine Knechtung durch den Hitler-Faschismus und für seine eigene Freiheit kämpft, kämpft es für seine wahre Einheit und nationale Größe. Nur ein freies Deutschland kann die brüderliche Verbundenheit mit dem österreichischen Volk auf Grund freier Vereinbarungen herstellen."*

„Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt in voller Übereinstimmung mit dem wahren Willen des deutschen Volkes. Unser Volk will den Frieden. Wir rufen das deutsche Volk auf zum einheitlichen Kampfe: Für sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen und Terrorbanden aus Österreich! Für die völlige Unabhängigkeit Österreichs! Freiheit und wirkliches Selbstbestimmungsrecht dem österreichischen Volke! Schafft überall die Friedensfront gegen die Kriegsfront des Faschismus!"

Die Gründe für die Niederlage

Kehren wir jetzt zur zweiten, am Anfang gestellten, Frage zurück. Warum war der Widerstand des österreichischen Volkes gegen den Hitlerfaschismus nicht siegreich?

Sehen wir zunächst von den *äußeren* Bedingungen des Kampfes des österreichischen Volks ab und richten wir den Blick zuerst auf die inneren Verhältnisse.

Seit der Machtergreifung Hitlers 1933 „war das politische Hauptproblem in Österreich die Frage der Unabhängigkeit des Landes und ihrer Verteidigung gegen den Hitlerfaschismus", sagte Genosse Koplenig auf der Reichskonferenz der KPÖ im August 1937. *„Die Sieger des Februar 1934 haben die Niederschlagung der Arbeiterklasse und die Beseitigung der demokratischen Freiheiten des Volkes mit der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs zu rechtfertigen versucht Aber wie schaut die 'Unabhängigkeit' aus, wie Schuschnigg und die Agitatoren der Vaterländischen Front sie verstehen? Sie verstehen darunter die Verteidigung ihrer Diktaturherrschaft und der ausbeuterischen Machtinteressen des Finanzkapitals, der heute herrschenden kapitalistischen Cliquen, der Kartelle, Großagrarier und Börsenschieber. Deshalb haben sie auch die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs nicht auf die Kräfte des Volkes aufgebaut. Durch die Römischen Protokolle und durch den Pakt mit Hitler vom 11. Juli wurde Österreich außenpolitisch faktisch zu einem Anhängsel Mussolinis und Hitlers bei ihren Kriegsprovokationen gegen den Frieden. Überall dort, wo der deutsche und der italienische Faschismus den Krieg provozierten, beim Raubkrieg Mussolinis in Abessinien, beim deutsch-italienischen Interventionskrieg in Spanien, bei der antibolschewistischen Kriegshetze gegen die Sowjetunion, stand und steht das österreichische Diktaturregime mit seinen ganzen Sympathien auf der Seite der Kriegstreiber und der Feinde der Unabhängigkeit der Völker. Schuschnigg sekundierte den faschistischen Kriegstreibern in Europa. Dies hat aber den Hitler-Faschismus nicht daran gehindert, seine Angriffe auf Österreich fortzusetzen, im Gegenteil, die Politik der Schuschnigg-Diktatur hat ihn und die österreichischen Nazis geradezu immer wieder zu neuen Provokationen ermutigt."*

Faschistische Diktatur gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk, Unterdrückung jeder selbständigen Regung und Bestrebung der Massen, Fesselung und Knebelung, ja blutige Niederschlagung ihres Freiheits- und Unabhängigkeitswillens und Widerstands gegen den Faschismus auf der einen Seite und Kapitulationspolitik, Beschwichtigung und Liebedienerei gegenüber dem Hitlerfaschismus, zugleich Taktieren zwischen dem deutschen und italienischen Faschismus und Reaktion auf der ganzen Linie auch nach außen auf der anderen Seite – das war die Politik der österreichischen Monopolbourgeoisie. Die Politik des Schuschnigg-Regimes hatte auch die wirtschaftliche Durchdringung und Abhängigkeit Österreichs vom Hitlerfaschismus begünstigt. Ebenso hatte sie sich auf der internationalen Ebene den demokratischen antifaschistischen Kräften, insbesondere der SU, entgegengestellt, statt sich mit ihnen zu verbünden Die kampflose Kapitulation und der Befehl an die Armee, sich ohne Gegenwehr zurückzuziehen, war nur die letzte verheerende Konsequenz dieser Politik. Zu Recht stellte die KPÖ fest. *„Die Dollfuß-Straße mündete in die Hitlerdiktatur"*. In ihrem Kampf gegen den braunen Faschismus waren die österreichische Arbeiterklasse und das österreichische Volk mit dieser reaktionären Politik des grünen Faschismus konfrontiert. Am 24. März 1938 schrieb Genosse Koplenig: *„Das österreichische Volk hat seine Unabhängigkeit verloren, weil es einer reaktionären Clique gelang, im Februar 1934 die Freiheit des Volkes zu zerstören. Die Unabhängigkeit Österreichs ging deshalb verloren, weil seine reaktionäre Bourgeoisie sich mit dem Faschismus verbündete, in dem verbrecherischen Glauben, man könne die Unabhängigkeit gegen Hitler im Bündnis mit Mussolini verteidigen. So wurde Österreich zum Kleingeld in den Händen der faschistischen Räuber.*

Wer vom Faschismus ißt, wer mit ihm paktiert, muß am Faschismus zugrundegehen Dies ist die Lehre, die alle Völker aus den Ereignissen in Österreich ziehen müssen. Wer versucht, unter dem Vorwand der Verteidigung des Landes die demokratischen Freiheitsrechte des Volkes anzutasten, wird zum Verbündeten des Faschismus. Das ist die zweite Lehre

Der Hitler-Faschismus konnte über Österreich seine Fremdherrschaft aufrichten, weil dem österreichischen Volke von seiner eigenen Bourgeoisie die Hände gebunden worden sind. Mag auch Schuschnigg in den letzten Tagen seiner Regierung selbst erkannt haben, wohin sein Weg geführt hat, mag er auch in der Stunde der Gefahr noch versucht haben, einen Weg zur Versöhnung mit der Arbeiterschaft zu finden: Dies kann ihn und seine Klasse nicht von der Schuld freisprechen, daß seine Politik die Vernichtung der Unabhängigkeit Österreichs herbeigeführt hat."

Der Kampf des österreichischen Volkes war – zweitens – von einer schweren ideologischen Hypothek belastet. Es war entscheidend für diesen Kampf, für seine Kraft und seine Perspektiven, daß er als nationaler Kampf begriffen und geführt wurde. Die Leugnung der Existenz der österreichischen Nation und der auch im Volk weit verbreitete falsche Gedanke, daß die Österreicher Teil der deutschen Nation wären,

hatten verheerende Auswirkungen und gehörten zu den ideologischen Hauptwaffen des Hitlerfaschismus, die das Schlagwort „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" überhaupt erst ideologisch ermöglichten. Die KPÖ führte dagegen einen konsequenten und tiefgehenden Kampf und analysierte wissenschaftlich die Herausbildung und Existenz der österreichischen Nation. Genosse Klahr schrieb darüber 1938 unter anderem: *„Der März 1938 hat angeblich das großdeutsche Ideal der Revolutionäre von 1848 erfüllt — so kann man es in verschiedenen Betrachtungen lesen. Nichts dergleichen! Es ist dies eine von den üblichen Geschichtslügen des Nationalsozialismus, die eine oberflächliche Journalistik und die gleichgeschaltete Propaganda übernehmen und verbreiten.*

Die Deutschen waren in ihrer ökonomischen, politischen, kulturellen und also auch nationalen Entwicklung hinter den großen Nationen des Westens, Franzosen und Engländern, weit zurück. Sie hatten es noch nicht wie diese zur Vereinigung zu einer Nation gebracht. Drei mögliche Wege gab es 1848 zur Lösung der Frage der deutschen Einheit.

Der erste Weg: die siegreiche deutsche und österreichische Revolution. Die revolutionäre Demokratie allein konnte alle deutschen Stämme, einschließlich der deutschen Österreicher, zu einer Nation einigen. Denn nur der Sieg der Revolution konnte die Voraussetzung dieser Einheit, den Sturz der Hohenzollern und die Zerschlagung des Habsburger-Staates herbeiführen, um alle deutschen Stämme in einer einigen, unteilbaren, demokratischen deutschen Republik zusammenzuschließen und gleichzeitig den Ungarn, Polen und Italienern die nationale Freiheit und Unabhängigkeit zu gewähren. Das allein war der wirklich großdeutsche Weg. Marx und Engels und die fortgeschrittensten Kämpfer der Revolution in Deutschland und Österreich vertraten ihn.

Der zweite Weg: die Einigung durch Hohenzollern. Aber Hohenzollern-Preußen konnte 'Deutschland nur einigen durch Deutschlands Zerreißung, durch den Ausschluß Deutschösterreichs' (Engels). Hohenzollern wollte gar nicht alle deutschen Stämme einigen, es wollte nur ein verpreußtes Kleindeutschland, anders ausgedrückt ein großpreußisches Reich schaffen. Die deutsche liberale Bourgeoisie war für diesen ihren Interessen entsprechenden Weg, den kleindeutsch-großpreußischen Weg.

Der dritte Weg: die 'Einigung' durch Habsburg. Aber Habsburg-Österreich konnte die deutschen Stämme nur einigen durch die Unterwerfung ganz Deutschlands unter Österreich, durch die Angliederung, den Anschluß Deutschlands an das Österreich der zehn Nationen. Nicht Deutschlands Einheit, sondern die Schaffung eines Großösterreich lag Habsburg am Herzen. Die österreichische Bourgeoisie war für diesen, den großösterreichischen Weg. Sie war infolge der Entwicklung der letzten Jahrzehnte längst an der Erhaltung der Einheit der Monarchie mehr interessiert als an der Schaffung des deutschen Nationalstaates, an dem Aufgehen in der deutschen Nation.

Die deutsche und die österreichische Bourgeoisie verrieten die Revolution 1848, indem sie auf die Seite ihrer Dynastien übergingen. Die deutsche Einheit wurde daher nicht 1848 auf dem großdeutschen Weg durch die Volksrevolution von unten, sie wurde 1866–71 auf dem großpreußischen Weg durch den preußischen Militärsäbel von oben geschaffen. Deshalb wurde daraus nicht die großdeutsche, d.h. demokratisch-republikanische Einheit aller deutschen Stämme, sondern die großpreußische, d.h. junkerlich-monarchistische Einheit Kleindeutschlands. Deutschland wurde von Preußen erobert, wurde verpreußt.

Das österreichische Volk blieb damals von dieser Lösung der deutschen Frage ausgenommen. Jetzt, 1938, wurde es gegen seinen Willen unterworfen, annektiert. Nicht das großdeutsch-demokratische Ideal von 1848 hat damit gesiegt, sondern die großpreußische Unterwerfung Deutschlands von 1866 wurde fortgesetzt, wurde auf Österreich ausgedehnt. In der Tat, Adolf Hitler hat Bismarck fortgesetzt und übertroffen.

Aber jetzt, nachdem das österreichische Volk seit fünf Jahren in seiner erdrückenden Mehrheit und mit zunehmender Heftigkeit für seine Unabhängigkeit gekämpft hat, nachdem es sein Land von einer fremden Armee okkupiert sieht, nachdem es in eine Gemeinschaft mit jenem nationalsozialistischen Schicksalsweg, mit jenem braunen Kultur- und Geistesleben hineingepreßt wurde, die dem Denken und Fühlen des sozialistischen und katholischen Österreichers, des Arbeiters wie des Bauern und des Kleinbürgers fremd, zuwider, ja feindlich ist – jetzt erst recht kann man nicht übersehen, daß die Österreicher seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von den übrigen deutschen Stämmen immer mehr getrennte Wege der Entwicklung gingen; daß die Österreicher dank ihrer eigenen Geschichte ein selbständiges Volk geworden sind; daß die eigene politische und wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Entwicklung ein eigenes österreichisches Nationalgefühl hervorbrachten, das umso stärker im Volke wurde, je erbitterter der Kampf um die Selbständigkeit Österreichs geführt wurde. Und je mehr die erzwungene Gleichschaltung das bisherige soziale, kulturelle und religiöse Fühlen und Eigenleben des österreichischen Volkes in allen seinen Klassen beeinträchtigt, umso mehr wird der Kampf gegen das mit fremder Truppenmacht errichtete Regime den Charakter eines nationalen Freiheitskampfes tragen."

Ein weiterer Grund für die Niederlage war die Spaltung der Arbeiterklasse und des Volks durch die Sozialdemokratie. Schon 1918, und während der ganzen Dauer der 1. Republik, insbesondere aber 1934, hatte sich die Sozialdemokratie als fünfte Kolonne der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung erwiesen. Mit einigen radikalen Phrasen getarnt, halfen Otto Bauer, Renner, Danneberg und Konsorten tatkräftig an der Niederschlagung des heldenhaften Februaraufstands der österreichischen Arbeiter mitgeholfen und damit dem grünen Faschismus in den Sattel geholfen. Ungeachtet der Verbrechen der sozialdemokratischen Führer strebte die KPÖ im Kampf gegen die Diktatur die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie bzw. mit den Revolutionären Sozialisten, der Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratischen Partei nach 1934, an. Die Revolutionären Sozialisten waren gegen den Faschismus, mehr noch aber kämpften sie gegen die KPÖ. Soviel sie konnten, sabotierten sie die Arbeiter- und Volkseinheit. Ihr besonderer Haß galt der unabdingbaren ideologischen Grundlage des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus, der Anerkennung und des Bekenntnisses zur österreichischen Nation. Mit einigen linksradikalen Phrasen getarnt, wurden sie zum direkten ideologischen Wegbereiter des Hitlerfaschismus. Der Einmarsch am 11. März 1938 wurde als „vollendete Tatsache" anerkannt, ja als „historischer Fortschritt" und „Erfüllung des Vermächtnisses der Revolution 1848" gefeiert, während der Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Befreiung Österreichs als „reaktionär" verleumdet wurde. Eine direkte Ermutigung des Hitlerfaschismus und Aufforderung zu weiteren Aggressionen und „vollendeten Tatsachen" bedeutete es, wenn das Zentralorgan der Revolutionären Sozialisten nicht nur im Hinblick auf das Elsaß und die Schweiz erklärte: *„Alle Deutschen Europas sind eine Nation"*, sondern auch schrieb: *„Die moderne Technik und Organisation hat die engen Grenzen Europas überwunden und erheischt die Bildung eines europäischen Großraumes. . . . Durch den Sieg des Faschismus ist nun bereits in gewissem Sinne eine 'Vereinigung' Europas angebahnt worden und sie kann in Zukunft noch weitergehen."* Es ist kein Wunder, daß in einem solchen Sumpf ein Renner auftreten und am 3. April folgende Erklärung abgeben konnte: *„Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte . . . ."*

Alle diese angeführten Umstände sowie die äußeren Bedingungen des Kampfes des österreichischen Volkes haben dazu beigetragen, daß trotz des heldenhaften Kampfes der Arbeiterklasse, und an ihrer Spitze der KPÖ, der Sieg des Hitlerfaschismus über Österreich nicht verhindert werden konnte. In den heutigen bürgerlichen Geschichtsbetrachtungen, in den Geschichtsbetrachtungen derselben Bourgeoisie, die bis 1938 die Macht innehatte, sich 1945 wieder in den Sattel schwang und nach wie vor die Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt, spielt das alles keine oder nur eine geringe Rolle. Nicht wie das Volk trotz des Schuschnigg-Regimes den Kampf gegen den Hitlerfaschismus führte, und wie die Bourgeoisie, die bürgerlichen Politiker, die Reformisten und Revisionisten den Kampf des Volkes unterdrückten und sabotierten und zugleich den Hitlerfaschismus begünstigten, nicht das ist Gegenstand ihrer Reden und Artikel. Kein Wort davon! Im Gegenteil: „Das Volk ist schuld, es hat es so gewollt", lügen sie frech, um ihre damaligen Verbrechen zu decken und um das Volk daran zu hindern, die Lehren des Jahres 1938 für den Kampf gegen ihre heutigen Verbrechen und ihr Regime zu ziehen.

Die Annexion Österreichs war ein Schritt in der Kriegsvorbereitung des Hitlerfaschismus

Genossinnen und Genossen!

Die Folgen der Niederlage des österreichischen Volkes im März 1938 waren verheerend. Österreich wurde ausgelöscht und vollständig national versklavt. Die wildeste und finsterste faschistische Diktatur wurde errichtet und verband sich mit der brutalsten nationalen Unterdrückung. Eine ganze Okkupationsarmee und zehntausende Polizisten, Gestapo, SA- und SS-Leute wurden nach Österreich geworfen. Das deutsche Finanzkapital riß die österreichische Wirtschaft an sich und teilte sie unter sich auf. Österreich wurde zum Aufmarschgebiet und vorgeschobenenen Posten weiterer Aggressionen.

Im März 1938 wurde die erste Etappe in Hitlers Plänen, seine absolute Vorherrschaft in Eu-Europa zu errichten, verwirklicht und nach den Aggressionen der faschistischen Mächte gegen China, Spanien und Abessinien ein weiterer Schritt in Richtung auf Entfesselung des Weltkrieges gemacht. Aggression und Krieg waren mit dem Hitlerfaschismus untrennbar verbunden. Das hatte der Überfall Hitlers auf Österreich so deutlich gemacht wie nichts zuvor. *„Die Ereignisse in Österreich"*, schrieb Genosse Koplenig, *„zeigen nochmals vor aller Welt klar und deutlich: Der Faschismus – das ist Krieg."* Daß der Faschismus Krieg bedeutet, damals wie heute, das ist eine wichtige Lehre des Jahres 1938.

„Mag Hitler seine Kriegs- und Eroberungspolitik unter welcher Maske immer tarnen. Mag er so wie in Spanien die Bekämpfung des Bolschewismus zum Vorwand nehmen, um seinen Raubkrieg gegen ein Volk zu führen, mag er, so wie in Österreich, unter der Maske eines nationalen Befreiers einem widerstrebenden Volke gewaltsam seine blutige Herrschaft verbirgt. Mögen die Völker Europas aus dem traurigen Schicksal Österreichs die Lehren ziehen. Mögen sie erkennen, daß man den Frieden nicht erkaufen kann, wenn man dem Faschismus Konzessionen macht, sondern daß man den Frieden erkämpfen muß, und daß der Frieden erst gesichert sein wird, wenn der Faschismus vernichtet ist. . . ." Es war nichts Neues, daß ein Aggressor und Kriegstreiber seine Verbrechen als Friedensmission und Dienst für die Menschheit ausgibt. Neu war nur die Meisterschaft und Demagogie, die Hitler dabei entwikkelte. *„Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen."* Das hatte Hitler am 21. Mai 1935 erklärt und bis zum 25. Februar 1938 immer wieder bekräftigt. Internationale Pressemeldungen über die Mobilisierung gegen Österreich wurden am 25. Februar 1938 von Hitler als „Verhetzungslügen" bezeichnet und als „erschwindelt und erlogen" angeprangert. Nach dem 11. März wurde die Annexion Österreichs nicht nur als „nationale Befreiung" Österreichs bejubelt, sondern auch als Beitrag zur Neuordnung Europas und so zum Frieden und zur Sicherheit in Europa. *„Wir haben der Menschheit einen unschätzbaren Dienst erwiesen, wir haben ihr den Frieden gebracht. Und dieser Friede wird geschützt durch die Macht der deutschen Armee."* Daß die größten Kriegsbrandstifter, Aggressoren und imperialistischen Räuber am lautesten Friedensschalmeien blasen und für jedes Verbrechen einen edlen Vorwand haben – das ist eine zweite wichtige Lehre aus dem Jahr 1938.

Hitler hat den Zweiten Weltkrieg nicht mit einem Schlag vom Zaun gebrochen. Er hat die betroffenen Länder, jedes einzeln, in Abhängigkeit zu bringen versucht, innere Widersprüche geschürt, sie schrittweise sturmreif gemacht. Ab 1938 folgte dann Zug um Zug ihre militärische Besetzung.

11. März 1938: Annexion Österreichs.

1. Oktober 1938: Annexion des Sudetenlandes.

15. März 1939: Annexion der restlichen Tschechoslowakei.

22. März 1939: Annexion des Memelgebiets von Litauen.

28. April 1939: Ansprüche auf Elsaß und Lothringen.

Erst mit dem Überfall auf Polen schließlich brach der Zweite Weltkrieg aus. Nahezu keine Aggression verging ohne Phrasen, daß sie der letzte Gebietsanspruch Hitlerdeutschlands, zur Beruhigung und Befriedung der Lage notwendig sei, daher den Frieden nicht gefährde, sondern sichere. Diese Politik des Stück-für-Stück-Eroberns nicht zu vergessen – darin besteht eine weitere wichtige Lehre des Jahres 1938.

Bei seiner Politik konnte Hitler die Be-

schwichtigungspolitik der Westmächte nutzen. *„Die Besetzung Österreichs durch Deutschland ist für dieses Land (d.h. Großbritannien) kein Casus belli (Kriegsgrund),"* charakterisierte der Manchester Guardian die Haltung der englischen Regierung. Auch das Sudetenland, die restliche Tschechoslowakei, das Memelgebiet waren kein Casus belli. Im Gegenteil brachten die englischen und französischen Imperialisten alle diese Länder dem Hitlerfaschismus willig als Opfer dar, in der Hoffnung, ihn in einen Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion zu hetzen und durch diesen Krieg den Sozialismus zu vernichten, den Hitlerfaschismus aber so zu schwächen, daß er ihrem eigenen Weltherrschaftsstreben nicht entgegenstehen konnte und kein gefährlicher Konkurrent mehr war. Aus ihren eigenen imperialistischen Interessen, den Interessen an der Erhaltung und möglichst Erweiterung der eigenen Kolonialreiche, an der Vernichtung der Sowjetunion, an der erfolgreichen Austragung der imperialistischen Raubkonkurrenz und Erlangung der Vorherrschaft über Europa und die Welt – daraus folgte diese verbrecherische Politik, die auf die Ermunterung, Deckung, ja direkte Vorschubleistung der faschistischen Aggressionen und Kriegsabsichten hinauslief und ihren abscheulichsten Ausdruck in der Verschwörung des „Münchner Abkommens" vom September 1938 fand, durch das die englischen und französischen Imperialisten Hitler das Sudetenland „zusprachen" und damit die ganze Tschechoslowakei präsentierten.

Nur die Sowjetunion trat mit aller Kraft den faschistischen Kriegsbrandstiftern entgegen und wurde auch nicht müde, konkrete Vorschläge zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Faschismus zu machen und für deren Realisierung zu kämpfen. Die westliche Beschwichtigungspolitik wurde angeprangert. Die „Prawda" schrieb am 14. März 1938 angesichts der Annexion Österreichs: *„Das faschistische Deutschland handelte sicherlich in Erwägung seiner Straflosigkeit. Kein geringer Teil der Verantwortlichkeit für all diese Ereignisse fällt direkt auf die englische Außenpolitik und auf ihre Schöpfer, welche durch ihr Verhalten das faschistische Deutschland zu diesem Schritt anspornten. Paris hat auch diesmal Londons Stellungnahme wiederholt. Die endlosen Zugeständnisse an die Aggressoren verwandeln sich, wie am Beispiel Österreichs zu sehen ist, in direkte Vorschubleistung und treiben die Kriegsbrandstifter an. Diese Politik ist in ihren unausbleiblichen Folgen katastrophal. Diejenigen, welche diese Politik durchführen, können die Verantwortung für die Verstärkung der Kriegsdrohung in Europa nicht von sich abwälzen."* Die „Iswestija" schrieb: *„Die englische Regierung trägt die volle Verantwortung für den Angriff des deutschen Imperialismus in Europa. In den Augen der Anhänger des Friedens bilden das Einrücken der deutschen Truppen in Wien das vernichtende Urteil über die Außenpolitik Chamberlains . . . . Der letzte Ausfall des deutschen Faschismus bestätigt nur die seit langem von Sowjetseite ausgesprochene Warnung. Die offene Bedrohung des Friedens in Europa kann seitens der Sowjetunion nur die schärfste Verurteilung finden, denn die Sowjetunion ist stets bereit, ihren Anteil zur Festigung des Völkerfriedens beizutragen." „Wer vom Faschismus (d.i. wer mit ihm paktiert, muß am Faschismus zugrundegehen."* Das hatte Genosse Koplenig am 24. März 1938 geschrieben. Die weitere Entwicklung hat tausendfach unter Beweis gestellt, daß Beschwichtigungs- und Befriedungs-, Kapitulations- und Verharmlosungspolitik einem Aggressor gegenüber nicht zu dessen Mäßigung sondern zur Steigerung seiner Aggressivität führt. Das ist eine weitere Lehre des Jahres 1938.

Der sowjetische Sozialimperialismus ist der Hitlerfaschismus von heute

Genossinnen und Genossen!

Jedem, der mit offenen Augen durch die Welt geht, ruft dieser Rückblick auf das Jahr 1938 eine Reihe von Tatsachen und Entwicklungen der heutigen Zeit ins Bewußtsein. Jedem, der die Augen nicht vor der Realität verschließt, erscheint ein solcher Rückblick höchst nützlich und lehrreich, aber auch höchst besorgniserregend.

Schon lange vor 1938 hatten die Kommunisten auf die Gefahr neuer imperialistischer Kriege und auf den untrennbaren Zusammenhang von Imperialismus und Krieg hingewiesen. Genosse Stalin sagte 1930 auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B): *Die bürgerlichen Staaten betreiben eine wahnwitzige Auf- und Umrüstung! Wozu? Natürlich nicht zum Zeitvertreib, sondern zum Krieg. Den Krieg aber brauchen die Imperialisten, da er das einzige Mittel ist zur Neuaufteilung der Welt."* Und 1934, am XVII. Parteitag der KPdSU(B), ein Jahr nach der Machtergreifung

des Hitlerfaschismus, warnte Genosse Stalin: *„Wieder rücken, wie im Jahr 1914, Parteien des kriegslüsternen Imperialismus, Kriegs- und Revancheparteien in den Vordergrund. Es geht offensichtlich einem neuen Krieg entgegen.“* Unermüdlich hatten die Kommunisten die Völker auf die Kriegsgefahr hingewiesen, die hinter dem Nebelvorhang von Friedensphrasen und Abrüstungsgesprächen verborgen war. Noch Mitte der 30er-Jahre wurde den Kommunisten von vielen Menschen kein Glauben geschenkt. Ihre Warnungen wurden in den Wind geschlagen und als absurd hingestellt. Jeder Staatsmann sprach damals vom Frieden und Hitler am allerlautesten. Er mußte auch laut sprechen, um das Dröhnen der Bombenflugzeuge und Rattern der Panzer in China, Spanien, Abessinien zu übertönen. Viele meinten, daß ein neuer Weltkrieg derart schreckliche Folgen hätte und mit der Vernichtung aller beteiligten Völker enden müsse, so daß er von keiner Seite entfesselt würde, solange es das gäbe, was heute einige Leute „Kräftegleichgewicht“ nennen. Wenig später öffnete das Jahr 1939 jedem die Augen.

Heute droht wieder Krieg. Krieg zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion. Sie sind die größten Imperialisten, und nur sie sind heute imstande, einen Krieg zu entfesseln. Beide streben sie nach Weltherrschaft. Vor allem der russische Sozialimperialismus will den US-Imperialismus schlagen und allein die Weltherrschaft antreten. Nach dem Krieg hatte sofort der US-Imperialismus die Rolle des Hitlerfaschismus übernommen. Seither hat er aber schwere Schläge durch die Völker einstecken müssen. Er befindet sich auf dem absteigenden Ast. Er ist nach wie vor stark, aber er wird zunehmend schwächer, im Verhältnis zu seinem Rivalen, der Sowjetunion. Heute, zwei Jahrzehnte nach dem Machtantritt des Revisionismus, und damit dem Farbwechsel der Sowjetunion, nach ihrer Umwandlung aus dem proletarischen Staat Lenins und Stalins in ein sozialfaschistisches und sozialimperialistisches System, heute ist der russische Sozialimperialismus in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. Seit der Intervention in der CSSR 1968 ist er zu offener militärischer Aggression und Intervention übergegangen. Die Invasion in Angola 1976, der Überfall auf Zaire 1977 und die gegenwärtige Aggression am Horn von Afrika – das ist die für jeden sichtbare Blutspur sozialimperialistischer Aggression. Fieberhaft rüstet der Sozialimperialismus auf und bereitet er den Krieg vor. Der US-Imperialismus verteidigt verbissen seine Positionen, aber er begnügt sich nicht damit. Er strebt seinerseits nach der Weltherrschaft und Vernichtung des Rivalen. Die Rivalität der beiden Supermächte treibt unweigerlich zum Krieg. Der russische Sozialimperialismus ist dabei noch gefährlicher und aggressiver als die USA. Er ist der Kriegstreiber Nummer 1.

Wie damals tarnen die beiden Supermächte und tarnt vor allem der Sozialimperialismus seine Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen mit Friedens-, Entspannungs-, Abrüstungsgesäusel. Vor allem vergeht kein Tag, an dem es nicht hieße, daß die Welt durch die „Friedenspolitik der Sowjetunion“ immer sicherer würde. Es ist verblüffend, wie sehr sich die Hitlerfaschisten und die russischen Sozialimperialisten ähneln, wenn sie frech ihre Aufrüstung und Militarisierung als Beitrag zum „Frieden“, zur „Sicherheit“, zum „Kräftegleichgewicht“ in Europa bezeichnen. Wie Hitler jede Aggression als Leistung für die Menschheit und Schritt zur „Ordnung der Verhältnisse“ und damit zum Frieden bezeichnete, so macht es heute der Sozialimperialismus. Damals wurde in Spanien 1936 Europa vor dem Bolschewismus gerettet, in Österreich 1938 nationale Unterdrükkung beseitigt, usw. und jedesmal mit starker Hand ein „Unruheherd“ beseitigt. Heute wird in der CSSR 1968 der Sozialismus gerettet und zugleich das „Kräftegleichgewicht“ und damit der Frieden gesichert, in Angola 1975 der „proletarische Internationalismus“ Marke Breschnew praktiziert usw. usf. Ein „Dienst an der Menschheit“ jagt den anderen und es sind lauter Schritte zum Weltkrieg.

Der russische Sozialimperialismus versucht, Europa Stück für Stück an sich zu reißen, um bessere Ausgangspositionen zu erobern, bevor es zum Weltkrieg kommt. Wirtschaftliche Infiltration, Schüren innerer Widersprüche, unverschämte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Erpresserpolitik, Schüren von Widersprüchen zwischen verschiedenen Ländern, militärische Bedrohung durch Truppenkonzentrationen, Flottenbewegungen und Militärmanöver, alles garniert mit honigsüßen Phrasen – das ist die Politik des Sozialimperialismus, um seine Herrschaft auszudehnen und ein Land nach dem anderen mehr oder weniger seiner Kontrolle zu unterwerfen und sturmreif zu machen.

Wie damals dem Hitlerfaschismus kommt

heute dem russischen Sozialimperialismus eine Strömung der Beschwichtigungspolitik im Westen entgegen. Der Kern der damaligen Beschwichtigungspolitik der Chamberlain und Daladier bestand in dem Versuch, angesichts einer Bedrohung ihrer imperialistischen Positionen durch den aggressiven Hitlerfaschismus das Unheil nach Osten, gegen die Sowjetunion, abzuwenden. Deshalb wurde dem Hitlerfaschismus Zugeständnis über Zugeständnis gemacht. Das Ergebnis ist bekannt. Nach dem Überfall auf Polen griff Hitler – weit davon entfernt, sich die Zähne an der Sowjetunion auszubeißen, ohne sich vorher das Wirtschaftspotential Westeuropas unterworfen zu haben – England und Frankreich an. Heute sind ebenfalls die Länder Westeuropas, aber auch die imperialistischen Interessen der zweiten Supermacht, der USA, durch die Sowjetunion bedroht. Sowohl in den USA als auch in Westeuropa ist in dieser Situation eine Spielart imperialistischer Politik aufgekommen, die der Beschwichtigungspolitik der 30er-Jahre ähnelt, nämlich eine Politik, den Expansionismus der Sowjetunion einzudämmen und abzufangen durch Zugeständnisse und Konzessionen. Das Ergebnis ist auch heute wieder alles andere als Beschwichtigung. Vielmehr bedeutet diese Politik Ermunterung und Vorschubleisten für den Sozialimperialismus. Je aggressiver er ist, desto mehr drischt er Phrasen über „Entspannung“. Die Vertreter der Beschwichtigungspolitik tun alles, um ihm dieses Spiel des Völkerbetruges zu erleichtern und zugleich auch die Kriegsvorbereitungen und den Hegemonismus der USA zu verdecken. Ein Blick auf die totale Ergebnislosigkeit der KSZE in Belgrad, der Wiener Truppenabbauverhandlungen und der Verhandlungen zur Beschränkung der strategischen Rüstung sowie auf die tatsächliche wahnwitzige Aufrüstung der beiden Supermächte zeigt, was von der sogenannten „Entspannung“ zu halten ist. In Wahrheit wächst die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs zwischen den beiden Supermächten und es wächst zugleich auch die Drohung eines neuen München. Diese Gefahren entspringen aus der Rivalität und dem Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte, vor allem des Sozialimperialismus und werden durch die Beschwichtigungspolitik noch nachhaltig verstärkt.

Aber nicht nur die Taktik, die er einschlägt, die Bedingungen, die er vorfindet, die Notwendigkeiten, vor denen er steht, machen es aus, daß der russische Sozialimperialismus dem Hitlerfaschismus so ähnlich ist. Es ist vor allem auch sein inneres sozialfaschistisches Wesen. Faschismus bedeutet Krieg. Die totale faschistische Formierung und Militarisierung der sowjetischen Gesellschaft, die Umwandlung der Sowjetunion in einen Völkerkerker, die Militarisierung und totale Ausrichtung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion, die Umwandlung des ersten sozialistischen Landes in eine gigantische staatsmonopolkapitalistische Kriegsmaschinerie und in ein Militarzuchthaus für die Völker – das treibt den russischen Sozialimperialismus zwangsläufig in den Krieg. Nur vom Krieg kann er sich, wie seinerzeit der Hitlerfaschismus, einen Ausweg aus seinen gewaltig verschärften inneren Widersprüchen erwarten. Auf Grund des ganzen ökonomischen, sozialen und politischen Wesens des russischen Sozialimperialismus, und weil er – da wirtschaftlich weit schwächer als die USA – letztlich nur auf offene militärische Gewalt, auf Krieg setzen kann zur Durchsetzung seiner Interessen – aus diesen Gründen muß man den russischen Sozialimperialismus als den Hitlerfaschismus von heute betrachten. Er wandelt auf den Spuren Hitlers, stellt aber zugleich in seinen verbrecherischen Ambitionen den Hitlerfaschismus weit in den Schatten. Sein Operationsgebiet ist der ganze Erdball. Er ist eine noch schlimmere Bestie als der Hitlerfaschismus.

Seine besondere Gefährlichkeit gewinnt der Sozialimperialismus daraus, daß er die große revolutionäre Vergangenheit der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins mißbraucht und für seine reaktionären Bestrebungen ausbeutet. Über ihn gibt es tausendmal mehr und gefährlichere Illusionen als es über den Hitlerfaschismus jemals geben konnte, und er hat seine Agenten in Gestalt der revisionistischen Parteien in vielen Ländern. Viele Menschen sehen heute nicht, was den Völkern der ganzen Welt von dieser Bestie droht. Man muß jede Gelegenheit nutzen, um dem Sozialimperialismus seine sozialistische Maske herunterzureißen.

Der KB Österreichs kämpft entschlossen gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, insbesondere gegen den russischen Sozialimperialismus. Wir verbinden aufs engste den Kampf gegen die österreichische Monopolbourgeoisie, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch gegen ihre reaktionäre imperialistische Po-

litik nach außen, ihre Politik der Abhängigkeit gegenüber den USA und des Entgegenkommens gegenüber der Sowjetunion, ihre Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik, ihre Politik des Ausverkaufs der nationalen Unabhängigkeit und der Deckung der Kriegstreiber – den Kampf gegen diese Politik verbinden wir mit dem Kampf gegen die beiden Supermächte. Es gibt vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes nur eine Art, den Jahrestag des 11. März 1938 zu begehen, nämlich ihn zum Kampftag gegen die beiden Supermächte, vor allem gegen den russischen Sozialimperialismus, den Hitlerfaschismus von heute, zu machen.

Die Sozialdemokraten und modernen Revisionisten begehen den 11. März auf ihre Art. Sie haben alle etwas zu vertuschen. Die Sozialdemokraten haben ihre Rolle in der 1. Republik und 1938 zu vertuschen. Die KPÖ-Revisionisten haben zu vertuschen, daß sie mit der revolutionären Vergangenheit der KPÖ vollständig gebrochen haben. Die Lehren, die die damalige revolutionäre KPÖ aus den Ereignissen gezogen und den Massen unermüdlich nahegebracht hat, und die wir auch heute aus dem Jahr 1938 ziehen müssen, werden von Sozialdemokraten und Revisionisten vertuscht und entstellt. So müssen sie handeln, weil sie reaktionäre bürgerliche Parteien sind, weil sie keinerlei Absicht haben, gegen den Krieg, gegen die beiden Supermächte, gegen den Imperialismus zu kämpfen, weil sie vielmehr die Absicht und Aufgabe haben, das Volk zu unterdrücken und den Kampf des Volkes direkt und indirekt zu verhindern. Ein paar Worte gegen den Hitlerfaschismus und gegen den Zweiten Weltkrieg verliert heute jeder. Nicht daran kann man sie messen, sondern was sie wirklich zum Kampf gegen Imperialismus und Krieg – damals wie heute – zu sagen haben.

„Von tiefstem Schmerz und Zorn erfüllt", heißt es im „Manifest der KPÖ an das österreichische Volk" vom Juli 1938, *„erneuern und bekräftigen wir unser Bekenntnis zu Österreich. Aus der Schmach der Besetzung, aus dem Elend der Unterdrückung, aus der Hölle de Fremdherrschaft wird unsere schöne, unsere geliebte Heimat frei auferstehen. . . . Aus tiefstem Herzen grüßen wir dieses kommende Österreich der Freiheit und des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Der Inhalt unseres Lebens ist die Befreiung Österreichs, ist der Kampf für das Glück und die Würde, die Freiheit und den Frieden unseres Volkes.*

Noch sind nicht alle Märzen vorbei. Im März des Jahres 1848 zerbrach unser Volk die Tyrannei des habsburgischen Absolutismus. Im März des Jahres 1938 wurde die österreichische Freiheitsbewegung durch die militärische Übermacht Hitlers niedergeworfen. Es kommt ein März der Sühne und des Sieges, ein März der endgültigen Befreiung Österreichs.

Arbeiter, Bauern, Bürger Österreichs, schließt euch zusammen zum Sturze der braunen Fremdherrschaft, zum Sturz der faschistischen Kriegsbrandstifter, für den Frieden, für den Wohlstand des Volkes, für ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich!"

Auch heute sind es die Kommunisten, die wirklichen Schüler von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, die die revolutionären Traditionen des antifaschistischen Kampfes hochhalten. Wir halten sie hoch, indem wir sie gegen die Angriffe und Besudelungen der Sozialdemokraten und Revisionisten verteidigen. Wir halten sie hoch, indem wir den Kampf gegen die Kriegstreiber der Gegenwart entschlossen führen. Wir halten sie hoch, indem wir unter den heutigen Bedingungen den Kampf um den Sozialismus führen. In der Zeit des blindwütigen Wütens des Hitlerfaschismus schrieb die KPÖ: *„Der deutsche Faschismus, der Österreich niederhält, ist eine grausame, aber keine dauerhafte Macht. So furchtbar sie uns drückt, ist die Fremdherrschaft dennoch nur eine geschichtliche Episode. Das Volk ist auf die Dauer stärker als die Unterdrücker."* Die Geschichte hat diesen Worten recht gegeben. Der Faschismus ist vernichtet worden. Den Kriegstreibern der Gegenwart sowie allen Reaktionären wird es nicht anders ergehen. Der Sozialismus folgt auf den Kapitalismus wie der Tag auf die Nacht. Unser Kampf für die sozialistische Revolution in Österreich wird siegreich sein.

Der sowjetische Sozialimperialismus – der schlimmste Feind der Völker, der Hitlerfaschismus von heute

Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus–Leninismus
Leitartikel der „Renmin Ribao"
89 Seiten Preis: 3

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske
99 Seiten, Preis: 3,30

Nils Holmberg
Friedliche Konterrevolution
Teil 1 und 2 erschienen
330 Seiten, Preis 115,50

Willi Dickhut
Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion
322 Seiten, Preis: 75,50

Supermacht Sowjetunion
Internationale Konferenz der Zeitschrift „Befreiung" Pfingsten 1977
285 Seiten Preis 102,40



Das ist das Plakat, das der KB Österreichs zum 40. Jahrestag herausgegeben hat. Der Text auf dem Plakat lautet: *„Am 11. März jährt sich zum 40. Mal der Tag des Einmarsches der Truppen des faschistischen Hitlerdeutschlands in Österreich. Wie damals die Faschisten, stehen heute die Völker der Welt den beiden Supermächten gegenüber. Von ihrem Ringen um die Weltherrschaft geht die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Die sozialimperialistische und sozialfaschistische Sowjetunion ist dabei die gefährlichere und aggressivere Supermacht und der Hauptkriegstreiber. Sie ist in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. In ihrer wilden Raubgier stellt sie dabei den Hitlerfaschismus weit in den Schatten.*

Wieder, wie vor 40 Jahren, sind die Völker heute mit der drohenden Gefahr eines imperialistischen Weltgemetzels konfrontiert. Wieder ist Österreich mit der Gefahr konfrontiert, zum Opfer von Aggressionen seitens der Supermächte, insbesondere seitens des Sozialimperialismus, zu werden. Heute schon ist unser Land in hohem Maß in Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der Sozialimperialismus versucht mit allen Mitteln, stärker Fuß zu fassen. Wieder sind die Völker der ganzen Welt, darunter auch das österreichische Volk, mit der Aufgabe konfrontiert, im Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte und Kriegstreiber die breitestmögliche Einheitsfront gegen den Feind zu bilden." Für das Verständnis der heutigen internationalen politischen Lage und der gesamten politischen Weltentwicklung ist es von erstrangiger Bedeutung, das Wesen und die Entwicklung des sowjetischen Sozialimperialismus zu analysieren. Die folgenden Schriften sollen das erleichtern. In den Büchern von Dickhut und Holmberg wird die Machtergreifung durch den Revisionismus und die Umwandlung der Sowjetunion aus einem sozialistischen Land in ein staatsmonopolkapitalistisches, sozialfaschistisches und sozialimperialistisches Land behandelt. Das Buch „Supermacht Sowjetunion" und die Broschüre „Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske" behandelt die imperialistische Politik der SU, die seit der Okkupation der CSSR vor 10 Jahren, im Jahr 1968, offenkundig geworden ist. Die Broschüre „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus–Leninismus" ist ein Leitartikel der „Renmin Ribao" des Zentralorgans der KP Chinas. Er analysiert die heutige Weltlage und behandelt die Frage der richtigen Strategie im internationalen Klassenkampf.

„Österreichs Weg"

(Dokumente aus dem Jahre 1938)

I. Die Bürgschaft

„Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen."

(Adolf Hitler am 21. Mai 1935 im deutschen Reichstag)

„1. Im Sinne der Feststellung des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die *volle Souveränität* des Bundesstaates Österreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine Angelegenheit des anderen Staates, auf die sie *weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.*"

(Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich, abgeschlossen am 11. Juli 1936.)

„Österreichs Unabhängigkeit und Integrität ist bei Deutschland gewährleistet."

(Botschafter von Papen – Interview mit einem amerikanischen Pressevertreter.)

„*Reichskanzler Hitler gegen Verhetzungslügen.*

München, 25. Februar 1938. Anläßlich des Jubiläums der Parteigründung hielt der Führer und Reichskanzler im Hofbräuhaus eine Ansprache, in der er auch auf die durch ausländische Blätter verbreiteten Gerüchte zu sprechen kam, daß die österreichische Legion in Deutschland trotz des Berchtesgadener Abkommens an der österreichischen Grenze zusammengezogen worden sei, weiters, daß im Hauptquartier der Legion Landkarten gezeigt würden, die erkennen lassen, daß 'der Vormarsch nach Österreich' von drei Richtungen durchgeführt werden soll.

Unter tosendem Beifall prangerte der Reichskanzler diese dreisten Behauptungen als *erschwindelt und erlogen* an."

(Reichspost, 26.2.1938)

II. Die Mahnung

Die Arbeiter der Großbetriebe

Im April 1937 überreichte eine Delegation von legalen Vertrauensmännern der Arbeiter Schuschnigg ein Memorandum, das von 300 gewählten Gewerkschaftsfunktionären, die 80.000 Arbeiter der größten Betriebe Österreichs vertraten, persönlich unterschrieben war. In diesem Memorandum hieß es.

„Die Unabhängigkeit Österreichs kann auf die Dauer nicht durch außenpolitische Garantien allein geschützt werden, am allerwenigsten durch eine außenpolitische Orientierung, die Österreich letzten Endes den Machtinteressen der faschistischen Großmächte überantwortet. Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit, *im Lande selbst* die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich das österreichische Volk in seiner Mehrheit zu dem einheitlichen Willen zusammenschließt, die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes gegen jedermann und mit allen Mitteln zu verteidigen. Aber die organisatorischen und politischen Voraussetzungen dafür bestehen heute nicht. Nur Organisationen, in denen die Arbeiter wirklich frei und unabhängig sind, in denen sie ihr Schicksal selbst bestimmen können, in denen sie ihre Vertrauensmänner selbst wählen und kontrollieren, können eine wirksame, aktive Abwehr gegen die Nazis führen, die die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs am stärksten bedrohen . . . ."

* Diese Zusammenstellung von Zitaten ist dem Organ der KPÖ „Weg und Ziel" Nr. 3/4, Jahrgang 1938, entnommen. Sie wurde von uns leicht gekürzt.

Die Kommunistische Partei

„*Schluß mit dem Gerede vom zweiten deutschen Staat.* Wir sind Österreicher und wollen ein staatlich und national selbständiges, unabhängiges und freies Österreich. Wir lehnen es ab, als Österreicher unser Schicksal mit dem des Dritten Reiches zusammenzukoppeln. Aber gerade das tut Schuschnigg und seine Diktaturregierung, wodurch er all die Gefahren selbst geschaffen hat, die Österreich heute aufs höchste gefährden. Wir steuern der sicheren und völligen Katastrophe entgegen, wenn das Volk nicht selbst eingreift.

Arbeiter, Angestellte, Bauern, Gewerbetreibende, Katholiken, österreichisches Volk! Höret in einer für euer und Österreichs Schicksal entscheidenden Stunde den Ruf zur gemeinsamen Erkämpfung der Freiheitsrechte des Volkes, dem einzigen wirklichen wirksamen Gegengewicht gegenüber allen Anschlägen gegen unser Land!"

(Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs Mitte Februar 1937)

„Die österreichischen Arbeiter haben ihre Bereitschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes gegen den Hitlerfaschismus wiederholt, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Unsere Aufgabe besteht darin, dem Unabhängigkeitswillen des Volkes einen demokratischen Inhalt und eine fortschrittliche Perspektive zu geben. Die österreichische Arbeiterschaft und die fortschrittlichen Kräfte müssen den Kampf für ein wirklich unabhängiges Österreich aufs engste verbinden mit dem Kampf für die Freiheit und für die demokratische Selbstbestimmung des Volkes."

(Johann Koplenig, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Österreichs, auf der Reichskonferenz der KPÖ im August 1937.)

III. „Die Treue ist das Mark der Ehre ..."

„Die Lage wäre eine ganz andere, wenn man in Deutschland draußen endlich einmal die neuerdings eingegangenen Versprechungen und Verabredungen respektierte. Das geschieht leider nicht. Wir sind auf Grund absolut verläßlicher Informationen in der Lage zu erklären, daß nicht nur von Nichteinmischung keine Rede ist, sondern daß sogar noch der *Druck auf Österreich verstärkt* wird."

(Baseler Nachrichten, Anfang März 1938)

Berchtesgaden –
Und willst Du nicht mein Bruder sein . . .

„Die ersten zwei Stunden der dramatischen Unterredung auf dem Obersalzberg, die Österreichs Freiheit das Grab bereiten sollen, verlaufen ergebnislos . . . . Gegen Mittag springt Hitler nervös auf und öffnet die Türe ins Nebenzimmer vor dem österreichischen Bundeskanzler mit den Worten. 'Herr Bundeskanzler, wenn Sie nicht so wollen, dann darf ich Ihnen diese Herren vorstellen.' Schuschnigg sieht im Nebenraum drei Männer sitzen, die salutierend aufspringen: den Oberbefehlshaber des deutschen Heeres General von *Keitel*, den Oberbefehlshaber der Gruppe IV, der motorisierten Stoßarmee gegen Österreich, General von *Reichenau* und den Kommandanten der bayrischen Luftflottenbasis, General der Flieger *Sperle*."

(Pariser Tageszeitung, 10.III. 1938)

Der Naziterror setzt ein

„Aber ungesunde Dynamik, politische Rechthaberei, aufschäumender Übereifer, der selbst an Wort und Sinn der Berchtesgadener Vereinbarung deutelt und rüttelt, brachten auf etliche Tage *Fieberzustände* auf Gassen und Plätzen, in Büros und Zinshäusern mit sich . . . . Fenster wurden *eingeschlagen*, Spaziergänger *verprügelt*, ein Übereifriger, der mit *Revolver, Schlagringen* und Dutzenden von *Patronen* zu einer völkischen Freudenkundgebung auszog, ward . . . . Opfer eines tragischen Unglücks, das sich aber nicht hätte ereignen können, hätte der Mann im Sinne Hitlers und Schuschniggs nur versöhnungsbereite Festfreude mitgebracht, nicht aber unzählige Werkzeuge eines unseligen *Bürgerkriegs* . . ."

(Linzer Volksblatt, 1.III. 1938)

„Am 22. Februar wurde vom Innenministerium ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen. Die Nationalsozialisten veranstalteten trotzdem *Aufmärsche* und *Kundgebungen*. Durch eine Weisung des zuständigen Ministeriums wurden die Unterschriftensammlungen in den Ämtern und Betrieben verboten. Die Nationalsozialisten setzten sich unter Berufung auf das Berchtesgadener Abkommen über dieses Verbot hinweg und *erzwingen* unter schwer-

stem wirtschaftlichen *Druck* von den Arbeitern und Angestellten nationalsozialistische Bekenntnisse. . . . Das ausdrückliche Verbot, nationalsozialistische Spendemarken und Münzen und dergleichen zu verkaufen sowie parteimäßige oder parteiähnliche Verbindungen zu unterstützen, hindert nicht, daß in den Betrieben und Ämtern nationalsozialistische Sammellisten aufgelegt werden und daß SA mit Hakenkreuzarmbinden von Geschäft zu Geschäft Geldsammlungen durchführen. Nationalsozialistische Melde- und Kommandostellen leiten planmäßig alle *illegalen Aktionen* und *militärischen Bewegungen*. Propagandazentralen vergiften die öffentliche Meinung durch Flugblätter *Gerüchte* und *Verleumdungen*."

(Aus dem Flugblatt der Landesleitung Steiermark der SAG, zitiert nach „Prager Presse", 6.III.)

„Seit dem 12. Februar sind die Nationalsozialisten unablässig bemüht, in die Betriebe einzudringen . . . . Die Firmenleitungen haben sich vielfach auf die Seite der Nationalsozialisten gestellt und von den Arbeitern ostentativ verlangt, sich in die braunen Listen einzutragen . . . Der *Druck*, der von diesen Stellen auf die Arbeiterschaft ausgeübt wird, ist *ungeheuerlich* und es bedarf der vereinten Bemühungen der Werksgemeinschaften und der zuständen Behörde, diesen *Terror* abzuwehren."

(Aus einer Verlautbarung des Gewerkschaftsbundes, zitiert nach „Österreichische Arbeiterzeitung" vom 12. März 1938)

„So mußte z.B. bei den Firmen Puch und Wagner und Biro in Graz die von den Nazis unter *Erpressungen* vorgenommene Abstimmung für das Dritte Reich annulliert und eine neue Abstimmung angesetzt werden, welche eine 95–98%ige *Mehrheit für die Unabhängigkeit* Österreichs ergab . . . .

Die Alpine–Montan AG ließ nach Bekanntwerden der Schuschniggrede zwei Hochöfen stillegen und entließ die Arbeiter auf der Stelle."

(Prager „Rote Fahne" vom 15.III. 1938)

Die Drohung

„. . . . Darüber hinaus muß sich jeder einzelne klar und bewußt sein, daß in dieser neuen deutschen Luftwaffe nicht ein Friedensparadeinstrument geschaffen wurde, sondern das *schärfste Kriegsinstrument*, das wir aufzufinden vermochten . . . . Und wenn der Führer in seiner Reichstagsrede jenes stolze Wort gebrauchte, daß wir *nicht länger dulden* würden, daß 10 Millionen deutsche Volksgenossen jenseits der Grenze unterdrückt würden – dann wißt ihr, Soldaten der Luftwaffe, daß wenn es sein muß, *ihr für dieses Wort des Führers einstehen müßt bis zum letzten.*"

(Göring beim deutschen Luftftag in Berlin am 1.III., zitiert nach „Reichspost" vom 3.III. 1938.)

Der Ausweg

„Wird es in diesem katholischen Lande Menschen geben, die verstanden haben, *daß man mit der Dämonie nicht fertig wird durch Verhandeln* und durch Kompromisse, sondern *nur durch die Bereitschaft zum letzten Einsatz?*"

(Elsässer Kurier, Anfang März 1938)

IV. Es ist Zeit!

Eine Million Arbeiter stimmen frei ab

„Durch die Vertrauensmänner der Werksgemeinschaften wurde in allen Betrieben eine Entschließung zur Unterschrift aufgelegt, die nach dem Beschluß der Vertrauensmännerversammlungen aller Fachverbände folgenden Wortlaut hat. Die Vertrauensmänner der Arbeiter und Angestellten erklären namens der von ihnen vertretenen Arbeitnehmerschaft, daß sie bereit sind, jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines *freien und unabhängigen* Österreich, *in dem sie selber frei und unabhängig sind*, zu führen und sich *mit allen jenen zusammenzufinden*, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen. . ."

Diese Entschließung wurde binnen 48 Stunden von über einer Million Arbeiter unterschrieben.

(Das kleine Blatt, 23.II.1938)

„Die Obmänner sämtlicher Gewerkschaften und die Hauptvertrauensleute der Wiener Großbetriebe versammelten sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten *Staud* in Anwesenheit des Staatssekretärs *Watzek* . . . . Die Versammlung faßte folgende Entschließung:

Die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeitnehmerschaft, zu ernsten Beratungen versammelt, geben ihrem leidenschaftlichen Willen Ausdruck, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs einzutreten . Die österreichischen Arbeiter sind für den Frieden, aber *nicht um jeden Preis*. Wir Österreicher wollen unser Haus selbst bestellen, nach unserem eigenen, freien, unbeeinflußten Willen, nach unseren eigenen Grundsätzen und auf unsere eigene Art."

(Das Kleine Blatt, 18.II 1938)

Zusammenschluß für die Unabhängigkeit !

„Wir reichen unsere Hand Euch Arbeitern ohne Unterschied der Partei, Euch Bauern, Euch Katholiken, Euch Männern und Frauen des Geistes, der Technik und der Wissenschaft, Euch allen, die Ihr Österreich liebt und entschlossen seid, für seine Freiheit und Unabhängigkeit mutig, kompromißlos und mit aller Konsequenz einzutreten und zu kämpfen

Arbeiter, Bauern, werktätiges Volk von Österreich, reichen wir uns die Hände, schließen wir uns zu einer festen Unabhängigkeits- und Freiheitsfront zusammen!"

(Aus dem Aufruf der Kommunistischen Partei Österreichs zu Berchtesgaden, Mitte Februar 1938)

Bedauerliches Unverständnis

„Die Kommunisten haben sich in vielen Orten der Vaterländischen Front bedingungslos *für den Kampf gegen die Nazi* zur Verfügung gestellt und angeboten. Diese Taktik ist ebenso würdelos als zweckwidrig . Von den Nazis bedrängt, haben sich in vielen Orten die Klerikalen an unsere Genossen *um Hilfe* gewendet, sie haben fast überall die richtige Antwort bekommen. *Es wäre ganz falsch, von Ort zu Ort* separat mit den Schwarzen *zu verhandeln*, die Frage, ob die gegenwärtigen Machthaber willens und fähig sind, der Arbeiterklasse die notwendigen Forderungen zu bewilligen, ohne deren Bewilligung die Arbeiterklasse einen wirksamen Kampf gegen die Nazi nicht führen kann, kann *nur in einheitlichen und zentralen Verhandlungen* geklärt werden."

(Arbeiterzeitung, Organ der österreichischen Sozialisten, Paris, 9.III. 1938)

Erklärung der Kommunistischen Partei Österreich

„Das Schicksal Österreichs hängt heute in erster Linie ab von der Aktivität der breiten Volksmassen und vom Zusammenschluß aller Kräfte, die bereit und entschlossen sind, allen Angriffen und Provokationen der Feinde der Unabhängigkeit entgegenzutreten. Die Partei hält es daher für notwendig, *daß die Arbeiterschaft* mit allen Organisationen, mit allen jenen Kräften und Gruppen der Vaterländischen Front, die einen ernsten Kampf *gegen die Hitlerisierung*, gegen jedes Zurückweichen vor den Nazis und dem Dritten Reich zu führen bereit sind, *zusammenwirkt* . . .

(Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, Ende Februar 1938)

Das Volk schließt sich zusammen – die Arbeiter voran

„Wir verlangen, daß der herrschenden Unklarheit und Unsicherheit ein rasches Ende bereitet werde. Weisungen und Verbote, die nicht eingehalten werden, wirken demoralisierend. Wir verwahren uns mit aller Leidenschaftlichkeit dagegen, daß Arbeiter, Bauern und Bürger als Kommunisten bezeichnet werden, weil sie sich zu einem unabhängigen Österreich bekennen . . . . Wir verlangen als österreichische Arbeiter die gleiche Bewegungsfreiheit, wie sie den Nationalsozialisten in der Front gegeben ist. Wir verlangen insbesondere die Möglichkeit freier Betätigung durch Demokratisierung der Arbeiterorganisationen. Wir verlangen eine mutige, auf die Mentalität der Arbeiterschaft rücksichtnehmende Arbeiterpresse. Wir verlangen freie Entfaltung der Arbeiterjugend . . . . Die Erfüllung unserer großen verantwortungsvollen Aufgabe erfordert die Rückgabe der Arbeiterjugendheime. Wir glauben mit Zuversicht an unsere Heimat und wir sind mit ganzer Überzeugung bereit, *zusammen mit allen übrigen* berufstätigen *Volksschichten* einzutreten für ein freies, unabhängiges und soziales Österreich."

(Flugblatt der Landesleitung der SAG Steiermark, Prager Presse, 6.III. 1938)

„Am Montag, den 14. Februar, noch vor der Bildung der neuen österreichischen Regierung, haben die Metallarbeiter der Autofabrik Austro-Fiat und Daimler und die Metallarbeiter der Maschinenfabrik Clayton-Shuttleworth *die Arbeit für zwei Stunden eingestellt*, um *gegen die Auslieferung Österreichs an die Nazi* zu protestieren. *Der Streik* breitete sich auch auf andere Betriebe aus."

(Rundschau, Basel)

„Bis Freitag abends (11. März) stand Wien im Zeichen des Kampfes um die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs, im Zeichen der bevorstehenden Volksabstimmung. Gegen den elementar erwachenden Kampfgeist der Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft erwiesen sich die Werbe- und Einschüchterungsversuche der Nazis augenscheinlich unterlegen. Sie bildeten aus halbwüchsigen Mittelschülern, Studenten und Lumpenproletariern Gruppen, welche besonders in der inneren Stadt auf und ab promenierten. Am Donnerstag standen die Arbeiterbezirke im Zeichen spontaner *Massendemonstrationen*. So formierte sich am Laaerberg ein Zug, der ständig anschwoll und in der Nähe des Arbeiterheims bereits an 10.000 Teilnehmer zählte. . . . . Ähnliche Demonstrationen fanden auch in Simmering, Ottakring und Floridsdorf statt. Am Freitag abends fanden in allen Großbetrieben nach Arbeitsschluß *Belegschaftsversammlungen* statt, welche die Arbeiterforderungen neuerlich erhoben und in welchen besonders der Ruf nach Bewaffnung der Betriebsbelegschaften, nach der Bildung von Betriebsmilizen erhoben wurde."

(Rote Fahne, Prag, 15.III.1938, Bericht des Wiener Sonderkorrespondenten)

Graz. „Auf Grund des provokatorischen Auftretens der Nazis wurde auf Verlangen der Arbeiter sowie der übrigen Kreise der Bevölkerung, die den Nazis ablehnend gegenüberstehen, von der *Einheitsgewerkschaft, SAG, VF* und dem *Bauernbund* eine *gemeinsame* Kundgebung einberufen. Sie fand am 28. Februar im großen Kammersaal statt. Bei der Kundgebung sprachen der Präsident der Arbeiterkammer Kresner, der Bauer Roth, der Landesleiter der VF Dr Gorbach und der Sekretär der SAG Nemschak. Der Bauer Roth schloß seine Rede mit den Worten, Straße frei für Arbeiter und Bauern. Der Redner der Arbeiter verlangte Freiheitsrechte. Am Schluß der Kundgebung wurde das Lied. Brüder zur Sonne, zur Freiheit, und anschließend die Bundeshymne gesungen. Der Schwur, für die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs zu kämpfen, wurde von fast allen mit erhobener Faust geleistet. Darauf marschierten größere Massen von Arbeitern, christlichen Turnern und Bauern zum Hauptplatz, wo die Nazis versammelt waren. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeiketten und zwangen die Nazis zum Abzug."

(Bericht eines Augenzeugen)

Kapfenberg. „Die Nazi zogen am 22. II. aus der ganzen Obersteiermark ihre Leute zusammen, um zu demonstrieren. Ein Trupp Arbeiter von Bruck ergriff die Initiative und marschierte nach Kapfenberg. Dort schlossen sich ihnen die Arbeiter, die Miliz und die vaterländisch denkende Bevölkerung an. Die Gegendemonstration machte einen ungeheuren Eindruck."

(Bericht eines Augenzeugen)

Leoben. „Aus Donawitz, Hinterberg, Seegraben und Göß kamen, dem Ruf der VF folgend, zu Ende der Woche tausende Männer und Frauen, *die Arbeiterschaft der Betriebe in geschlossenem Zuge* – nach Leoben, wo sie sich mit der hiesigen vaterlandstreuen Bevölkerung vereinigten . . . zu einer Kundgebung, wie sie die Stadt noch niemals erlebt hat."

(Reichspost, 1. März 1938)

„Am 22. Februar fanden in Floridsdorf und einige Tage später in Favoriten *Jugendkundgebungen* statt. In Floridsdorf nahmen der katholische Reichsbund, die katholische Junge Front, verschiedene Pfarrjugendgruppen des österreichischen Jungvolk und viele Jugendliche aus Sport- und Kulturorganisationen teil. Bei der

(Bericht eines Augenzeugen)

„Auf der SAG-Versammlung in Ottakring sprachen auch *zwei katholische Priester* und traten unter dem tosenden Beifall der Anwesenden für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern, der Sozialisten und Katholiken gegen die Bedrohung Österreichs durch Hitler auf."

(Bericht eines Augenzeugen)

Die Bauern: Einig für Österreich

„In Hollabrunn war Samstag ein großer Bauerntag . . . . Landeshauptmann Reither verwies auf den tiefen Eindruck der Rede des Bundeskanzler Dr Schuschnigg. Als der neue Landesführer die Parole ausgab: *„Österreich den Österreichern"*, erntete er ungeheuren Beifall.

(Innsbrucker Volkszeitung, 26. Februar 1938)

„Der Reichsbauerntag trat Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen und beschloß. „Der Berufsstand Land- und Forstwirtschaft versichert den Kanzler und Frontführer durch seinen freigewählten Reichsbauernrat, daß er einig und geschlossen zur Heimat und zum Vaterland Österreich steht und daß er

immer und jederzeit auf die Gefolgschaft rechnen kann."

(Reichspost, 4. März 1938)

„Tirol bleibt treu!"

„Dieses Treugelöbnis zum Vaterland wollen auch wir heute ablegen und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Tirol bleibt treu!" Als feierlicher Schwur wurden die Worte: „Tirol bleibt treu!" von allen Anwesenden nachgesprochen."

(Landtagspräsident Dr. Christian Bader, in der außerordentlichen Sitzung des Tiroler Landtages am 3. März 1938)

Das Gewerbe: Ja für ein unabhängiges Österreich!

„Der österreichische Gewerbebund rief heute in sämtlichen Bundesländern die Ortsgruppenobmänner zusammen, um zu dem Volksentscheid Stellung zu nehmen. Die niederösterreichischen Gewerbebundobmänner waren mittags beim Wimberger versammelt. Von den rund 800 telegraphisch einberufenen Ortsgruppenobmännern waren alle bis auf den letzten Mann gekommen. Handelsminister Ing. Raab führte aus: Für den Gewerbestand gäbe es am Sonntag nur die eine Parole: mit Ja zu stimmen."

(Reichspost, 11. März 1938)

Appell der KPÖ zur Volksabstimmung

„Die Kommunistische Partei fordert alle Arbeiter und Werktätigen auf, bei der vom Bundeskanzler Dr Schuschnigg veranstalteten Volksbefragung mit Ja zu stimmen. Arbeiter, Werktätige! Euer Ja gilt einem freien, unabhängigen und sozialen Österreich . . . das . . . ein Bollwerk des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit gegenüber den faschistischen Kriegsbrandstiftern werden soll."

(Aus dem Appell der KPÖ vom 10.III.)

Wie stark waren die Nazis am 11. März? – Geständnisse einer Nazizeitung.

Die „Zeit", Organ der Henleinpartei, schreibt in Besprechung der Tätigkeit des Major Klausner (Führers der Nazi in Österreich und nach dem 11. März Minister für politische Willensbildung), daß dieser Seyß-Inquart „die *gesamte* illegale NSKK, SA, SS *und politische* Organisationen in der Gesamthöhe von *etwa* voll ausgebildeten 90.000 Mann (d.h. inbegriffen Jugendliche! Red. W u.Z.) am entscheidenden Freitag zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Österreich zur Verfügung stellte."

(Die Zeit, Prag, 13.III.1938)

Die „Zeit", Organ der Henleinpartei, schreibt in einer Reportage aus Wien über die Vorgänge des 11. März: *Objektiv* gesehen kann man sagen, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung Wiens sich desinteressiert (?) zeigt. *Von dem übrigen Drittel* trägt *die Mehrheit* das Hakenkreuzabzeichen, weniger häufig sind die marxistischen Symbole zu sehen, und am allerwenigsten sieht man die Abzeichen der Vaterländischen Front." (Die Mehrheit von einem Drittel – d.h. nur *etwas mehr als ein Sechstel!* Die Red.)

(Die Zeit, Prag, 12.III.1938)

„Die begeistertsten Nationalsozialisten sind die Knaben unter 16 und die Frauen."

(Manchester Guardian, Anfang März 1938)

„Es zeigte sich, daß die Nazis in der *Wiener* Bevölkerung eine *verschwindende Minderheit* sind, daß sie in dem Maße, wie die Abstimmungslosung sich zu einer antihitlerischen Losung (gegen den Willen der Regierung) verdichtete, in eine hoffnungslose Isolierung gerieten. Es waren kleine Häuflein Halbwüchsiger. Und dabei war das eigentliche Volk von Wien, das Volk der Vorstädte, noch gar nicht in Erscheinung getreten. Dennoch waren Donnerstag abends (10. März) die Nazidemonstrationen „zugedeckt" . . . . Das Bündnis von Sozialisten, Legitimisten, Vaterländischen, Katholiken, kurz *aller Hitlergegner*, war im Begriff, sich zu formen und mußte, sofern es in Erscheinung treten konnte, dem österreichischen Nationalsozialismus eine vernichtende Niederlage bringen!"

(Die Neue Weltbühne, 17. März 1938)

V. Der „Deutsche Friede"

Das Ultimatum

„Die deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein *befristetes Ultimatum* gestellt, nach welchem der Bundespräsident einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der deutschen Reichsregierung zu bestellen hätte, widrigenfalls der *Einmarsch deutscher Truppen* für diese

Stunde in Aussicht genommen wurde. Ich stelle fest vor der Welt, daß die Nachrichten, die in Österreich verbreitet wurden, daß Arbeiterunruhen gewesen seien, daß Ströme von Blut geflossen seien, daß die Regierung nicht Herrin der Lage wäre und aus Eigenem nicht hätte Ordnung machen können, *von A bis Z erfunden* sind.

Der Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, *daß wir der Gewalt weichen.*

Wir haben . . . . unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, *ohne Widerstand* sich zurückzuziehen . . . .

(Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg am 11. März 1938 im Rundfunk Wiener Zeitung, 12. März 1938)

„Ich erinnere insbesondere auch daran, daß irgendein Widerstand gegen das *allfällig einrückende deutsche Heer* unter keinen Umständen in Frage kommt, auch nicht seitens der Exekutive . . .

(Dr. Seyß-Inquart am 11. März 1938 im Wiener Radio, Wiener Zeitung vom 12. März 1938

Nur ein „freundschaftlicher Besuch"

Wien, 12.III. *Amtlich* wird um 18 Uhr 30 gemeldet:

Um 8 Uhr Morgens haben deutsche motorisierte Truppen die deutschösterreichische Grenze zu einem *freundschaftlichen Besuche* überschritten.

(Prager Tagblatt, 13. III.)

„Deutsche Truppen strömen nach Österreich"

„Den 4. Tag strömen nun schon deutsche Truppen nach Österreich. Die Zahl derer, die hierhergeschickt wurden, um, wie Hitler sagt, eine faire Durchführung des Plebiszits zu garantieren, muß sich bereits auf Hunderttausende beziffern. Auf dieser Reise von Wien nach Feldkirch hat ihr Sonderberichterstatter mehr Deutsche als Österreicher gesehen. Sehr erstaunlich ist die Anwesenheit der *deutschen Polizei.* In den großen Städten . . . . sind zehntausende deutsche Polizisten zu sehen. Die Solaten selbst sehen mit Karabinern, Bajonetten und Spaten genau so aus, als ob sie einer *in feindliches Land vorrückenden Armee* das besetzte Gebiet sichern sollten . . . .

Das ganze Schauspiel erinnert an die Szenen, die ich *in Belgien während des Weltkrieges* gesehen habe. Am Himmel schwebten deutsche Flieger und Bombenflugzeuge, wo immer ich hinkam. Die Zahl der deutschen Flugzeuge in Österreich muß viele Hunderte, wenn nicht Tausende betragen. Die Ursache für diese große Bewegung ist nicht leicht zu erkennen. Jedenfalls muß man die phantastische Organisation bewundern. Die militärische Okkupation Österreichs war *offensichtlich seit Monaten vorbereitet* worden. Jeder einzelne Soldat, jeder einzelne Truppenkörper wußte bereits, wo er einquartiert werden sollte." *(The Times-Nachrichten-Dienst – Prager Tagblatt, 16. März 1938)*

„Unter persönlicher Führung des kommandierenden Generals der Panzertruppen, Generalleutnant *Guderian*, wurden die am besten geeigneten Formationen an die Spitze der Armee gesetzt und im schnellsten Vormarsch *vorwärts geworfen.* Die Truppen . . . . gaben ihr Bestes her, um die jeweiligen 30–40 Kilometer entfernten Tagesziele zu erreichen. Die ganze

gestellt, daß das Dritte Reich auf seine Wehrmacht stolz sein und sich verlassen kann und daß der Führer *ein Machtinstrument* in seiner Hand hat, mit dem er eine wirkliche Politik zur *endgültigen Befriedung* Europes treiben kann."

(Reichspost, 15. März 1938)

Erobertes Land

„Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches."

(Gesetz vom 13. März 1938)

„Mit der Befehlsführung der deutschen Wehrmacht innerhalb der österreichischen Landesgrenzen beauftrage ich den General der Infanterie von *Bock* . . . . Gauleiter *Bürckel* ist als kommissarischer Leiter der nationalsozialistischen Partei Österreichs mit der Vorbereitung der Volksabstimmung betraut."

(Befehl Adolf Hitlers vom 14. März 1938)

„Soweit es sich um leitende und politische Beamte in Staat und Gemeinden sowie um leitende Männer der gewerblichen Organisationen der Wirtschaft handelt, mache ich Ernennungen und Abberufungen von *meiner jeweiligen Zustimmung* abhängig."

Gez. Bürckel
(Reichspost, 17.III.1938)

Zum Militärstadtkommandanten von Wien wurde der deutsche Oberst Graf *Rothkirch*

ernannt.

Die Leitung der österreichischen Bundesbahnen wurde von dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Wuppertal *Röbe* übernommen. Mit ihm sind 60 hohe Funktionäre der Reichsbahn in Wien eingetroffen.

Gleichschaltung der gesamten österreichischen Presse.

Auflösung aller Arbeiter-, Gewerkschafts-, Bauern-, Sport- und Jugendorganisationen bzw. zwangsweise Eingliederung in die nationalsozialistische deutsche Arbeitsfront, den Nährstand, die Hitlerjugend, Turn- und Sportfront, usw. Auflösung der katholischen Arbeiter- und Frauenorganisationen.

Judenverfolgung.

In den ersten 8 Tagen 600 Selbstmorde, 14.000 Verhaftungen, 8.000 Beamte aus politischen Gründen entlassen.

Plünderung von Geschäften.

Schacht in Wien eingetroffen . . . .

„Wie verlautet, sollen das Gold und die Devisen der österreichischen Nationalbank in der Höhe von 410 Millionen Schilling noch im Laufe dieser Woche *nach Berlin geschafft* werden."

(Tschechoslowakisches Pressebüro, 16.III.1938)

„Wien gleicht einer eroberten Stadt. Überall Maschinengewehre, deutsche Truppen, Schupokellen . . . . Man sieht hunderte von Häusern, die leer und ohne Fahnen sind . . . ."

(Le Journal, Paris, 15.3.1938)

„Eine beeindruckende Ruhe, ein fast beunruhigendes Schweigen, wenig Fahnen, keinerlei Abzeichen in den Knopflöchern . . . ."

(Sonderberichterstatter des „Excelsior", Paris, nach einer Fahrt durch Brigittenau und Floridsdorf, Arbeiterbezirken Wiens am 14.III.1938)

„Nur rund ein Zehntel der Passanten hatten das Hakenkreuz angesteckt. In der Thaliastraße (Ottakring) trugen von 180 Passanten aus dem Menschenstrom 23, in der Laxenburgerstraße (Favoriten) 12 und in der Quellenstraße (Favoriten) 15 das Hakenkreuz . . . . Während am 1. Mai stets eine halbe Million Menschen den Ring füllte und das Spalier stellenweise so dicht war, daß man auf den Trottoirs kaum passieren konnte, betrug die Teilnahme an dieser Demonstration zur Machtergreifung kaum die Hälfte der Teilnahme an den Sozialistenaufmärschen."

(Sonderberichterstatter der Roten Fahne, Prag, 15.III.1938)

„Außer auf dem Ring, dem Zentrum der Nazi, wird in Wien nicht viel gejubelt."

(Telegraaf, Amsterdam, 16.III.1938)

„In Wien ist nach dem Tag der Abreise des Reichskanzlers die Stimmung *unter den Nullpunkt* gesunken . . . . Es ist ein deprimierendes Gefühl, ein erobertes Land, eine eroberte Stadt zu sein. Die Heilrufe verstummen auf den Lippen. Die Anwesenheit Hitlers und des deutschen Armeekorps, welche die Züge der Eroberer erkennen lassen, haben Wien die erste Ernüchterung gebracht. . . . , Der Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, Himmler, hat mindestens 16.000 Mann deutsche Ordnungspolizei nach Österreich gezogen. . . . . Es fehlen also nach der Eroberung auch nicht die Erscheinungen der Okkupationsarmee."

(Neue Zürcher Zeitung, 17.III.1938)

Nordische List

„Möge der deutsche Friede beispielhaft über die unruhige Erde leuchten! Möge die pax germanica ein ewiger Landfriede sein!"

Botschafter von Papen am 27.II.1938)

VI. Österreich wird sein!

„Gibt es keine Gerechtigkeit in der Geschichte, die ein einmal begangenes Unrecht rächt? Muß man vor den vollzogenen Tatsachen für ewig kapitulieren?

Nein! Hat nicht Elsaß-Lothringen, obwohl seine Bevölkerung deutsch war und nicht wenige seiner Einwohner 1871 die Besetzung durch Deutschland begrüßten, dann bis zum Jahre 1918 gegen eine unwillkommene Bindung protestiert? Gibt es nicht Hunderte von Beispielen in der Geschichte, wo Gebiete, die durch Gewalt scheinbar endgültig unterworfen waren, ihre Freiheit wieder erlangten, und zwar umso schneller, je härter der Druck war, der auf ihnen lastete?"

(General Paul Azan, im „Journal", Paris)

„Arbeiterwiderstand. Samstag nachmittags wurden plötzlich starke Einheiten mit Panzerautomobilen nach *Hallein* gezogen. Die Arbeiter aus den staatlichen Salinen und anderen Betrieben hatten die Arbeit eingestellt und demonstrierten gegen den Nationalsozialismus. Die Gendarmerie und die örtlichen SA- und SS-Abteilungen waren zu schwach. Es ist nicht bekannt, was nach dem Eintreffen des Militärs in

Spendensammlung des Kommunistischen Bundes Österreichs

Ein Schlag gegen die Bourgeoisie, ein Schritt vorwärts im Parteiaufbau, eine Ermutigung für die Arbeiterklasse

Eine Million Schilling bis Ende 1978

Die herrschende Klasse hat sich für 1978 viel vorgenommen. Auf den Knochen der Arbeiter, einfachen Angestellten und Rentner will sie ihren Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Räubern erfolgreich ausfechten und so die Krise durchstehen. Lohnraub, Steigerung der Arbeitshetze, Durchlöcherung des Arbeiterschutzes, Ankurbelung der staatlichen Ausplünderung – das ist ihr Programm für 1978 und darüber hinaus. Im Dienst der imperialistischen Raubkonkurrenz sind diese Herren auch wild entschlossen, ihr verbrecherisches Atomkraftwerksprogramm durchzusetzen, sei es mit Betrug, sei es mit Gewalt. Um aus der Krise ihrer Profitwirtschaft herauszukommen, ist ihnen jedes Mittel recht. Für dieses Ziel sind sie auch durchaus bereit, die Abhängigkeit Österreichs von den westlichen Imperialisten weiter anwachsen zu lassen und zugleich dem russischen Sozialimperialismus die Tore zur wirtschaftlichen Infiltration des Landes weit zu öffnen.

Steigende Ausbeutung und Ausplünderung für die Masse der Arbeiter, Arbeitslosigkeit für einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen, politische Reaktion in der Maske des Betrugs wie in der Form unverhohlener Repression – das hält die Bourgeoisie 1978 für die Arbeiterklasse und das Volk bereit. Zugleich wächst die Gefahr eines neuen Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion um die Weltherrschaft.

Die Arbeiterklasse und das Volk Österreichs müssen auf diese Lage eine Antwort finden. Geht es nach den sozialdemokratischen Spitzen, so soll die Arbeiterklasse im „friedlichen" wie im kriegerischen Kampf der imperialistischen Hyänen um Rohstoffe und Absatzmärkte das willenlose Fußvolk der herrschenden Klasse abgeben. Geht es nach den Führern der revisionistischen KPÖ, soll sie gegenüber der eigenen Bourgeoisie klein beigeben und sich dem russischen Sozialimperialismus im Namen des „Sozialismus" und „Internationalismus" völlig unterwerfen.

Geht es jedoch nach dem Interesse der Arbeiterklasse und des Volks in unserem Land, heißt die Antwort auf die Lage: Im täglichen Klassenkampf muß der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung vorbereitet werden, keine Zeit darf mehr verloren gehen. Die Arbeiterklasse muß sich wieder eine revolutionäre Partei schaffen, die sie und das ganze Volk zur siegreichen Erfüllung dieser Aufgabe einigt und führt.

Der Kommunistische Bund Österreichs arbeitet für dieses Ziel und ruft alle klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen auf, in diesem Jahr die Anstrengungen zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu vervielfachen. Im Dienste dieser Aufgabe wird der KB Österreichs vom April bis Ende dieses Jahres eine Spendenaktion durchführen. Sie soll 1 Million Schilling für den Parteiaufbau bringen. 1 Million Schilling, die vor allem den notwendigen technischen Anschaffungen für die wöchentliche Herausgabe des „Klassenkampf" und der Verbesserung und Ausweitung der Herstellung marxistisch-leninistischer Literatur dienen soll (vor allem Anschaffung eines leistungsfähigen Fotosatzsystems). Die erfolgreiche Durchführung dieser Spendensammlung wird nicht nur ein großer Beitrag dafür sein, daß der „Klassenkampf" in der Folge zu einer schlagkräftigen Waffe im Kampf für die Revolution wird. Schon allein ihr Gelingen wird der Arroganz der herrschenden Klasse einen harten Schlag versetzen und das Selbstbewußtsein der klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen beträchtlich stärken. Ihre erfolgreiche Durchführung ist selbst ein harter Schlag im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Der KB Österreichs setzt sich zum Ziel, bis Ende Juli die ersten 500.000 Schilling in

Fortsetzung

den Betrieben und Wohnviertel, Hochschulen und Kasernen zu sammeln, bis Ende des Jahres die zweiten 500.000 Schilling. Er wird diese Sammlung mit einer Kampagne zur Steigerung der Verbreitung des „Klassenkampf" und des „Kommunist" im ganzen Land und zur Verbreitung des Programms des KB Österreichs verbinden. Er ruft alle Aktivisten und Freunde, alle klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen dazu auf, für das Gelingen der Spendensammlung, für die Verbreitung des „Klassenkampf", des „Kommunist" und des Programms des KB Österreichs in diesem Jahr selbst vielfältige Initiativen zu entfalten und einen möglichst großen Beitrag zu leisten.

Zentralkomitee
des
Kommunistischen Bundes Österreichs

Spendenkonto:
PSK 2418.889
(KB Österreichs/Zentrale)

Hallein geschah. Aus Wien wurden SS-Abteilungen und aus Graz Militär in das *obersteirische Industriegebiet* geworfen."

(Sonderberichterstatter der „Prager Rote Fahne", 15. März)

„Paris, 16. März. Der bisherige österreichische Generalkonsul in Paris hat sich geweigert, die Hakenkreuzfahne zu hissen . . . . Er erklärte, er habe dies deshalb getan, weil ein großer Teil Österreichs nicht im Lager der Nationalsozialisten stehe."

(Prager Presse, 17. März)

„Der frühere Generalkonsul Österreichs in Paris hat der Presse eine Erklärung gegeben: Eine große Zahl Österreicher erkennt die Beherrschung ihres Vaterlandes durch den Nationalsozialismus nicht an. Sowohl im Lande selbst als auch unter den Österreichern im Auslande ist *eine neue nationale Bewegung* im Entstehen. Ausschüsse werden in den Hauptstädten gebildet. In London wird er von *Baron Frankenstein*, dem letzten österreichischen Gesandten, präsidiert. Auch in New York und Paris gibt es ein solches Komitee. Es sei zu wünschen, daß diese Bemühungen der nationalen österreichischen Bewegung Unterstützung bei den betreffenden Regierungen finde. *Österreich werde wieder österreichisch werden.*"

(Prager Presse, 19.III.1938)

„Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden. Aber sein Glaube und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter; durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wieder erstehen."

(Aus dem Aufruf des ZK der KPÖ vom 12.III.1938

Lest und verbreitet !

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint 14-tägig. Einzelpreis: 5,- Abonnement: Halbjahr: 75,- 1 Jahr: 150,-
Ausland: Einzelpreis: 8,50, Abonnement: Halbjahr: 112,- 1 Jahr: 224,-

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis, 25,- Erscheint monatlich.
Jahresabonnement: 300,- zuzüglich Porto: Inland 18,- Ausland 42,-



erhältlich beim „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Alois Wieser GesmbH., 1042 Wien, Postfach 13